

Bericht

des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft
über seine Tätigkeiten während der Sitzungsperiode

2024 & 2024-2025

Der vorliegende Tätigkeitsbericht bezieht sich auf die Zeit nach den Wahlen vom 9. Juni 2024 und die erste Sitzungsperiode der Legislatur 2024-2029.

Inhalt

BERICHT DER SITZUNGSPERIODE 2024	5	DAS ERWEITERTE PRÄSIDIUM	31	EUREGIO MAAS-RHEIN	80
DIE WAHLEN	6	DIE AUSSCHÜSSE	32	EUROPÄISCHER AUSSCHUSS DER REGIONEN (AdR)	81
WAHLRESULTATE 9. JUNI 2024	6	DIE PARLAMENTSVERWALTUNG	33	KONGRESS DER GEMEINDEN UND REGIONEN DES EUROPARATES	82
PLENARSITZUNG 1. JULI 2024	7	BIBLIOTHEK UND ARCHIV	35	DEUTSCH-ÖSTERREICHISCHE KONFERENZ DER LANDTAGSPRÄSIDENTEN	82
AD-HOC-AUSSCHÜSSE ZUR PRÜFUNG DER WAHLMANDATE	7	STUDIENDIENST	35	KONFERENZ DER PARLAMENTSPRÄSIDENTINNEN UND -PRÄSIDENTEN DER DEUTSCHSPRACHIGEN LÄNDER	83
EIDESLEISTUNG	8	DER OMBUDSDIENST	36	VERNETZUNG DES PARLAMENTS	83
DAS PRÄSIDIUM	10	ARBEIT IN DEN AUSSCHÜSSEN	37	GEMEINSAME SITZUNGEN MIT DEN AUSSCHÜSSEN FÜR ZUSAMMENARBEIT	84
DIE REGIERUNG	10	AUSSCHUSS I	37	INTERPARLAMENTARISCHE TREFFEN AUF EU-EBENE	84
NACHRÜCKENDE UND ENDGÜLTIGE ZUSAMMENSETZUNG	11	AUSSCHUSS II	42	BESUCH EINER DELEGATION DES BERLINER ABGEORDNETENHAUSES	84
DIE GEMEINSCHAFTSSENATORIN	13	AUSSCHUSS III	45	BEGLEITUNG DER AUSSENBEZIEHUNGEN DER REGIERUNG	84
DIE AUSSCHÜSSE	13	AUSSCHUSS IV	49	PERMANENTER BÜRGERDIALOG IN OSTBELGIEN	86
DAS ERWEITERTE PRÄSIDIUM	14	AUSSCHUSS V	53	DIE DRITTE BÜRGERVERSAMMLUNG ZUM THEMA „BEZAHLBARES WOHNEN“	86
VERTRETUNG DES PARLAMENTS IN GRENZÜBERSCHREITENDEN GREMIEN	14	ARBEIT IM PLENUM	56	DIE VIERTE BÜRGERVERSAMMLUNG ZUM THEMA „DIGITALE FÄHIGKEITEN“	86
DIE BERATENDEN MANDATARE	15	IM PLENUM GETROFFENE ENTSCHEIDUNGEN	57	DIE FÜNFTE BÜRGERVERSAMMLUNG ZUM THEMA „INTEGRATION VON ZUWANDE- RERN“	86
DIE FRAKTIONEN	16	BEZIEHUNGEN ZUR REGIERUNG	60	DIE SECHSTE BÜRGERVERSAMMLUNG ZUM THEMA „SCHÜLERKOMPETENZEN“	87
LEGISLATIVE ARBEIT	18	MÜNDLICHE FRAGEN	61	DER STÄNDIGE BÜRGERRAT	88
ARBEIT IN DEN AUSSCHÜSSEN	18	SCHRIFTLICHE FRAGEN	62	EINSETZUNG EINES WISSENSCHAFT- LICHEN BEIRATS ZUM BÜRGERDIALOG	89
MÜNDLICHE FRAGEN	18	INTERPELLATIONEN	63	ANLAGE I – REGIERUNGSKONTROLLE	90
SCHRIFTLICHE FRAGEN	19	BEGRÜNDETE ANTRÄGE	63	MÜNDLICHE FRAGEN	90
VERANSTALTUNGEN	20	ENTWICKLUNG DER KONTROLL- INSTRUMENTE	63	SCHRIFTLICHE FRAGEN	98
BUCHPREIS FÜR DAS SCHULJAHR 2023-2024	20	BESUCHER, GÄSTE UND VERANSTALTUNGEN	64	INTERPELLATIONEN	100
TIROLEREMPFANG	20	BESUCHERGRUPPEN	64		
PARLAMENT INTERREGIONAL UND INTERNATIONAL	21	GÄSTE	64		
KONFERENZ DER PARLAMENTSPRÄSIDENTINNEN UND -PRÄSIDENTEN DER DEUTSCHSPRACHIGEN LÄNDER	21	VERANSTALTUNGEN	66		
BERICHT DER SITZUNGSPERIODE 2024-2025	23	PREISE DES PARLAMENTS	67		
VORWORT DER PARLAMENTSPRÄSIDENTIN	24	POLITISCHE BILDUNG IM PARLAMENT: INTERAKTIV, NACHHALTIG UND ALTERSGERECHT	70		
EINLEITUNG	25	PARLAMENT INTERREGIONAL UND INTERNATIONAL	74		
DIE PARLAMENTARISCHEN AKTIVITÄTEN AUF EINEN BLICK	25	GESETZGEBERISCHE TÄTIGKEIT	74		
AUFGABEN DES PARLAMENTS	25	SUBSIDIARITÄTSKONTROLLE	74		
ZUSTÄNDIGKEITSBEREICHE DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT	26	VERTRETUNG DES PARLAMENTS IN GREMIEN	75		
DIE ABGEORDNETEN	27	KONFERENZ DER BELGISCHEN PARLAMENTSPRÄSIDENTEN	75		
DIE BERATENDEN MANDATARE	28	INTERPARLAMENTARISCHER KLIMADIALOG	75		
DIE FRAKTIONEN	29	KONFERENZ DER EUROPÄISCHEN REGIONALEN GESETZGEBENDEN VERSAMMLUNGEN	76		
DIE PARLAMENTSORGANE	30	INTERREGIONALER PARLAMENTARIERRAT DER GROSSREGION	77		
DIE PARLAMENTSPRÄSIDENTIN	30	BENELUX-PARLAMENT	79		
DAS PRÄSIDIUM	30				



Bericht der *Sitzungsperiode 2024*

Die Wahlen

Am 9. Juni 2024 wählten die Bürgerinnen und Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft ihr Parlament.

Um Mitglied des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft werden zu können, muss eine Person wählbar sein und bestimmte Bedingungen erfüllen:

- die belgische Staatsbürgerschaft besitzen;
- 18 Jahre alt sein;
- seit mindestens sechs Monaten ihren Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet haben;
- im Vollbesitz der politischen Rechte sein.

Wählen müssen die Einwohner der neun deutschsprachigen Gemeinden, die dieselben Bedingungen erfüllen.

WAHLRESULTATE 9. JUNI 2024

Wahlberechtigte	2014	2019	2024
Insgesamt	49.000	49.441	49.652
Abgegebene Stimmzettel	2014	2019	2024
Insgesamt	42.324	42.503	43.393
Weiß und ungültige Stimmen	2014	2019	2024
Insgesamt	4.691	3.305	3.346
	11,13 %	7,78 %	7,71 %
Gültige Stimmen	2014	2019	2024
Insgesamt	37.613	39.198	40.047

Liste	2014	2019	2024	2014 %	2019 %	2024 %	(+/-%) 2019/2024	Anzahl Sitze
VIVANT	3.994	5.807	5.700	10,62 %	14,81 %	14,23 %	-0,58 %	4 (+1)
ECOLO	3.590	4.902	3.644	9,54 %	12,51 %	9,10 %	-3,41 %	2 (-1)
ProDG	8.352	9.146	11.654	22,21 %	23,33 %	29,10 %	+5,77 %	8 (+2)
CSP	9.351	9.069	7.920	24,86 %	23,14 %	19,78 %	-3,36 %	5 (-1)
PFF-MR	5.847	4.454	4.817	15,55 %	11,36 %	12,03 %	+0,67 %	3 (0)
SP	6.047	5.820	5.473	16,08 %	14,85 %	13,67 %	-1,18 %	3 (-1)
Liste24.dg			173			0,43 %		0
HUPPERTZ+CO			666			1,66 %		0

Quelle: Föderaler Öffentlicher Dienst Inneres

PLENARSITZUNG 1. JULI 2024

Am vierten Montag nach dem Tag, an dem die Wahlen stattgefunden haben, tritt das neu gewählte Parlament erstmals zusammen.¹

2024 versammelte sich das neu gewählte Parlament folglich am 1. Juli. Die Plenarsitzung vom 1. Juli 2024 war die einzige Plenarsitzung der Sitzungsperiode 2024.

Auf der Tagesordnung standen Rücktrittserklärungen (Gewählte, die ihr Mandat nicht antreten, sowie Rücktritt der amtsführenden Regierung), die Prüfung der Gültigkeit der Wahlen, die Eidesleistung der Abgeordneten, die Wahl des Prä-

sidioms, die Wahl und Vereidigung der Regierungsmitglieder, die Wahl des Gemeinschaftssenators, die Vereidigung von für Minister nachrückenden Abgeordneten und die Bezeichnung der Aufgabenbereiche der Ausschüsse und deren Zusammensetzung.

Das neu konstituierte Parlament bezeichnete ebenfalls seine Vertreter in Gremien wie dem Benelux-Rat, dem Interregionalen Parlamentarierrat der Großregion und der Versammlung des Europäischen Verbundes für territoriale Zusammenarbeit „Euregio Maas-Rhein“.

Der Bericht der Sitzungsperiode 2024, die am 1. Juli 2024 begann und am 15. September 2024 um 23 Uhr endete,² konzentriert sich auf die Plenarsitzung vom 1. Juli 2024. Der Bericht befasst sich chronologisch mit dem Geschehen der Plenarsitzung und der damit verbundenen Einsetzung der Gremien, die die Arbeit des Parlaments bestimmen.

Die Ausschüsse haben in dieser Sitzungsperiode getagt, um ihre Arbeitsweise festzulegen und um erste Regierungskontrollsitzen durchzuführen.

AD-HOC-AUSSCHÜSSE ZUR PRÜFUNG DER WAHLMANDATE

Das Parlament selbst spricht sich über die Gültigkeit seiner Wahl sowie der Mandate seiner Mitglieder bei Antritt ihres Mandats im Parlament aus. Diese Prüfung findet durch einen Ausschuss zur Prüfung der Gültigkeit der Wahlen und der Wahlmandate statt.

Wahl vom 9. Juni 2024

Nach einer Wahl wird in der konstituierenden Sitzung ein Ausschuss gebildet, in den jede Fraktion ein Mitglied entsendet. Die Plenarsitzung wird für die Versammlung des Ausschusses unterbrochen, der sich derweil über die Prüfung der Gültigkeit der Wahl und der Wahlmandate beugt. Hierzu liegen ihm die Berichte der Wahlbüros und des Sachverständigenkollegiums für die automatisierte Wahl, das die ordnungsgemäße Funktionsweise der Wahlsysteme begleitet und analysiert, sowie Unterlagen der Gemeinden und Erklärungen der zu vereidigenden Mitglieder und der Ersatzmitglieder vor. Das älteste Mitglied des Ausschusses übernimmt gemäß Geschäftsordnung dessen Vorsitz.

Bei der Überprüfung der Wahlrichtungen vom 9. Juni 2024 nahm der Ausschuss einige Unregelmäßigkeiten zur Kenntnis, die auf Mängel in der Handhabung der Technik und Prozeduren in einzelnen Wahllokalen zurückzuführen waren.

Tatsächlich sind einigen Wählern, die eine blaue Wahlaufforderung als europäischer Wähler oder als Wähler unter 18 Jahren erhalten hatten, im Wahllokal falsch initialisierte Chipkarten ausgehändigt worden, wodurch sie wählen konnten, als hätten sie die weiße Wahlaufforderung eines volljährigen belgischen Wählers erhalten und umgekehrt. Der Ausschuss bedauerte diese Probleme, stellte aber fest, dass die von den Experten herausgestellte Fehlerquote keinen Einfluss auf die Verteilung der Sitze zwischen den Fraktionen nehmen konnte, ein möglicher Einfluss auf die Ergebnisse einzelner Kandidaten wurde überdies als sehr hypothetisch betrachtet.

Neben dieser Unregelmäßigkeit nahm der Ausschuss einige technische Schwierigkeiten zur Kenntnis. Diese betrafen vor allem defekte Wahlcomputer, aber auch Probleme

mit Scannern, Urnen und Druckern sowie mit Wahlcomputern der Vorsitzenden. All diese Probleme konnten am Wahltag selbst behoben werden.

In den Wahlprotokollen fanden sich darüber hinaus keinerlei nennenswerte Eintragungen in Bezug auf etwaige Unregelmäßigkeiten oder Ordnungswidrigkeiten. Auch konnten keine Verstöße gegen geltende Gesetzgebung festgestellt werden.

Bei der Überprüfung der Gültigkeit der Wahlmandate ging aus den von den Gemeinden eingereichten Unterlagen hervor, dass die Mitglieder und Ersatzmitglieder die Wählbarkeitsbedingungen erfüllen – d. h. dass sie am Tag der Wahl Belgier, 18 Jahre alt und nicht vom Wählbarkeitsrecht ausgeschlossen sind sowie in den Bevölkerungsregistern einer Gemeinde des deutschen Sprachgebietes eingetragen sind. Anhand der von den Mitgliedern und Ersatzmitgliedern vorgelegten Erklärungen zu außerparlamentarischen Mandaten, Ämtern und Funktionen wurden auch etwaige Unvereinbarkeiten geprüft –

¹ Artikel 42 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft.

² Erlass der Regierung vom 11. Juli 2024 (Staatblatt vom 9. September 2024).

d. h. ob ein Gewählter z. B. das Amt eines Bürgermeisters oder Richters ausübt oder Mitglied eines Verwaltungsrats einer öffentlichen Einrichtung unter Aufsicht der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist. Dabei stellte der Ausschuss keine Unvereinbarkeiten betreffend die direkt Gewählten und die am 1. Juli 2024 nachrückenden Ersatzmitglieder³ fest. Entsprechend empfahl der Ausschuss dem Plenum, die Wahl sowie

die Wahlmandate der Mitglieder des Parlaments für gültig zu erklären. Das Plenum folgte dieser Empfehlung.

Nachrückende Ersatzmitglieder

Jedes Mal, wenn ein Ersatzmitglied nachrückt, wird die Gültigkeit des Wahlmandats aktuell überprüft. D. h., es wird in der Plenarsitzung, in der das neue Mitglied vereidigt

werden soll, ein Ausschuss zur Prüfung der Wahlmandate durch Benennung je eines Fraktionsvertreters gebildet, die Plenarsitzung unterbrochen und die Gültigkeit des Mandats des nachrückenden Ersatzmitglieds anhand der oben beschriebenen Unterlagen und Erklärungen durch den Ausschuss geprüft. Dies war im Berichtszeitraum nicht der Fall.

EIDESLEISTUNG

Nachdem der Wahlprüfungsausschuss die Gültigkeit der Wahlen und der Wahlmandate geprüft und dies dem Plenum entsprechend berichtet hatte, folgte die Eidesleistung der Abgeordneten des neu eingesetzten Parlaments.

Die gewählten Personen, die ihr Amt annahmen, legten vor Alterspräsident Freddy Cremer ihren Eid „Ich schwöre, die Verfassung zu befolgen“ ab.



Freddy Cremer fungierte bei der konstituierenden Plenarsitzung als Alterspräsident und legte in dieser Funktion als erster Abgeordneter seinen Eid ab.

³ Zwei Ersatzmitglieder (Neycken-Bartholemy Kirsten, Teller Lukas) rückten nach für zurückgetretene Gewählte (Antoniadis Antonios, Arimont Pascal) und vier Ersatzmitglieder rückten nach für direkt Gewählte, die in der Sitzung vom 1. Juli 2024 als Regierungsmitglieder gewählt wurden (siehe S.11).



BALTER Michael



COLLING Fabienne



COMOTH Elke



CREUTZ-VILVOYE Patricia



ELSEN Kathy



FRANSSEN Jérôme



FRECHES Gregor



GANGOLF Ewald



GROMMES José



HENN Marcel



JADIN Evelyn



JERUSALEM Andreas



KLINKENBERG Björn



KLINKENBERG Lydia



MERTES Alain



NEUENS Mechtilde



NEYCKEN-BARTHOLEMY Kirsten



PAASCH Oliver



PAUELS Stephanie



PETERS Elena



SCHOLZEN Liesa



SCHRÖDER Ralph



STIEL Diana



TELLER Lukas

Fotos: Stephan Offermann

DAS PRÄSIDIUM

Mit der Präsidentin umfasst das Präsidium 9 Mitglieder. Die Geschäftsordnung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft legt fest, dass das Präsidium gemäß dem System der verhältnismäßigen Vertretung der Fraktionen gebildet wird, wobei gewährleistet werden muss, dass jede anerkannte Fraktion des Parlaments vertreten ist. Wenn die Präsidentin einer der an der Mehrheit beteiligten Fraktionen angehört, wird der 1. Vizepräsident von der stärksten Oppositionsfraktion gestellt.

Als nicht anerkannte Fraktion hat die ECOLO-Fraktion kein Anrecht auf ein effektives Mandat im Präsidium.

In einem Urnengang wurde zuerst die Präsidentin des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewählt. Die von den Mehrheitsfraktionen vorgeschlagene Kandidatin, Patricia Creutz-Vilvoye (CSP), erhält nach Auswertung der Stimmzettel die absolute Mehrheit.

Die übrigen Mitglieder des Präsidiums wurden ohne Wahlgang bezeichnet, da die Anzahl der zu vergebenen Mandate der Zahl der vorgeschlagenen Kandidaten entsprach.

Patricia	Creutz-Vilvoye	Präsidentin des PDG
Michael	Balter	1. Vizepräsident
Liesa	Scholzen	2. Vizepräsidentin
Kirsten	Neycken-Bartholemy	3. Vizepräsidentin
Evelyn	Jadin	4. Vizepräsidentin
José	Grommes	1. Sekretär
Stephanie	Pauels	2. Sekretärin
Freddy	Cremer	3. Sekretär
Stephan	Thomas	Greffier*

(*Von Amts wegen nimmt der Greffier des Parlaments an den Sitzungen teil)

Das Präsidium regelt alle administrativen und finanziellen Angelegenheiten des Parlaments, seiner Organe und der Parlamentsverwaltung. Es ernennt das Personal des Parlaments, mit Ausnahme des Greffiers, und legt das Organigramm der Parlamentsverwaltung fest. Es wird für die gesamte Dauer der Legislaturperiode gewählt.

DIE REGIERUNG

Eine der ersten Handlungen des neu konstituierten Parlaments war die Wahl der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Seitens der Mitglieder der Fraktionen ProDG, CSP und PFF wurde eine Liste von Kandidaten übermittelt, auf der Oliver Paasch (ProDG), Jérôme Franssen (CSP), Gregor Freches (PFF) und Lydia Klinkenberg (ProDG) als Mitglieder der Regierung vorgeschlagen wurden.

Aufgrund von Artikel 49 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 und in Anwendung von Artikel 60 §1 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 gelten die Kandidaten für die Regierung, die auf einer einzigen, von der absoluten Mehrheit der Mitglieder des Parlaments unterzeichneten Liste vorgeschlagen werden, als gewählt.

Die oben genannten Personen wurden somit aufgrund der oben genannten rechtlichen Bestimmung bestätigt und leisteten ihren Eid nach der Formel: „Ich schwöre Treue dem König, Gehorsam der Verfassung und den Gesetzen des belgischen Volkes.“



Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.
V.l.n.r.: Gregor Freches, Oliver Paasch, Lydia Klinkenberg
und Jérôme Franssen

NACHRÜCKENDE UND ENDGÜLTIGE ZUSAMMENSETZUNG

Aufgrund von Artikel 10ter des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft hört ein Mitglied des Parlaments, das zum Mitglied der Regierung gewählt wurde, sofort auf zu tagen. Diese Maßnahme gilt bis zu dem Zeitpunkt, an dem das Mandat als Minister endet. Aufgrund desselben Artikels wird dieses Parlamentsmitglied durch das erste Ersatzmitglied in der geltenden Reihenfolge der Liste, auf der es gewählt wurde, ersetzt. Da alle vier Regierungsmitglieder aus den Reihen des Parlaments kamen, rückten vier neue Abgeordnete nach.

(in alphabetischer Reihenfolge)

Vorname	Name	Fraktion	Funktion
Michael	Balter	VIVANT	1. Vizepräsident
Fabienne	Colling	ECOLO	Abgeordnete
Elke	Comoth	ProDG	Abgeordnete
Freddy	Cremer	ProDG	3. Sekretär
Patricia	Creutz-Vilvoye	CSP	Präsidentin des PDG
Kathy	Elsen	ProDG	Abgeordnete
Ewald	Gangolf	ProDG	Abgeordneter
Lisa	Göbbels	ProDG	Abgeordnete
José	Grommes	ProDG	1. Sekretär
Marcel	Henn	CSP	Abgeordneter
Evelyn	Jadin	PFF	4. Vizepräsidentin
Andreas	Jerusalem	ECOLO	Abgeordneter
Björn	Klinkenberg	SP	Abgeordneter
Patrick	Laschet	ProDG	Abgeordneter
Gerhard	Löfgen	PFF	Abgeordneter
Alain	Mertes	VIVANT	Abgeordneter
Mechtilde	Neuens	SP	Abgeordnete
Kirsten	Neycken-Bartholemy	SP	3. Vizepräsidentin
Stephanie	Pauels	CSP	2. Sekretärin
Elena	Peters	VIVANT	Abgeordnete
Liesa	Scholzen	ProDG	Senatorin 2. Vizepräsidentin
Ralph	Schröder	PFF	Abgeordneter
Etienne	Simar	CSP	Abgeordneter
Diana	Stiel	VIVANT	Abgeordnete
Lukas	Teller	CSP	Abgeordneter

Die vier nachrückenden Mitglieder sind Lisa Göbbels als erstes Ersatzmitglied der Liste 12/ProDG, Etienne Simar als zweites Ersatzmitglied der Liste 6/CSP, Gerhard Löfgen als erstes Ersatzmitglied der Liste 2/PFF-MR und Patrick Laschet als zweites Ersatzmitglied der Liste 12/ProDG. Auch diese vier Personen leisteten ihren Eid und nahmen ihren Platz als Abgeordnete ein.

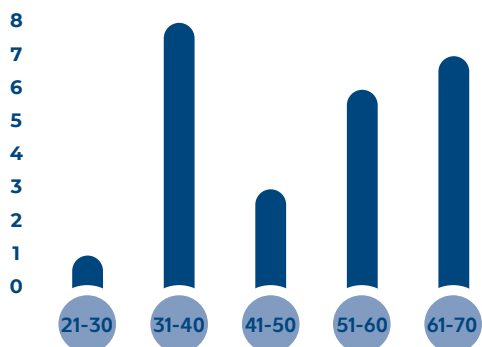
Somit stand die Zusammensetzung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft fest und die Versammlung konnte ihre Arbeit aufnehmen.



Die vier Nachrücker: Lisa Göbbels, Etienne Simar, Gerhard Löfgen und Patrick Laschet
Fotos: Stephan Offermann

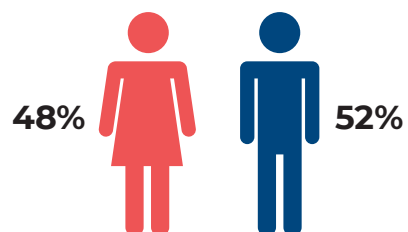
ALTERSPROFIL DER ABGEORDNETEN DES PARLAMENTS

Das Durchschnittsalter der Abgeordneten in der Sitzungsperiode 2024 liegt bei 49 Jahren.



AUFTEILUNG NACH GESCHLECHT

13 Männer und 12 Frauen bilden das direkt gewählte Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft.



Einblick in eine Plenarsitzung



Liesa Scholzen leistet ihren Eid am 18. Juli 2024 im Senat in Brüssel.
© Kevin Oeyen, Senat



DIE GEMEINSCHAFTSSENATORIN

Seit 2014 werden 50 Senatoren durch die Parlamente der verschiedenen Gemeinschaften bezeichnet und 10 werden aufgrund der Wahlen in die Abgeordnetenkommer kooptiert.

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft bestimmt eines seiner Mitglieder zum Senator.

Im Namen der Mehrheitsfraktionen ProDG, CSP und PFF wurde Liesa Scholzen für dieses Amt vorgeschlagen. Die VIVANT-Fraktion schlug Patricia Creutz-Vilvoye vor, die die Kandidatur jedoch abgelehnte. Da kein anderer Gegenkandidat aufgestellt wurde, wurde Liesa Scholzen ohne geheimes Wahlgang bezeichnet.

DIE AUSSCHÜSSE

Vier Ausschüsse werden auch in der Legislaturperiode 2024-2029 die Arbeit des Parlaments in wöchentlich stattfindenden Sitzungen gestalten. Es sind dies:

- der Ausschuss I (AI) für allgemeine Politik und Zusammenarbeit, Finanzen, lokale Behörden, Raumordnung, Energie, nachhaltige Entwicklung und Wirtschaftsförderung;
- der Ausschuss II (AII) für Kultur, Erwachsenenbildung, Tourismus, Denkmal- und Landschaftsschutz;
- der Ausschuss III (AIII) für Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung;
- der Ausschuss IV (AIV) für Gesundheit, Soziales, Familie und Wohnungswesen.

Der fünfte Ausschuss „zur Kontrolle der öffentlichen Mitteilungen, der Wahlausgaben und des Deontologiekodex sowie betreffend die Erklärungspflichten in Bezug auf Mandate und Patrimonien“ (AV) wird seine Tätigkeit nur punktuell bei Bedarf aufnehmen.

Die Besetzung der Ausschüsse wurde vom geschäftsführenden Präsidium festgehalten: ProDG erhält drei Sitze, die CSP zwei Sitze, die PFF einen Sitz, VIVANT einen Sitz und die SP ebenfalls einen Sitz in jedem Ausschuss. ECOLO darf ein nicht stimmberechtigtes Mitglied in die einzelnen Ausschüsse entsenden.

Die Verteilung der Vorsitze und stellvertretenden Vorsitze zwischen den Fraktionen erfolgt verhältnismäßig und gemäß Artikel 36 §4 der Geschäftsordnung. Das Parlament hat folgende Mandatsverteilung vorgenommen: ProDG zwei Vorsitze, die CSP einen Vorsitz, VIVANT einen Vorsitz, die SP und PFF je zwei stellvertretende Vorsitze.

In der Plenarsitzung vom 1. Juli 2024 wurde die Mandatsverteilung festgehalten:

- Ausschuss I: Vorsitzende: Patricia Creutz-Vilvoye (CSP), stellvertretende Vorsitzende: Evelyn Jadin (PFF);

- Ausschuss II: Vorsitzender: Alain Mertes (VIVANT), stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Löfgen (PFF);
- Ausschuss III: Vorsitzende: Liesa Scholzen (ProDG), stellvertretende Vorsitzende: Kirsten Neycken-Bartholemy (SP);
- Ausschuss IV: Vorsitzender: José Grommes (ProDG), stellvertretende Vorsitzende: Mechtilde Neuens (SP);
- Ausschuss V: Gemäß Artikel 108 §2 der Geschäftsordnung des Parlamentes der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist die Parlamentspräsidentin von Amts wegen Vorsitzende.⁴

⁴ Freddy Cremer (ProDG) wurde gemäß Artikel 108 §2 der Geschäftsordnung des Parlamentes der Deutschsprachigen Gemeinschaft in der Sitzung vom 4. November 2024 vom Ausschuss zum stellvertretenden Vorsitzenden bezeichnet.

DAS ERWEITERTE PRÄSIDIUM

Nach Zusammenstellung der Ausschüsse und Bekanntgabe der Personen, die besondere Aufgaben übernehmen, steht nun auch die Zusammensetzung des erweiterten Präsidiums fest. Das erweiterte Präsidium setzt sich aus den Präsidiumsmitgliedern, den Fraktionsvorsitzenden und den Ausschussvorsitzenden zusammen.

Das erweiterte Präsidium organisiert insbesondere die Arbeit des Parlaments. Dazu gehören vor allem die Arbeitsplanung der Plenarsitzungen und die entsprechenden Tagesordnungen.

Dies bedeutet, dass zum Präsidium:

- Patricia Creutz-Vilvoye,
Präsidentin des PDG und Ausschussvorsitzende
- Michael Balter,
1. Vizepräsident und Fraktionsvorsitzender
- Liesa Scholzen,
2. Vizepräsidentin und Ausschussvorsitzende
- Kirsten Neycken-Bartholemy,
3. Vizepräsidentin und Fraktionsvorsitzende
- Evelyn Jadin,
4. Vizepräsidentin und Fraktionsvorsitzende
- José Grommes,
1. Sekretär und Ausschussvorsitzender
- Stephanie Pauels,
2. Sekretärin und Fraktionsvorsitzende
- Freddy Cremer,
3. Sekretär und Fraktionsvorsitzender

Stephan Thomas, Greffier (von Amts wegen nimmt der Greffier an den Sitzungen teil)
weitere Personen hinzuzuzählen sind:

- Alain Mertes, Ausschussvorsitzender
(nicht stimmberechtigtes Mitglied)
- Fabienne Colling, Fraktionsvorsitzende
(nicht stimmberechtigtes Mitglied)

VERTRETUNG DES PARLAMENTS IN GRENZÜBERSCHREITENDEN GREMIEN

Zum Abschluss der ersten und einzigen Plenarsitzung der Sitzungsperiode 2024 bezeichneten die Mitglieder des Parlaments aus ihren Reihen Vertreter in verschiedenen Gremien.

So wurde Patricia Creutz-Vilvoye (CSP) als effektives Mitglied und Kathy Elsen (ProDG) als Ersatzmitglied in den beratenden Interparlamentarischen Benelux-Rat, kurz Benelux-Parlament, berufen.

Im Interregionalen Parlamentarierrat der Großregion (IPR) wird das Parlament von Liesa Scholzen (ProDG) und Patricia Creutz-Vilvoye (CSP) vertreten. Ersatzmitglieder sind Ewald Gangolf (ProDG) und Stephanie Pauels (CSP).

Kathy Elsen (ProDG), Liesa Scholzen (ProDG), Stephanie Pauels (CSP) und Diana Stiel (VIVANT) wurden als Vertreterinnen in der Versammlung des Europäischen Verbundes für Territoriale Zusammenarbeit „Euregio Maas-Rhein“ bestimmt.

DIE BERATENDEN MANDATARE

Die beratenden Mandatare können an den Plenarsitzungen und an den Ausschusssitzungen teilnehmen. Sie verfügen allerdings über kein Initiativrecht oder Kontrollrecht.

Beratende Mandatare sind:⁵

- die im Wahlkreis Verviers gewählten Mitglieder der Abgeordnetenkammer, die den Verfassungseid ausschließlich oder an erster Stelle in Deutsch geleistet haben;
- die Mitglieder des Wallonischen Parlaments, die den Verfassungseid ausschließlich oder an erster Stelle in Deutsch geleistet haben;
- das im deutschsprachigen Wahlkreis gewählte Mitglied des Europäischen Parlaments, das seinen Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet hat.

Seit der Provinzialratswahl vom 13. Oktober 2024 sind die im Wahldistrikt Eupen gewählten Provinzialratsmitglieder keine beratenden Mandatare des Parlaments mehr.⁶

Beratende Mandatare zu Beginn der Sitzungsperiode 2024 (in alphabetischer Reihenfolge)

Pascal Arimont	CSP	Europäisches Parlament
Luc Frank	CSP	Abgeordnetenkammer
Christine Mauel	PFF	Wallonisches Parlament
Freddy Mockel	ECOLO	Wallonisches Parlament
Patrick Spies	SP	Wallonisches Parlament



Das erweiternde Präsidium, v.l.n.r.: Freddy Cremer, Stephan Thomas, Michael Balter, Stephanie Pauels, Patricia Creutz-Vilvoye, José Grommes, Liesa Scholzen, Evelyn Jadin, Fabienne Colling und Kirsten Neycken-Bartholemy

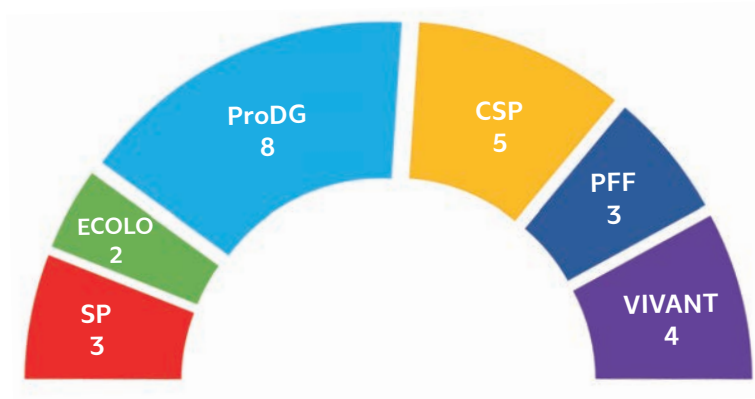
⁵ Artikel 42 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft.

⁶ Artikel 8 §4 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, abgeändert durch Artikel 1 des Sonderdekrets vom 26. Juni 2023.

DIE FRAKTIONEN

Im neu gewählten Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind sechs politische Parteien und Bewegungen vertreten.

Sitzverteilung:



8 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen
Belgien

T +32 (0)87/31 84 55

F +32 (0)87/31 84 56

info@prodg.pdg.be

<http://www.prodg.be>

Fraktionsvorsitzender:

Freddy Cremer

freddy.cremer@pdg.be



5 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen
Belgien

T +32 (0)87/31 84 47

F +32 (0)87/31 84 48

info@csp.pdg.be

<http://www.csp-dg.be>

Fraktionsvorsitzende:

Stephanie Pauels

stephanie.pauels@pdg.be



4 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen
Belgien

T +32 (0)87/31 84 73

F +32 (0)87/31 84 74

info@vivant.pdg.be

<http://www.vivant-ostbelgien.org>

Fraktionsvorsitzender:

Michael Balter

michael.balter@pdg.be



Die Parlamentsmitglieder haben sich zu Fraktionen zusammengeschlossen. Es wird zwischen einer anerkannten und einer nicht anerkannten Fraktion unterschieden.

Eine anerkannte Fraktion setzt sich aus mindestens drei Parlamentsmitgliedern zusammen und eine nicht anerkannte Fraktion aus zwei Mitgliedern. Die Bezeichnung als anerkannte oder nicht anerkannte Fraktion beeinflusst die Höhe der Finanzierung der Funktionskosten und wirkt sich in beschränkterem Maße auf das Rede-, Stimm- und Antragsrecht aus. In der Legislaturperiode 2024-2029 gibt es mit ECOLO eine nicht anerkannte Fraktion.



3 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen
Belgien

T +32 (0)87/31 84 61

F +32 (0)87/31 84 62

info@sp.pdg.be

<http://www.sp-dg.be>

Fraktionsvorsitzende:

Kirsten Neycken-Bartholemy

kirsten.neycken-bartholemy@pdg.be



Perspektiven. Freiheit. Fortschritt.

3 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen
Belgien

T +32 (0)87/31 84 67

F +32 (0)87/31 84 68

info@pff.pdg.be

<http://www.pff.be/>

Fraktionsvorsitzende:

Evelyn Jadin

evelyn.jadin@pdg.be



2 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen
Belgien

T +32 (0)87/31 84 77

F +32 (0)87/31 84 78

info@ecolo.pdg.be

<http://www.ecolodg.be>

Fraktionsvorsitzende:

Fabienne Colling

fabienne.colling@pdg.be



LEGISLATIVE ARBEIT

Bereits in der ersten Plenarsitzung wurden verschiedene Beschlüsse getroffen.

Verabschiedung	Dok.-Nr. und Sitzungsperiode	Titel
01.07.2024	-	Beschluss zur Bezeichnung der ständigen Ausschüsse und ihrer Zuständigkeiten
01.07.2024	11 (2024)	Beschluss zur Wahl des Präsidiums des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Legislaturperiode 2024-2029
01.07.2024	12 (2024)	Beschluss zur Wahl des Präsidenten des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Legislaturperiode 2024-2029
01.07.2024	13 (2024)	Beschluss des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Wahl des Senators der Deutschsprachigen Gemeinschaft
01.07.2024	15 (2024)	Beschluss zur Bezeichnung der Vertreter des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft in der Interparlamentarischen Versammlung Benelux für die Legislaturperiode 2024-2029
01.07.2024	16 (2024)	Beschluss zur Bezeichnung der Vertreter des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Interregionalen Parlamentarier-Rat der Großregion für die Legislaturperiode 2024-2029
01.07.2024	17 (2024)	Beschluss zur Bezeichnung der Vertreter der Deutschsprachigen Gemeinschaft in der Versammlung des Europäischen Verbundes für territoriale Zusammenarbeit der „Euregio Maas-Rhein“ für die Legislaturperiode 2024-2029

Arbeit in den Ausschüssen

Die erste Sitzungsperiode wird in der Regel dazu genutzt, die Ausschüsse zu installieren und deren Arbeitsweise festzulegen. Die Ausschüsse haben im September 2024 ihre Arbeit aufgenommen.

Bereits zum Ende der ersten Sitzungsperiode fanden Regierungskontrollsitzenungen statt und es wurden schriftliche Fragen an die Regierungsmitglieder gerichtet.

MÜNDLICHE FRAGEN 2024

Nr.	Datum	Fragesteller	Fraktion	Gegenstand der Frage	Befragter Minister	Gremium	BIF
1	09.09.2024	K. Neycken-Bartholemy	SP	Reform des Baugenehmigungsverfahrens „1 Behörde – 75 Tage“	O. Paasch	AI	1
2	09.09.2024	F. Colling	Ecolo	Haushaltsanpassungen im Kontext der EU-Defizitanordnung	O. Paasch	AI	1
3	09.09.2024	M. Balter	Vivant	Abbau des belgischen Haushaltsdefizits	O. Paasch	AI	1
4	09.09.2024	M. Balter	Vivant	Austrittsentschädigungen für Minister	O. Paasch	AI	1
5	09.09.2024	F. Cremer	ProDG	Zwischenbericht des „Centre Régional d'Aide aux Communes“ über die Finanzlage der Gemeinde Kelmis	O. Paasch	AI	1
6	09.09.2024	K. Neycken-Bartholemy	SP	Werthplatz in Eupen	O. Paasch	AI	1

7	10.09.2024	A. Jerusalem	Ecolo	Reaktivierung von Bahnstrecken zur Aufwertung des Tourismus in Ostbelgien	G. Freches	All	1
8	10.09.2024	B. Klinkenberg	SP	Leistungszentrum des Verbands deutschsprachiger Turnvereine (VDT)	G. Freches	All	1
9	11.09.2024	D. Stiel	Vivant	Zahnmedizinischer Notdienst in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	L. Klinkenberg	AIV	1
10	11.09.2024	D. Stiel	Vivant	Familien- und Seniorenhilfsdienst SAFPA	L. Klinkenberg	AIV	1
11	11.09.2024	D. Stiel	Vivant	Entbindungsstation des Eupener Krankenhauses	L. Klinkenberg	AIV	1
12	11.09.2024	A. Jerusalem	Ecolo	Platzvergabe in der außerschulischen Betreuung und zur Qualität der Betreuung	L. Klinkenberg	AIV	1
13	11.09.2024	F. Colling	Ecolo	Demenzprävention in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	L. Klinkenberg	AIV	1
14	11.09.2024	M. Neuens	SP	Zuständigkeit für die Kleinkindbetreuung	L. Klinkenberg	AIV	1
15	11.09.2024	M. Neuens	SP	Investitionen in den öffentlich geförderten Wohnungsbau	L. Klinkenberg	AIV	1
16	12.09.2024	A. Mertes	Vivant	Einrichtung einer Fördersekundarschule in der Eifel	J. Franssen	AIII	1
17	12.09.2024	A. Jerusalem	Ecolo	Fördersekundarschule im Süden der Deutschsprachigen Gemeinschaft	J. Franssen	AIII	1
18	12.09.2024	A. Jerusalem	Ecolo	Französisch als Pflichtfach in der Lehrergrundausbildung	J. Franssen	AIII	1
19	12.09.2024	A. Jerusalem	Ecolo	Rucksackprinzip im Bereich der Hochbegabung	J. Franssen	AIII	1
20	12.09.2024	A. Mertes	Vivant	Empfehlung in Bezug auf die prophylaktische Gabe von Antibiotika gegen Keuchhusten	J. Franssen	AIII	1
21	12.09.2024	K. Neycken-Bartholemy	SP	Zugang zu Verhütungsmitteln in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	J. Franssen	AIII	1
22	12.09.2024	K. Neycken-Bartholemy	SP	Aufnahmeprüfung der Französischen Gemeinschaft für Studienanwärter in den Bereichen Medizin und Zahnmedizin	J. Franssen	AIII	1

AUFTEILUNG NACH FRAKTIONEN



AUFTEILUNG NACH BEFRAGTEM MINISTER



SCHRIFTLICHE FRAGEN

Nr.	Datum	Fragesteller	Fraktion	Thema	Befragter Minister	Antwort	BIF
1	06.09.2024	D. Stiel	Vivant	Antibiotika-Resistenzen	L. Klinkenberg	10.10.2024	2
2	13.09.2024	D. Stiel	Vivant	Arbeitslosengeld bei Teilzeitarbeit	J. Franssen	15.10.2024	2

Veranstaltungen

Zwischen Juni 2024 und Mitte September 2024 haben zwei Veranstaltungen im Parlament stattgefunden.

BUCHPREIS FÜR DAS SCHULJAHR 2023-2024

Zum Ende des Schuljahres 2023-2024 erhielten 108 Lernende in der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Buchpreis des Parlaments für ihre auszeichnungswürdigen Leistungen im Unterrichtsfach Deutsch. Die 68 Grundschüler darunter erhielten ihre Auszeichnungen bei den traditionellen Abschlussfeiern in den Schulen. Während die Laureaten

der Abschlussklassen des Sekundarunterrichts, im Förderunterricht, der Gesellenprüfung und der Weiterbildungsklassen am 29. Juni 2024 im Rahmen einer kleinen Feierstunde im Parlament den Preis aus den Händen der diensttuenden Vizeparlamentspräsidentin Liesa Scholzen erhielten. Zahlreiche Schülerinnen und Schüler folgten der Einladung in

den Plenarsaal, wo Michael Klütgens im Rahmenprogramm den künstlerischen Umgang mit deutscher Sprache eindrucksvoll darbot. Der Preis beinhaltet neben einer Urkunde einen Gutschein, der für Einkäufe von deutschsprachigen Werken in ostbelgischen Buchhandlungen genutzt werden kann.



Die Preisträger des Buchpreises 2024



Die Parlamentspräsidentin empfängt die Gäste des Tirolerfestes.

TIROLEREMPfang

Am 3. August 2024 statteten die Gäste des Tirolerfestes Eupen aus dem Kaiserwinkl in Tirol dem Parlament den traditionellen Besuch ab. Sowohl die Musikkapelle Kössen als auch der Trachtenverein Landsturm 1809 und die Schuhplattler aus Kössen brachten Tiroler Stimmung auf den Platz des Parlaments.

Parlament interregional und international

KONFERENZ DER PARLAMENTSPRÄSIDENTINNEN UND -PRÄSIDENTEN DER DEUTSCHSPRACHIGEN LÄNDER

Die Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten der deutschsprachigen Länder treffen sich seit 2016 jährlich zu einem informellen Austausch reihum in einem der Partnerländer. In diesem Jahr richtete die Präsidentin des Deutschen Bundestags, Frau Bärbel Bas, das Treffen in ihrer Heimatstadt Duisburg aus. Gemäß einer innerbelgischen Absprache nahm die Präsidentin des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft (PDG), Patricia Creutz-Vilvoye, stellvertretend für Belgien an dieser Konferenz teil.

Der Schweizer Nationalrat war durch Präsident Eric Nussbaumer vertreten, der Österreichische Nationalrat durch dessen Präsidenten Wolfgang Sobotka, die Luxemburger Abgeordnetenkammer durch Präsident Claude Wiseler und der Liechtensteiner

Landtag durch seinen Präsidenten Albert Frick.

Zu Beginn des Treffens tauschten die Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten sich zur aktuellen außenpolitischen Lage aus. Dabei besprachen sie insbesondere die Lage der Ukraine und ihre Perspektive zur Europäischen Union, die Solidarität mit Israel und die Lage nach den Wahlen in London und Paris.

Im weiteren Verlauf des Treffens tauschten die Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten sich auch zum Thema „Einsatz von künstlicher Intelligenz: Segen oder Fluch?“ aus. Zur Einführung in das Thema hielt Frau Prof. Dr. Katharina A. Zweig ein Impulsreferat. Beim anschließenden Meinungsaustausch wurden das kommende Gesetz der Europäischen

Union zu künstlicher Intelligenz, der Umgang von Kindern mit künstlicher Intelligenz und der Nutzen von künstlicher Intelligenz zur Bekämpfung von Fake News erörtert.

Die Präsidentin des Deutschen Bundestags Bärbel Bas nutzte das Treffen zudem dazu, den Gästen einen Einblick in die soziokulturelle und wirtschaftliche Attraktivität der Stadt Duisburg zu ermöglichen. So besichtigten die Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten das Stahlunternehmen Hüttenwerke Krupp Mannesmann. Zudem wurde das Treffen mit einer Hafentour abgerundet, bei der die Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten Erläuterungen zum Duisburger Hafen, als größtem Binnenhafen der Welt, erhielten.



Die Präsidentinnen und Präsidenten der Parlamente der deutschsprachigen Länder. V.l.n.r.: Claude Wiseler (Luxemburger Abgeordnetenkammer), Wolfgang Sobotka (Österreichischer Nationalrat), Eric Nussbaumer (Schweizer Nationalrat), Bärbel Bas (Deutscher Bundestag), Patricia Creutz-Vilvoye (Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft), Albert Frick (Landtag Liechtenstein)
© Deutscher Bundestag, Tobias Koch



Bericht der Sitzungsperiode 2024-2025

Vorwort der Parlaments- präsidentin

Die Legislaturperiode 2024–2025 stellt einen wichtigen Neubeginn für das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft dar. Nach den Wahlen 2024 hat sich das Parlament neu zusammengesetzt: Zwölf erstmals gewählte Abgeordnete bringen neue Impulse in die politische Arbeit ein. Zugleich steht das Haus erstmals unter der Leitung einer Frau – ein besonderes Zeichen in seiner Geschichte.

Ein Blick zurück zeigt: Das Parlament ist jedoch weit mehr als ein Ort formaler Gesetzgebungs- und Kontrollarbeit. Zwar prägten auch in dieser Sitzungsperiode die klassischen Aufgaben – Ausschussarbeit, Dekrete, Regierungskontrolle – den Alltag, doch ebenso präsent war das Parlament als Plattform für Austausch, Begegnung und gesellschaftliche Mitgestaltung.

Im Bereich der politischen Bildung konnten erneut wichtige Impulse gesetzt werden. Mit dem Empfang zahlreicher Besuchergruppen sowie innovativen Formaten wie dem „Zug der Demokratie“ und dem Bürgerdialog, die als Brücke zwischen Politik und Bevölkerung dienen, wurde demokratische Teilhabe im Parlament auf vielfältige Weise erlebbar gemacht. Besonders junge Menschen, Bürgerinnen und Bürger aller Generationen wurden so aktiv in das politische Geschehen einbezogen – stellvertretend für viele weitere Initiativen zur Förderung eines lebendigen demokratischen Miteinanders.

Auch kulturelle und soziale Veranstaltungen machten das Parlament zu einem offenen Haus: Der Besuch der Sternsinger, die Verleihung der Schülerpreise und des Preises des Parlaments oder die Blutspendeaktion – durchgeführt in Zusammenarbeit mit dem BRF und der KAS Eupen – sind nur einige Beispiele für diese Vielfalt.

All dies zeigt: Demokratie wird im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft nicht nur beschlossen, sondern auch gelebt. Allen, die dazu beigetragen haben, gilt mein herzlicher Dank.

Viel Freude beim Erkunden des Tätigkeitsberichts 2024–2025!



Patricia Creutz-Vilvoye
Präsidentin des Parlaments der Deutschsprachigen
Gemeinschaft



EINLEITUNG

DIE PARLAMENARISCHEN AKTIVITÄTEN AUF EINEN BLICK

14 Plenarsitzungen

31 Dekrete und Beschlüsse

1 Resolution

97 Ausschusssitzungen

36 Regierungskontrollsitzenngen

AUFGABEN DES PARLAMENTS

Die Aufgaben des Parlaments gliedern sich in **7 Bereiche**.

1. Als Organ der Legislative verabschiedet das Parlament Dekrete. Dekrete sind Bestimmungen mit Gesetzeskraft für die Deutschsprachige Gemeinschaft. Es wird bei Dekretinitiativen zwischen zwei Arten unterschieden: Bei einem Dekretvorschlag geht die Initiative von einem oder mehreren Parlamentsmitgliedern aus.

Bei Dekretentwürfen ergreift die Regierung die Initiative. Der Entwurf der Regierung enthält neben dem vorgeschlagenen Text ein Gutachten des Staatsrats zum Vorentwurf. Das Staatsratsgutachten stellt fest, ob der Text gesetzestechnisch in Ordnung ist, nicht im Widerspruch zur Verfassung, zu anderen Dekreten und Gesetzesbestimmungen steht und vor allem keine Kompetenzübertretung der Gemeinschaft beinhaltet.

2. Das Parlament verabschiedet den Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Im Haushalt werden die Einnahmen und die Ausgaben der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das kommende Jahr festgelegt. Er ist die Grundlage für die Handlungsfähigkeit der Regierung.

3. Das Parlament wählt und kontrolliert die Regierung. Die aktuelle Regierung der Deutschsprachigen

Gemeinschaft wurde auf der Plenarsitzung vom 1. Juli 2024 gewählt.

Die Regierung ist vor dem Parlament politisch verantwortlich und wird regelmäßig von den Parlamentsmitgliedern in öffentlichen Ausschusssitzungen zu ihrer Politik befragt.

4. Zudem gibt das Parlament Gutachten zu föderalen Gesetzesinitiativen ab, die sich auf das Autonomiestatut der Deutschsprachigen Gemeinschaft und auf die auf das deutsche Sprachgebiet anwendbare Sprachengesetzgebung beziehen.

5. Das Parlament bietet ein Forum für die Diskussion über politisch relevante Themen. Die Diskussion mündet nicht selten in der Abfassung von Resolutionen und Stellungnahmen, die politische Aussagen, Aufforderungen, Empfehlungen, Absichten oder Ähnliches enthalten und nicht rechtsverbindlich sind.

6. Darüber hinaus befasst sich das Parlament auch mit Petitionen. Das Petitionsrecht ist ein in der belgischen Verfassung verankertes Grundrecht aller Bürger. Bürger können im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine Petition hinterlegen.

Das Parlament befasst sich allerdings nur mit Petitionen zu Fragen, die in den Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft fallen.

7. Zusätzlich zu der legislativen Arbeit verabschiedet das Parlament auch andere Beschlüsse, die im Wesentlichen auf dieselbe Art und Weise wie Dekrete vorbereitet, besprochen und verabschiedet werden. Dabei handelt es sich zum einen um interne Beschlüsse zur Organisation der parlamentarischen Arbeit und zur Regelung des Status der Abgeordneten und der Verwaltungsmitarbeiter.

ZUSTÄNDIGKEITSBEREICHE DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

Das Parlament ist der Gesetzgeber für die Deutschsprachige Gemeinschaft und schafft die gesetzlichen Rahmenbedingungen in den gemeinschaftseigenen Angelegenheiten, die der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom Föderalstaat übertragen wurden, sowie in den regionalen Angelegenheiten, deren Ausübung der Deutschsprachigen Gemeinschaft durch die Wallonische Region übertragen wurde.

Die Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft umfassen die kulturellen Angelegenheiten, personengebundene Angelegenheiten, wie Familie, Gesundheit und Soziales, das Unterrichtswesen, einschließlich des Sprachgebrauchs im Unterrichtswesen, sowie die zwischengemeinschaftliche und internationale Zusammenarbeit. Rechts-

grundlage für diese Zuständigkeiten bilden Artikel 130 der belgischen Verfassung und Artikel 4 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft.

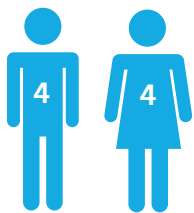
Seit 1994 wurde mehrfach die Ausübung von Befugnissen von der Walлонischen Region an die Deutschsprachige Gemeinschaft übertragen. Daher kann das Parlament Dekrete in folgenden Regionalangelegenheiten verabschieden:

- Raumordnung (2019),
- Wohnungswesen (2019),
- Teile der Energiepolitik (2019).

- Denkmal- und Landschaftsschutz (1994) sowie Ausgrabungen (1999),
- Beschäftigungspolitik (1999 und 2015),
- Gemeindeorganisation und -finanzierung (2004, 2009 und 2014),
- Tourismus (Rückübertragung nach 6. Staatsreform) (2014),

AUFTEILUNG NACH GESCHLECHT PRO FRAKTION

PRO DG



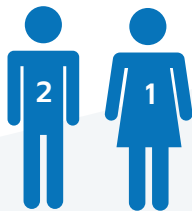
CSP



VIVANT



PFF



SP

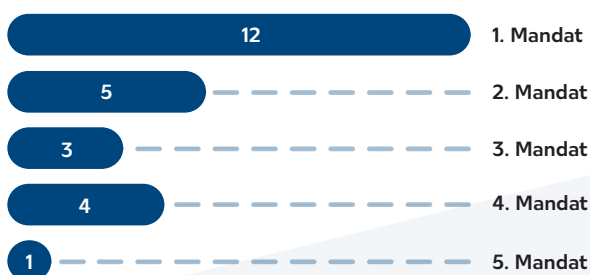


ECOLO



ANZAHL MANDATSPERIODEN

ABGEORDNETE



DIE ABGEORDNETEN

Am 9. Juni 2024 wurde das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft neu gewählt. Die konstituierende Sitzung des neu gewählten Parlaments fand am 1. Juli 2024 statt. Die in dieser Plenarsitzung gefassten Beschlüsse sind im Jahresbericht 2024 nachzulesen. Die personelle Zusammensetzung des Parlaments blieb in der Sitzungsperiode 2024-2025 unverändert.

Mitglieder des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft
(in alphabetischer Reihenfolge)

Vorname	Name	Fraktion	Funktion
Michael	Balter	VIVANT	1. Vizepräsident
Fabienne	Colling	ECOLO	Abgeordnete
Elke	Comoth	ProDG	Abgeordnete
Freddy	Cremer	ProDG	3. Sekretär
Patricia	Creutz-Vilvoye	CSP	Präsidentin des PDG
Kathy	Elsen	ProDG	Abgeordnete
Ewald	Gangolf	ProDG	Abgeordneter
Lisa	Göbbels*	ProDG	Abgeordnete
José	Grommes	ProDG	1. Sekretär
Marcel	Henn	CSP	Abgeordneter
Evelyn	Jadin	PFF	4. Vizepräsidentin
Andreas	Jerusalem	ECOLO	Abgeordneter
Björn	Klinkenberg	SP	Abgeordneter
Patrick	Laschet	ProDG	Abgeordneter
Gerhard	Löfgen	PFF	Abgeordneter
Alain	Mertes	VIVANT	Abgeordneter
Mechtilde	Neuens	SP	Abgeordnete
Kirsten	Neycken-Bartholemy	SP	3. Vizepräsidentin
Stephanie	Pauels	CSP	2. Sekretärin
Elena	Peters	VIVANT	Abgeordnete
Liesa	Scholzen	ProDG	Senatorin 2. Vizepräsidentin
Ralph	Schröder	PFF	Abgeordneter
Etienne	Simar	CSP	Abgeordneter
Diana	Stiel	VIVANT	Abgeordnete
Lukas	Teller	CSP	Abgeordneter



Fotos: Stephan Offermann

* Frau Lisa Göbbels hat ihren Rücktritt von ihrem parlamentarischen Mandat zum 8. September 2025 erklärt. Über ihre Nachfolge wird in der 1. Plenarsitzung der Sitzungsperiode 2025-2026 entschieden.

Die beratenden Mandatare

Beratende Mandatare in der Sitzungsperiode 2024-2025
(in alphabetischer Reihenfolge)



Pascal Arimont
Euroäisches Parlament



Luc Frank
Abgeordneten Kammer



Christine Mauel
Wallonisches Parlament



Alfred Mockel
Wallonisches Parlament



Patrick Spies
Wallonisches Parlament

Die Fraktionen

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft zählt nach den Wahlen von 2024 insgesamt 5 anerkannte Fraktionen und eine nicht anerkannte Fraktion.

Eine Fraktion ist ein Zusammenschluss mehrerer Mitglieder des Parlaments, die gemeinsam arbeiten, um die parlamentarische Tätigkeit zu organisieren. In der Regel gehören diese Mitglieder derselben politischen Partei an.

Dabei wird zwischen fraktionslosen Abgeordneten, nicht anerkannten Fraktionen (zwei Mitglieder) und anerkannten Fraktionen (mindestens drei Mitglieder) unterschieden. Diese Einteilung hat Auswirkungen auf den Umfang der finanziellen und sachlichen Unterstützung sowie auf die in der Geschäftsordnung festgelegten Rechte, wie etwa das Rederecht oder die garantierte Mitwirkung in Ausschüssen.

Das Parlament stellt den Fraktionen sowohl finanzielle Mittel als auch Bü-

roräume und Infrastruktur zur Verfügung.

Sitzverteilung:

Anerkannte Fraktion	Anzahl Sitze
ProDG	8
CSP	5
VIVANT	4
PFF	3
SP	3
Nicht anerkannte Fraktion	
ECOLO	2

Die Fraktionen bezeichnen einen Fraktionsvorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden, der bei Abwesenheit des Vorsitzenden dessen Befugnisse ausübt.

Jede Fraktion kann ein Fraktionssekretariat einrichten und dazu Mitarbeiter anstellen. Unter diesen Mitarbeitern kann jede Fraktion einen oder mehrere Fraktionssekretäre bezeichnen, die nach entsprechender Anerkennung des Präsidiums gemäß Artikel 8 der Geschäftsordnung den geheimen Sitzungen der Parlamentsorgane beiwohnen dürfen.⁷

Fraktionsvorsitzende und stellvertretende Fraktionsvorsitzende in der Sitzungsperiode 2024-2025

(in alphabetischer Reihenfolge)

Vorname	Name	Fraktion	Funktion
Michael	Balter	VIVANT	Fraktionsvorsitzender
Fabienne	Colling	ECOLO	Fraktionsvorsitzende
Freddy	Cremer	ProDG	Fraktionsvorsitzender
José	Grommes	ProDG	Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Evelyn	Jadin	PFF	Fraktionsvorsitzende
Andreas	Jerusalem	ECOLO	Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Björn	Klinkenberg	SP	Stellvertretender Fraktionsvorsitzender seit dem 01.09.2025
Gerhard	Löfgen	PFF	Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Alain	Mertes	VIVANT	Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Mechtilde	Neuens	SP	Fraktionsvorsitzende seit dem 01.09.2025
Kirsten	Neycken-Bartholemy	SP	Fraktionsvorsitzende bis zum 31.08.2025
Stephanie	Pauels	CSP	Fraktionsvorsitzende
Lukas	Teller	CSP	Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

⁷ Geschäftsordnung des Parlaments, Artikel 19.

Die Parlamentsorgane

Die Parlamentsorgane sind die offiziellen Funktionen und Gremien innerhalb des Parlaments, die dessen Arbeitsweise organisieren und sicherstellen, dass die parlamentarischen Aufgaben ordnungsgemäß erfüllt werden. Sie dienen der Strukturierung, Leitung und Verwaltung der parlamentarischen Abläufe. Zu den Parlamentsorganen zählen der Parlamentspräsident, das Präsidium, das erweiterte Präsidium und die Ausschüsse.

DIE PARLAMENTSPRÄSIDENTIN

Die Präsidentin des Parlaments leitet die Aktivitäten des Parlaments. Im Gegensatz zu den Mandaten der übrigen Abgeordneten ist das Mandat der Parlamentspräsidentin ein Vollzeitmandat. Ihre Aufgaben sind vielfältig und werden in der Geschäftsordnung geregelt.

Seit dem 1. Juli 2024 ist Frau Patricia CREUTZ-VILVOYE die Parlamentspräsidentin.

Die sichtbarste Aufgabe der Parlamentspräsidentin ist die Leitung von Sitzungen. So leitet sie die Plenarsitzung, in der sie den geregelten Ablauf sichert, den Abgeordneten und Regierungsmitgliedern das Wort erteilt und

gemeinsam mit dem 1. Sekretär des Präsidiums die Abstimmungen durchführt.

Die Parlamentspräsidentin ist ebenfalls Vorsitzende des Präsidiums, des erweiterten Präsidiums, des Ausschusses I und des Ausschusses V.

Zur Vor- und Nachbereitung der Arbeiten der Parlamentsgremien plant sie in Absprache mit der Regierung und öffentlichen Einrichtungen die vorzunehmenden Schritte und lässt sich über die Entwicklungen in Fachbereichen und über Sachstände informieren. Darüber hinaus konsultiert sie Sachverständige und fördert die Meinungsbildung.

Die Parlamentspräsidentin ist auch Vorsitzende der Jury zum Preis des Parlaments.

Die Parlamentspräsidentin vertritt das Parlament nach außen. Die auswärtigen Beziehungen des Parlaments, die in einem weiteren Kapitel näher umschrieben werden, umfassen die Teilnahme an innerbelgischen und internationalen Gremien. Im Austausch mit Amtskollegen werden Herausforderungen erörtert und gemeinsame Standpunkte erarbeitet.

Als protokollarisch höchste Vertreterin der Deutschsprachigen Gemeinschaft nimmt sie diesbezügliche Aufgaben wahr. Sie repräsentiert die Deutschsprachige Gemeinschaft und das Parlament bei offiziellen Feiern, Staatsakten und Gedenkveranstaltungen im In- und Ausland.

DAS PRÄSIDIUM

Das Präsidium regelt alle administrativen und finanziellen Angelegenheiten des Parlaments, seiner Organe und der Parlamentsverwaltung. Es ernennt das Personal des Parlaments, mit Ausnahme des Greffiers, und legt das Organigramm der Parlamentsverwaltung fest.

Es gewährleistet durch strategische Entscheidungen das gute Funktionieren des parlamentarischen Geschehens. Das Präsidium wird einmal pro Legislaturperiode von der Plenarversammlung gewählt.

Das Präsidium wird gemäß dem System der verhältnismäßigen Vertretung der Fraktionen gebildet, wobei jedoch gewährleistet werden muss, dass jede anerkannte Fraktion des Parlaments vertreten ist.

Zusammensetzung des Präsidiums:

- **Patricia Creutz-Vilvoye**, Präsidentin des PDG
- **Michael Balter**, 1. Vizepräsident
- **Liesa Scholzen**, 2. Vizepräsidentin

- **Kirsten Neycken-Bartholemy**, 3. Vizepräsidentin
- **Evelyn Jadin**, 4. Vizepräsidentin
- **José Grommes**, 1. Sekretär
- **Stephanie Pauels**, 2. Sekretärin
- **Freddy Cremer**, 3. Sekretär
- Der Greffier, **Stephan Thomas**, nimmt von Amts wegen an den Sitzungen teil.

DAS ERWEITERTE PRÄSIDIUM

Das erweiterte Präsidium setzt sich zusammen aus den Präsidiumsmitgliedern sowie den Vorsitzenden der Fraktionen und der Ausschüsse, die nicht dem Präsidium angehören.

Das erweiterte Präsidium entscheidet über die Arbeitsplanung des Parlaments. Es legt den Terminkalender der parlamentarischen Arbeiten fest und entscheidet über die Tagesordnungen der Plenarversammlung.

An den Sitzungen des erweiterten Präsidiums kann auch die Regierung teilnehmen.

Neben den oben aufgeführten Mitgliedern des Präsidiums setzt sich

das erweiterte Präsidium zusätzlich aus folgenden Personen zusammen:

- **Alain Mertes**, Ausschussvorsitzender (nicht stimmberechtigtes Mitglied)
- **Fabienne Colling**, Fraktionsvorsitzende (nicht stimmberechtigtes Mitglied)



Der Generalsekretär Stephan Thomas, die Parlamentspräsidentin Patricia Creutz-Vilvoye und der erste Sekretär José Grommes

DIE AUSSCHÜSSE

Vier Ausschüsse gestalten auch in der Legislaturperiode 2024–2029 die Arbeit des Parlaments in wöchentlich stattfindenden Sitzungen.

- Ausschuss I (AI) für allgemeine Politik und Zusammenarbeit, Finanzen, lokale Behörden, Raumordnung, Energie, nachhaltige Entwicklung und Wirtschaftsförderung;
 - Ausschuss II (AII) für Kultur, Erwachsenenbildung, Tourismus, Denkmal- und Landschaftsschutz;
 - Ausschuss III (AIII) für Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung;
 - Ausschuss IV (AIV) für Gesundheit, Soziales, Familie und Wohnungswesen.
- Der fünfte Ausschuss „zur Kontrolle der öffentlichen Mitteilungen, der Wahlausgaben und des Deontologiekodex sowie betreffend die Erklärungspflichten in Bezug auf Mandate und Patrimonien“ tagt bei Bedarf.

Die Besetzung der Ausschüsse wurde von der Plenarsitzung am 1. Juli 2024 gemäß dem System der verhältnismäßigen Vertretung festgelegt.

Die Verteilung der Vorsitze und stellvertretende Vorsitze zwischen den Fraktionen erfolgt verhältnismäßig und gemäß Artikel 36 §4 der Geschäftsordnung.

Die derzeitige Mandatsverteilung sieht wie folgt aus:

- Ausschuss I: Vorsitzende: Patricia Creutz-Vilvoye (CSP), stellvertretende Vorsitzende: Evelyn Jadin (PFF);
- Ausschuss II: Vorsitzender: Alain Mertes (VIVANT), stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Löfgen (PFF);

- Ausschuss III: Vorsitzende: Liesa Scholzen (ProDG), stellvertretende Vorsitzende: Kirsten Neycken-Bartholemy (SP);
- Ausschuss IV: Vorsitzender: José Grommes (ProDG), stellvertretende Vorsitzende: Mechtilde Neuens (SP).



Einblick in eine Sitzung des Ausschusses II für Kultur, Erwachsenenbildung, Tourismus, Denkmal- und Landschaftsschutz

DIE PARLAMENTSVERWALTUNG

VERWALTUNGSSTRUKTUR

Die Verwaltung ist in fünf Dienste aufgeteilt:

Dienst 1: Ausschüsse

Dienst 2: Expertise und Publikationen

Dienst 3: Finanz- und Personalwesen

Dienst 4: Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation

Dienst 5: Infrastruktur

Die Verwaltung steht unter der Leitung des Greffiers.

Stand 01.07.2025

Mitarbeiter pro Stufe (VÄ) ⁸	Anzahl
Stufe 1	16,5
Stufe 2+	6,8
Stufe 2	8,6
Stufe 3	5,3
ohne Stufe	<u>2,05</u>
TOTAL	39,25

Mitarbeiter pro Kategorie	Anzahl
Beamter	39
Vertraglich	<u>5</u>
TOTAL	44

Mitarbeiter pro Geschlecht	Anzahl
Männlich	14
Weiblich	<u>30</u>
TOTAL	44

Die Referentin der Parlamentspräsidentin und der Referent der Gemeinschaftssenatorin, Mitarbeiter in der Stufe I oder II+, werden außerhalb des Stellenplans eingestellt und ihr Beschäftigungsverhältnis ist an die Mandatsdauer ihres Dienstherrn gebunden.

DER HAUSHALT DES PARLAMENTS

Das Präsidium des Parlaments verabschiedet jährlich einen Haushaltsplan. Mit den dort eingetragenen Mitteln werden die Ausgaben zur Gewährleistung des Parlamentsbetriebs bestritten. Die Haushaltsausführung und die Rechnungslegung des Parlaments werden vom Rechnungshof geprüft.

A. Einnahmen:

Die Haupteinnahmequelle des Parlaments ist die Dotation der Gemeinschaft, die in eine Kapitaldotation (zur Rückzahlung der Anleihe für den Um- und Ausbau des Parlamentsgebäudes und zur Finanzierung von Investitionen) und in eine Dotation für die laufenden Ausgaben aufgeteilt ist.

Übersicht der Einnahmen in den Jahren 2023-2025

OB	Programm	EWK	Bezeichnung	2023*	2024**	2025***
10	00 Verwaltung allgemein	06.01	Sonstige Einnahmen	5.546	5.306	8.000
		16.11	Verkauf von Gütern und Dienstleistungen	6.048	4.487	3.000
		26.10	Zinserträge	12.766	22.733	0
		38.30	Erstattungen durch Versicherungen	685	0	0
		46.10	Dotation der Gemeinschaft	7.553.000	7.937.000	8.090.000
		66.11	Kapitaldotation der Gemeinschaft	1.227.284	1.227.284	1.228.000
		76.32	Verkauf Immobilien	0	0	0
		96.70	Leasingverträge	0	0	0
TOTAL				8.805.329	9.196.810	9.329.000

* endgültige Abrechnung 2023, ** vorläufige Abrechnung 2024, *** Haushaltsplan 2025

⁸ Vollzeitäquivalente Arbeitskräfte.

B. Ausgaben:

Die Ausgaben des Parlaments umfassen vor allen Dingen die Gehaltskosten der Mitarbeiter, die Entschädigungen und Pensionsbeiträge der Parlamentarier, Ausgaben technischer Art (Energie- und Unterhaltskosten für die Infrastruktur, Anschaffung von Büro- und IT-Material usw.), Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit und die Veranstaltungen des Parlaments, die Kosten für den Bürgerdialog, für die Funktionszuwendungen an die Fraktionen und den Ombudsdienst der Gemeinschaft sowie für die Tilgung des Darlehens für den Um- und Ausbau des Parlamentsgebäudes.

Übersicht der Ausgaben in den Jahren 2023-2025

OB	Programm	EWK	Bezeichnung	2023*	2024**	2025***
10	00 Verwaltung allgemein	11.11	Gehälter	2.874.614	3.187.049	3.111.000
		11.12	Sonstige Gehaltskosten	11.656	12.673	12.000
		11.20	Soziallasten	372.217	387.048	384.000
		11.31	Sozialfonds	33.000	33.000	36.000
		11.40	Geldwerte Vorteile	44.837	43.893	53.000
		12.11	Allgemeine laufende Ausgaben	2.107.570	1.942.966	2.327.000
		12.21	Unkosten zugunsten anderer Verwaltungen	0	0	0
		21.60	Zinsen	299.308	267.524	235.000
		33.00	Zuwendungen Fraktionen	1.617.570	1.619.096	1.578.000
		33.01	Ombudsdienst	121.044	126.000	126.000
		71.32	Investition Gebäude und Gelände	3.582	36.829	200.000
		74.22	Vermögensankauf	130.477	64.299	223.000
		91.10	Kapitalrückzahlungen von Anleihen	877.976	909.760	943.000
		91.70	Tilgung Leasing	0	0	0
20	Bürgerdialog	12.11	Allgemeine laufende Ausgaben	73.369	73.936	101.000
TOTAL				8.567.220	8.704.073	9.329.000

* endgültige Abrechnung 2023, ** vorläufige Abrechnung 2024, *** Haushaltsplan 2025

C. Haushaltsergebnis:

Das Haushaltsergebnis für das Jahr 2023 ist positiv: Den Einnahmen in Höhe von rund 8,8 Millionen Euro stehen Ausgaben in Höhe von 8,56 Millionen Euro gegenüber.

Im Jahr 2024 lagen die Einnahmen bei 9,19 Millionen Euro, wohingegen die Ausgaben sich auf 8,7 Millionen Euro beliefen. Somit verzeichnet das Jahr 2024 ebenfalls ein positives Haushaltsergebnis.

Für das Jahr 2025 belaufen sich die geschätzten Einnahmen und Ausgaben auf 9,329 Millionen Euro.

BIBLIOTHEK UND ARCHIV

Die Parlamentsbibliothek ist eine Dokumentationsstelle für Literatur zu den Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft, zu Fragen der Autonomie und des Föderalismus und zu den Themenschwerpunkten des Parlaments.

Sie dient vorrangig der Informations- und Literaturversorgung der Parlamentarier sowie der Mitarbeiter der Parlamentsverwaltung und der Fraktionen. Darüber hinaus steht sie auch allen interessierten Bürgern als Präsenzbibliothek offen.

Der Archivdienst des Parlaments erledigt neben einer fachgerechten Behandlung des Archivguts auch informationsbereitstellende Tätigkeiten.

STUDIENDIENST

Die allgemeine Zielsetzung des Studiendienstes des Parlamentes ist die Suche, Bereitstellung und Aufbereitung von Informationen, Analysen und Studien, die für die parlamentarische Arbeit von Interesse sind. In diesem Sinne kann der Studiendienst beauftragt werden, Recherchearbeiten durchzuführen, Informationen bereitzustellen und gegebenenfalls aufzuarbeiten sowie Analysen und Studien zu erstellen. Er unterstützt somit die Parlamentsgremien, die Abgeordneten, die Fraktionen und Fraktionsmitarbeiter, die Parlamentsverwaltung und das Ministerium bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

Die Aufgabenfelder des Studiendienstes richten sich nach den Tätigkeitsfeldern des Parlaments. Die Anfragen an den Studiendienst müssen zudem in Zusammenhang mit den Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft und deren Autonomieentwicklung stehen und parlamentarische Relevanz aufweisen.

Die Arbeiten des Studiendienstes haben sich in der Sitzungsperiode 2024-2025 vor allem auf die Bereitstellung von Informationen und die

ten. Diese Dienstleistung umfasste in der Sitzungsperiode 2024-2025 u. a.:

- die Vorstellung der aus Anlass des Parlamentsjubiläums 2023 herausgegebenen Festschrift „Parlamentarische Ereignisgeschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens (1973-2023)“ am 27. November 2024 in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU in Brüssel im Rahmen eines Vortragsabends zum Thema „Die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens im Wandel des belgischen Föderalismus“;
- ein Kurzreferat „50 Jahre Preis des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens (1975-2025)“,

gehalten anlässlich der Verleihung der PDG-Preise 2024 am 30. März 2025.

Den Zugang zum Online-Katalog der Bibliothek bietet die Webseite <http://bibliothek.pdg.be>.



Beantwortung von Informationsanfragen, die themenspezifische Recherche und die Erstellung von Hintergrunddokumenten sowie die Betreuung von parlamentsspezifischen Projekten und die Netzwerkarbeit konzentriert.

Der Studiendienst hat sich u. a. mit folgenden Themen beschäftigt:

- Recherche zum Bericht von Mario Draghi „The future of European competitiveness“;
- Recherche zur Umsetzung der Subsidiaritätskontrolle und Vorstellung des Jahresberichts des Europäischen Parlaments zur Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten der europäischen Mitgliedstaaten,
- Erstellung einer Hintergrundnote zum altersbegrenzten Zugang zu Social-Media-Plattformen,
- Erstellung einer Hintergrundnote zur Sicherung von Produktnormen und Produkthanforderungen von Einfuhren aus Drittstaaten,
- Recherche zum föderalen Regierungsabkommen 2024-2029.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit des Studiendienstes in der Sitzungsperiode 2024-2025 war die Unterstützung des Ständigen Sekretariats des permanenten Bürgerdialogs.

Der Studiendienst hat im Rahmen der weiterführenden wissenschaftlichen Analyse des Bürgerdialogs ein Konzept zur wissenschaftlichen Auswertung und Begleitung des Bürgerdialogs verfasst. Gemeinsam mit dem Ständigen Sekretariat ist der Studiendienst dafür verantwortlich, dieses Konzept umzusetzen und den neu eingesetzten wissenschaftlichen Beirat des Bürgerdialogs zu betreuen. Zudem nimmt der Studiendienst externe Anfragen zur Vorstellung des Bürgerdialogs wahr.

DER OMBUDSDIENST

Die Hauptaufgabe der Ombudsperson besteht in der Vermittlung zwischen privaten bzw. juristischen Personen und Behörden wie dem Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Es kann sich aber auch um eine Einrichtung handeln, die Aufgaben im Interesse der Deutschsprachigen Gemeinschaft erfüllt, wie beispielsweise der Dienst für häusliche Hilfe „Vivadom“. Zwischen Juli 2024 und Juni 2025 erreichten 141 Beschwerden die Ombudsperson. Die Ombudsperson prüft, ob die Beschwerden zulässig sind und ob die Personen schon eigene Schritte unternommen haben. In dem Fall prüft sie die Beschwerden und versucht zu vermitteln. Ende Juni 2025 liegen der Ombudsperson 80 Beschwerden vor, die zur Prüfung angenommen wurden und 14, deren Annehmbarkeit noch geprüft werden muss. Die Prüfung erfolgt nach einer vom Parlament verabschiedeten Geschäftsordnung.

Ist die Ombudsperson nicht zuständig, informiert sie den Bürger über die richtige Anlaufstelle und leitet Beschwerden gegebenenfalls weiter. In der Referenzperiode geschah dies insgesamt in 163 Fällen.

Eine weitere Aufgabe der Ombudsperson ist die Unterstützung von Personen, die ihre Rechte in puncto Sprachengesetzgebung einfordern. Die Ombudsperson informiert, schreibt Behörden anderer Teilstaaten an oder bittet die Ständige Sprachenkommission um ein Gutachten. Dies geschah in der oben genannten Zeitspanne in 31 Fällen.

Die Ombudsperson prüft auch Beschwerden zur Barrierefreiheit von Websites und elektronischen Anwendungen von Behörden in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Beschwerden dieser Art erreichten die Ombudsperson jedoch nicht. Die Ombudsperson nimmt Meldun-

gen von Hinweisgebern entgegen und geht diesen nach. Zwischen dem 1. Juli 2024 und dem 30. Juni 2025 ging eine Meldung beim Ombudsdienst ein. Zudem absolvierte die Ombudsperson eine Online-Schulung zur Einrichtung eines Meldekanals und nahm an einem Netzwerktreffen teil.

Nach Rücksprache mit der Ombudsperson teilte die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft dem Föderalen Öffentlichen Dienst Wirtschaft mit, dass die Ombudsperson als Anlaufstelle für Beschwerden im Zusammenhang mit dem Einsatz von künstlicher Intelligenz bei Behördenvorgängen fungiert. Die Ombudsperson nahm an einer Weiterbildung zum Thema künstliche Intelligenz, organisiert vom Netzwerk der deutschsprachigen Ombudspersonen der Schweiz, Österreichs und Südtirols, teil.

Das Amt der Ombudsperson der Deutschsprachigen Gemeinschaft wurde per Dekret vom 26. Mai 2009 geschaffen. Seit 2017 übt Frau Marlene Hardt dieses Amt aus. Ihr Mandat wurde im Januar 2023 um weitere sechs Jahre verlängert. Die Ombudsperson ist lediglich gegenüber dem Parlament verantwortlich, dem sie jährlich Rechenschaft in Form eines Jahresberichts ablegt. Dieser ist auf der Webseite des Ombudsdienstes veröffentlicht (www.dg-ombudsdienst.be).

Die Ombudsperson, die zu 0,9 VZÄ arbeitet, wird von einer Referentin (0,63 VZÄ) unterstützt. Das Parlament stellt dem Ombudsdienst Räumlichkeiten zur Verfügung und gestattet ihm, kostenlos auf seine Dienste zurückzugreifen. Die Dotation des Parlaments für den Ombudsdienst belief sich

im Jahr 2024 auf 126.000 Euro. Für das Jahr 2025 ist dasselbe Budget vorgesehen.



**Ombudsperson
der Deutschsprachigen
Gemeinschaft Belgiens**

Arbeit in den Ausschüssen

Dekrete, Resolutionen und Gutachten, die im Plenum beschlossen werden, werden in den Ausschüssen vorbereitet. Grundlage für die Beratungen bilden Erläuterungen von Regierung und Verwaltung, Anhörungen von Sachverständigen und Betroffenen sowie die Stellungnahmen der Fraktionen. Die Diskussionen im Ausschuss werden in einem Bericht zusammengefasst und veröffentlicht.

Seit der Parlamentsreform im Januar 2015 sind die Ausschüsse auch ein zentraler Ort der Kontrolle der Regierung: In öffentlichen Sitzungen werden dort einmal monatlich mündliche Fragen, Interpellationen und Themendebatten behandelt.

Über ihre Gesetzgebungs- und Kontrollaufgaben hinaus widmen sich die Ausschüsse einer Vielzahl weiterer Themen innerhalb ihres jeweiligen Fachgebiets. Dabei arbeiten sie nicht nur mit Institutionen und zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammen, sondern pflegen auch den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern – ein Austausch, der seit 2019 in strukturierter Form im Rahmen des permanenten Bürgerdialogs stattfindet.

AUSSCHUSS I

Ausschuss für allgemeine Politik und Zusammenarbeit, Finanzen, lokale Behörden, Raumordnung, Energie, nachhaltige Entwicklung und Wirtschaftsförderung

Mitglieder

Vorsitzende: Patricia CREUTZ-VILVOYE (CSP)

Vizevorsitzende: Evelyn JADIN (PFF)

Effektive Mitglieder
(stimmberechtigt)

Ersatzmitglieder

Für ProDG:

Elke COMOTH
Freddy CREMER
Ewald GANGOLF

Für ProDG:

Kathy ELSEN
Lisa GÖBBELS
José GROMMES

Für die CSP:

Patricia CREUTZ-VILVOYE
Steffi PAUELS

Für die CSP:

Etienne SIMAR
Lukas TELLER

Für VIVANT:

Michael BALTER

Für VIVANT:

Alain MERTES

Für die SP:

Kirsten NEYCKEN-BARTHOLEMY
bis zum 31.08.2025

Mechtilde NEUENS
ab dem 01.09.2025

Für die SP:

Mechtilde NEUENS
bis zum 31.08.2025

Björn Klinkenberg
ab dem 01.09.2025

Für die PFF:

Evelyn JADIN

Für die PFF:

Gerhard LÖFGEN

Vertreter der nicht anerkannten Fraktionen
(nicht stimmberechtigt)

Ersatzmitglieder

Für ECOLO:

Fabienne COLLING

Für ECOLO:

Andreas JERUSALEM

Rückblick

HAUSHALT

Ein zentraler Bestandteil des für Finanzen und Haushalt zuständigen Ausschusses I sind jedes Jahr die Haushaltsberatungen, die besonders intensiv im Herbst mit der Festlegung des Ursprungshaushalts für das kommende Jahr, mit der zweiten Haushaltsanpassung des laufenden Jahres und mit der dritten Haushaltsanpassung und Abrechnung des vergangenen Jahres verlaufen. Im Frühjahr folgte dann auch in dieser Sitzungsperiode die erste Haushaltsanpassung für das Jahr 2025.

Dabei übernimmt Ausschuss I nicht nur die Federführung bei den gemeinsamen Sitzungen mit dem Rechnungshof, die im Herbst und Frühjahr stattfinden, sondern zeichnet auch verantwortlich für die Abstimmung der unterschiedlichen Dekretentwürfe. Die drei anderen Fachausschüsse beraten über die sie betreffenden Bereiche des Haushalts und übermitteln dem Ausschuss I eine Stellungnahme.

DEKRETE

Neben dem Haushalt beriet der Ausschuss über die für ihn relevanten Artikel der Programmdekretvorschläge, die eine Reform der Finanzierung der Gemeinden und öffentlichen Sozialhilfezentren sowie eine Reihe von Anpassungen in den Bereichen öffentlicher Dienst, Bestattungen und Grabstätten, Raumordnung und Städtebau sowie Haushaltsordnung beinhalten.

Darüber hinaus konzentrierte sich die dekretable Arbeit des Ausschusses in dieser Sitzungsperiode ausschließlich auf Zusammenarbeitsabkommen. In diesem Rahmen informierten Mitarbeiter des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und des föderalen öffentlichen Dienstes Auswärtige Angelegenheiten über die Grundmechanismen dieser Zusammenarbeitsabkommen.

GESCHÄFTSFÜHRUNGSVERTRÄGE

Nachdem die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Ostbelgien (WFG) ihre Arbeit im Ausschuss vorgestellt

hatte, wurde dort auch der vierte Nachtrag zum Geschäftsführungsvertrag zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der WFG beraten.

Außerdem wurde ein Nachtrag zum Geschäftsführungsvertrag mit dem Zentrum für Ostbelgische Geschichte (ZOG) beraten.

RESOLUTIONEN

In der vergangenen Sitzungsperiode beschäftigte sich Ausschuss I mit zwei Resolutionsvorschlägen: Dabei handelt es sich zum einen um eine Resolution zur garantierten Vertretung im föderalen Parlament, die basierend auf einer von Ausschussmitgliedern vorgestellten Tischvorlage im Ausschuss beraten, angepasst und abgestimmt wurde.

Im Anschluss an die Verabschiedung dieser Resolution durch das Parlamentsplenum am 23. Juni 2025 traf die Parlamentspräsidentin am 15. Juli 2025 Peter De Roover, Präsident der Abgeordnetenversammlung, sowie am 16. Juli 2025 Vincent Blondel, Präsident des Senats, um die Resolution und die darin enthaltenen Wünsche des Parlaments der Deutschsprachigen



Die Parlamentspräsidentin und der Präsident der Abgeordnetenversammlung Peter de Roover
©Kevin Oeyen



Die Parlamentspräsidentin und der Präsident des Senats Vincent Blondel

Gemeinschaft zu erläutern. Zum anderen wurde der Resolutionsvorschlag zu ausländischen Onlineplattformen im Ausschuss vorgestellt und der Studiendienst informierte zu dieser Thematik. Die Beratungen zu dem Dokument werden in der kommenden Sitzungsperiode fortgeführt werden.

GUTACHTEN

Zu den Aufgaben des Ausschusses I gehört auch das Abfassen von Gutachten, die auf föderaler Ebene seitens des Senats angefragt werden. Ein solches Gutachten gab der Ausschuss zu einem Gesetzesvorschlag ab, der darauf abzielt, im Ausland ansässigen Belgiern das Stimmrecht für die Wahl des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu ermöglichen.

Ein Novum bildete dagegen die Gutachtenanfrage der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft an das Parlament zu einem Erlassentwurf bezüglich der Austrittsschädigungen für Minister. Nachdem verschiedene externe juristische Gutachten angefragt worden sind, sind die Beratungen zu diesem Thema noch nicht abgeschlossen.

BERICHTE UND ANHÖRUNGEN

Ombudsdienst

Im Ausschuss I stellte die Ombudsperson die Auswertung des Beschwerderegisters vor; im Frühjahr folgte wie üblich die Vorstellung des Jahresberichts des Ombudsdienstes in einer gemeinsamen Sitzung aller Ausschüsse, bei der Ausschuss I die Federführung übernahm.

Außerdem organisierte der Ausschuss eine Anhörung zum „Recht auf Fehler“ mit französischen Expertinnen, nachdem das Netzwerk der belgischen Ombudspersonen zu dieser Thematik eine Resolution verabschiedet und dem Parlament zugestellt hatte.

Lokale Behörden

Zu Beginn der Sitzungsperiode stellte der Fachbereich Kanzlei und lokale Behörden des Ministeriums nicht nur den Jahresbericht zur Gemeindeaufsicht, sondern auch die eigene Arbeit und die allgemeine Funktionsweise der Gemeindefinanzen vor.

Außerdem wurde das Centre régional d'aide aux communes (CRAC) der Wallonischen Region, mit dem auch die Deutschsprachige Gemeinschaft zusammenarbeitet, zu seiner Arbeitsweise angehört.

Austausch mit den beratenden Mandataren

Der Ausschuss lud die beratenden Mandatäre aus dem Europäischen Parlament, aus der föderalen Abgeordnetenversammlung und aus dem Wallo-nischen Regionalparlament zu einem Austausch ein.

Europäische Kohäsionspolitik

Zur aktuellen und künftigen Kohäsionspolitik lud der Ausschuss einen Mitarbeiter des Ausschusses der Regionen (AdR) zu einer Anhörung ein.

Raumordnung

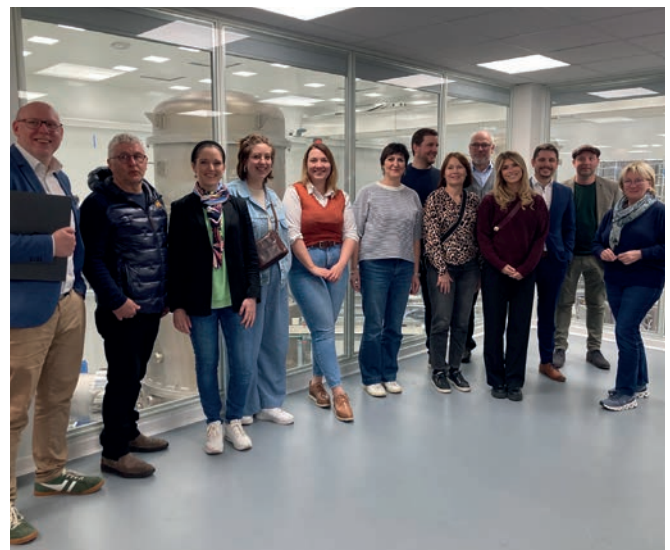
Im Herbst 2024 stellte der Fachbereich Raumordnung des Ministeriums seine Arbeit vor. Erste Elemente des künftigen Windkraftrahmenplans für Ostbelgien präsentierte ein Berater der Regierung im Frühjahr.

EINSTEIN-TELESKOP – BESUCH

Im Frühjahr 2025 trafen sich die Ausschussmitglieder mit führenden Wissenschaftlern und Verantwortlichen des Projektbüros Einstein-Teleskop – Euregio Maas-Rhein und besuchten die Forschungseinrichtung „ETPathfinder“.



Besuch der Forschungseinrichtung „ETPathfinder“ in Maastricht



Die Mitglieder des Ausschusses I in Maastricht

Tätigkeiten von Ausschuss I

für allgemeine Politik und Zusammenarbeit, Finanzen, lokale Behörden, Raumordnung, Energie, nachhaltige Entwicklung und Wirtschaftsförderung in der Sitzungsperiode 2024-2025

HAUSHALTSDEKRETE UND FINANZEN

Dekretentwurf zur dritten Anpassung des Dekrets vom 15. Dezember 2022 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2023 – Dokument 5-3-HH2023 (2024-2025)

Dekretentwurf zur endgültigen Abrechnung des Rechnungsjahres der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2023 – Dokument 6-HH2023 (2024-2025)

Dekretentwurf zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 14. Dezember 2023 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2024 – Dokument 5-2-HH2024 (2024-2025)

Dekretentwurf zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2025 – Dokument 4-HH2025 (2024-2025)

Dekretentwurf zur ersten Anpassung des Dekrets vom 12. Dezember 2024 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2025 – Dokument 5-1-HH2025 (2024-2025)

Infrastrukturplan und Registrierungskatalog der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Finanzsimulation und Sensitivitätsanalyse – Entwicklung „Norm Hoher Finanzrat“ – Dokument 7 (2024-2025)

Haushaltsplan 2024/2025 und Tätigkeitsbericht 2023 des DGG Gemeinschaftszentren

WEITERE DEKRETINITIATIVEN

Programmdekretvorschlag 2024 – Dokument 29 (2024-2025)

Programmdekretvorschlag 2024 (II) – Dokument 38 (2024-2025)

Programmdekretvorschlag 2025 – Dokument 37 (2024-2025) (ursprünglicher Titel: Programmdekretvorschlag 2024 (I))

Dekretentwurf zur Zustimmung zu dem Protokoll zur Änderung des Protokolls über die Vorrechte und Immunitäten der Benelux-Organisation für geistiges Eigentum (Marken, Muster oder Modelle), geschehen zu Brüssel am 6. Dezember 2022 – Dokument 51 (2024-2025)

Dekretentwurf zur Zustimmung zu der Vereinbarung zwischen der Nordatlantischen Vertragsorganisation und dem Königreich Belgien über die Rechtsstellung des befristeten diensttuenden Personals eines Organs der NATO mit Sitz im Hoheitsgebiet des Königreichs Belgien, geschehen zu Brüssel am 7. Februar 2022 – Dokument 52 (2024-2025)

Dekretentwurf zur Zustimmung zum Zusatzprotokoll zwischen dem Königreich Belgien und der Europäischen Freihandelsassoziation, geschehen zu Brüssel am 24. November 2022 – Dokument 54 (2024-2025)

Dekretentwurf zur Zustimmung zu dem Protokoll zur Änderung des am 28. Februar 1996 in Hanoi unterzeichneten Abkommens zwischen dem

Königreich Belgien und der Sozialistischen Republik Vietnam zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerhinterziehung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie des Protokolls, geschehen zu Hanoi am 12. März 2012 – Dokument 58 (2024-2025)

Dekretentwurf zur Zustimmung zu folgenden internationalen Rechtsakten:

1. Abkommen zwischen der Regierung des Königreichs Belgien und der Regierung der Republik Moldau zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerhinterziehung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen samt Protokoll, geschehen zu Brüssel am 4. Dezember 2008;

2. Protokoll zur Änderung des am 4. Dezember 2008 in Brüssel unterzeichneten Abkommens zwischen der Regierung des Königreichs Belgien und der Regierung der Republik Moldau zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerhinterziehung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen samt Protokoll, geschehen zu Brüssel am 30. März 2017 – Dokument 80 (2024-2025)

GESCHÄFTSFÜHRUNGSVERTRÄGE

Beschlussvorschlag zur Genehmigung des Nachtrags zum Beschluss zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Zentrum für Ostbelgische Geschichte – (2020-2025) Nachtrag 2 – Dokument 48 (2024-2025)

Beschlussvorschlag zur Genehmigung des vierten Nachtrags zum Geschäftsführungsvertrag zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Ostbelgien (WFG) – (2021-2025) – Dokument 59 (2024-2025) Nr. 2

RESOLUTIONEN

Resolutionsvorschlag an die föderale Abgeordnetenversammlung, die Föderalregierung, das Europäische Parlament, die Europäische Kommission, den EU-Ministerrat und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur rechtlichen Verpflichtung ausländischer Onlineplattformen, die EU-Richtlinien zur Produktsicherheit und zu Produktanforderungen einzuhalten, Zollkontrollen zu verstärken, unlautere Wettbewerbspraktiken zu verbieten und Verstöße konsequent zu ahnden – Dokument 65 (2024-2025)

Resolutionsvorschlag an die föderale Abgeordnetenversammlung, den Senat, die Föderalregierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Bezug auf die garantierte und angemessene Vertretung der Bevölkerung des deutschen Sprachgebiets in der föderalen Abgeordnetenversammlung – Dokument 87 (2024-2025)

GUTACHTEN

Gutachtenanfrage zum Erlassentwurf bezüglich Austrittsschädigungen seitens der Regierung

Vorschlag eines Gutachtens zum Gesetzesvorschlag zur Abänderung des ordentlichen Gesetzes vom 6. Juli 1990 zur Regelung der Modalitäten für die Wahl des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft, um im Ausland ansässigen Belgiern das Stimmrecht für die Wahl des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu gewähren – Dokument 40 (2024-2025) Nr. 1

BERICHTE

Bericht des Ombudsdienstes der Deutschsprachigen Gemeinschaft 2023 – Auswertung der Beschwerderegister – Dokument 18 (2024)

Bericht des Ombudsdienstes der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Jahresbericht 2024 – Dokument 76 (2024-2025)

Vorstellung Jahresbericht 2023 betreffend die Ausübung der gewöhnlichen Verwaltungsaufsicht über die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets – Dokument 94 (2023-2024) Nr. 9 (der Ausschussbericht ist veröffentlicht in Dokument 32 (2024-2025) Nr. 1)

Vorstellung des Jahresberichts 2023 der Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten des Europäischen Parlaments über die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten der EU sowie Anhörung und Austausch mit dem beratenden Mandatar – Mitglied des Europäischen Parlaments, Herrn P. Arimont – Dokument 72 (2024-2025)

Bericht der Regierung an das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Umsetzung der Aufforderungen und Empfehlungen des Parlamentes an die Regierung durch begründete Anträge, durch Resolutionen sowie durch bestehende dekretale Berichterstattungsaufträge – Dokument 41 (2024-2025)

Bericht über die Führung der Gemeinde- und Provinzialratswahlen vom 13. Oktober 2024 – Dokument 92 (2024-2025)

ANHÖRUNGEN UND SONSTIGE THEMEN

Vorstellung des Fachbereichs Kanzlei und lokale Behörden

Allgemeine Erläuterungen zur Funktionsweise der Gemeindedotation

Vorstellung des Fachbereichs Raumordnung, Wohnen und Energie

Information zum Sachstand Zuständigkeitsübertragungen mit der Wallonischen Region

Pilotprojekte der Gemeinden im Rahmen des Energie- und Klimaplanes
Vorstellung des Fachbereichs Außenbeziehung zur Vorgehensweise bei gemischten Verträgen und Doppelbesteuerungsabkommen

Anhörung CRAC zur allgemeinen Vorstellung der Arbeitsweise

Besuch ETPathfinder in Maastricht zum Thema Einstein-Teleskop

Austausch mit den beratenden Mandatären des Wallonischen Parlaments, der Kammer und des Europäischen Parlaments

Vorstellung des Windkraftrahmensplans

Anhörung der Wirtschafts- und Regionalförderung Ostbelgien VoG (WFG)

Vorstellung des Infrastrukturprojekts Worriken 4.0

Vorstellung der europäischen Kohäsionspolitik

Anhörung zur Resolution „Recht auf Fehler“ des Netzwerks der belgischen Ombudspersonen

AUSSCHUSS II

Ausschuss für Kultur, Erwachsenenbildung, Tourismus, Denkmal- und Landschaftsschutz

Mitglieder

Vorsitzende: Alain MERTES (VIVANT)

Vizevorsitzende: Gerhard LÖFGEN (PFF)

Effektive Mitglieder (stimmberechtigt)	Ersatzmitglieder
Für ProDG: Freddy CREMER Kathy ELSÉN Lisa GÖBBELS	Für ProDG: Elke COMOTH Ewald GANGOLF José GROMMES
Für die CSP: Marcel HENN Lukas TELLER	Für die CSP: Patricia CREUTZ-VILVOYE Steffi PAUELS
Für VIVANT: Alain MERTES	Für VIVANT: ELENA PETERS
Für die SP: Björn KLINKENBERG	Für die SP: Mechtilde NEUENS
Für die PFF: Gerhard LÖFGEN	Für die PFF: Evelyn JADIN
Vertreter der nicht anerkannten Fraktionen (nicht stimmberechtigt)	Ersatzmitglieder
Für ECOLO: Andreas JERUSALEM	Für ECOLO: Fabienne COLLING

Rückblick

HAUSHALT UND DEKRETE

Zu Beginn der Sitzungsperiode hat sich der Ausschuss wie üblich mit den Dekretentwürfen zur zweiten Haushaltsanpassung des laufenden Haushalts und zur Festlegung des neuen Haushalts befasst. In diesem Rahmen hörte er den BRF und das Medienzentrum an.

Außerdem beschäftigte sich der Ausschuss im Herbst 2024 mit dem Programmdekretvorschlag 2024 und behandelte das Thema erneut im Frühjahr 2025 im Rahmen der Beratungen zum Programmdekretvorschlag 2025, der den Programmdekretvorschlag 2024 ersetzt und ergänzt. Der Programmdekretvorschlag 2025 führt eine Reihe von Neuerungen in den unterschiedlichsten Bereichen ein, darunter die Bereiche Medien und Tourismus. Zu-

dem nimmt er einige Anpassungen im Sinne des Bürokratieabbaus in den Bereichen Kultur, Jugend, Sport und Erwachsenenbildung vor.

Des Weiteren hat sich der Ausschuss Anfang 2025 mit zwei Geschäftsführungsverträgen auseinandergesetzt: zum einen mit dem Geschäftsführungsvertrag 2025-2029 zwischen der Regierung einerseits und der Autonomen Gemeinderegion „Kultur-, Konferenz- und Messezentrum St. Vith“ andererseits für die Trägerschaft und Verwaltung des Kulturzentrums Triangel, zum anderen mit dem Geschäftsführungsvertrag 2025-2029 zwischen der Regierung einerseits und der Autonomen Gemeinderegion Tilia andererseits für die Trägerschaft und Verwaltung des Kulturzentrums Alter Schlachthof Eupen. Im Rahmen der Vorstellungen der Geschäftsführungsverträge wurden auch die Autonome Gemeinderegion Tilia und der Alte Schlachthof

sowie die Autonome Gemeinderegion St. Vith und das Kulturzentrum Triangel vorgestellt.

BÜRGERDIALOG

Der Ausschuss befasste sich mit einer Empfehlung des Bürgerdialogs zum Thema „Schülerkompetenzen“ und verfasste eine Stellungnahme an den federführenden Ausschuss III und an den für Kinderbetreuung zuständigen Ausschuss IV.

RESOLUTIONEN

Der Ausschuss beriet über einen Resolutionsvorschlag, der ein Verbot der Nutzung von sozialen Medien für Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren fordert. Die Verantwortung für die Überprüfung des Alters der Nutzer soll dabei bei den Plattformen liegen. Die Behandlung des Resolutionsvorschlags soll im Herbst 2025 fortgesetzt werden.

TOURISMUSSTRATEGIE

Im Frühjahr 2025 stellte ein Vertreter der Beratungsfirma, die die Strategie ausgearbeitet hat, dem Ausschuss die Tourismusstrategie Ostbelgien „Tourismus 2040“ vor und beantwortete zusammen mit der Regierung, dem Ministerium und der Direktorin der Tourismusagentur die Fragen der Ausschussmitglieder. Die entsprechende Regierungsmitteilung wurde in der Plenarsitzung behandelt.

ANHÖRUNGEN, VORSTELLUNGEN UND BESUCHE

Nach den Wahlen 2024 hat sich der neu zusammengesetzte Ausschuss II zunächst intensiv mit seinen sehr unterschiedlichen Zuständigkeitsbereichen auseinandergesetzt. Zu diesem Zweck hat er die Fachbereiche des Ministeriums eingeladen, um die dem Ausschuss zugeordneten Bereiche vorzustellen.

Außerdem hat der Ausschuss beschlossen, in der Legislaturperiode 2024-2029 Anhörungen aller anerkannten Erwachsenenbildungseinrichtungen und Kulturträger zu organisieren und alle anerkannten Museen zu besuchen. Seit Frühjahr 2025 hat der Ausschuss bereits einige Anhörungen und Besuche organisiert. So wurden bereits jeweils fünf Kulturträger und Erwachsenenbildungseinrichtungen angehört sowie der Rat für Erwachsenenbildung. Außerdem hat der Ausschuss bereits das Stadtmuseum Eupen und das Museum Zwischen Venn und Schneifel in St. Vith besucht.

Im Bereich Sport hat der Ausschuss den Leitverband des Ostbelgischen Sports und die Nationale Anti-Doping-Organisation (NADO) Ostbelgien angehört. Außerdem hat er sich über die Zuschüsse im Rahmen des Sportdekrets informiert.

Der Ausschuss hat sich auch mit AnikoS und AGV329 über die Herausforderungen, insbesondere die finanziellen Unsicherheiten, im sozio-kulturellen Sektor und nicht kommerziellen Sektor ausgetauscht. Schließlich hat der Ausschuss das Institut für Demokratiepädagogik, das Jugendbüro, die Tourismusagentur und den Medienrat angehört und sich über die Kreativwirtschaft in der Deutschsprachigen Gemeinschaft informiert.

Tätigkeiten von Ausschuss II für Kultur, Erwachsenenbildung, Tourismus, Denkmal- und Landschaftsschutz in der Sitzungsperiode 2024-2025

HAUSHALTSDEKRETE UND FINANZEN

Dekretentwurf zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 14. Dezember 2023 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2024 – Dokument 5-2-HH2024 (2024-2025)

Dekretentwurf zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2025 – Dokument 4-HH2025 (2024-2025)

Dekretentwurf zur ersten Anpassung des Dekrets vom 12. Dezember 2024 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2025 – Dokument 5-1-HH2025 (2024-2025)

Haushaltsplan 2024/2025 und Tätigkeitsbericht 2023 des BRF

Haushaltsplan 2024/2025 und Tätigkeitsbericht 2023 des Medienzentrums

WEITERE DEKRETINITIATIVEN

Programmdekretvorschlag 2024 – Dokument 29 (2024-2025)

Programmdekretvorschlag 2025 – Dokument 37 (2024-2025) (ursprünglicher Titel: Programmdekretvorschlag 2024 (I))

GESCHÄFTSFÜHRUNGSVERTRÄGE

Beschlussvorschlag zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Autonomen Gemeinderegion Tilia für die Trägerschaft und Verwaltung des Kulturzentrums Alter Schlachthof Eupen (2025-2029) – Dokument 27 (2024-2025)

Beschlussvorschlag zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Autonomen Gemeinderegion „Kultur-, Konferenz- und Messezentrum St. Vith“ für die Trägerschaft und Verwaltung des Kulturzentrums Triangel (2025-2029) – Dokument 28 (2024-2025)

RESOLUTIONEN

Resolutionsvorschlag an das Europäische Parlament, die Europäische Kommission, den EU-Ministerrat, die föderale Abgeordnetenkammer, die Föderalregierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Einführung eines Gesetzes, das ein Mindestalter von 16 Jahren für die Nutzung sozialer Medien festlegt sowie Strafmaßnahmen für Plattformen, die es versäumen, eine korrekte Altersverifikation durchzuführen – Dokument 66 (2024-2025)

BÜRGERDIALOG OSTBELGIEN

Empfehlungen der 6. Bürgerversammlung vom 14. November 2024 zum Thema „Schülerkompetenzen:

Wie können emotionale Fähigkeiten an ostbelgischen Schulen vermittelt werden, damit Schüler fit für die Zukunft sind?“ – Dokument 33 (2024-2025)

BERICHTE

Bericht der Regierung an das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Umsetzung der Anforderungen und Empfehlungen des Parlaments an die Regierung durch begründete Anträge, durch Resolutionen sowie durch bestehende dekretale Berichterstattungsaufträge – Dokument 41 (2024-2025)

ANHÖRUNGEN UND SONSTIGE THEMEN

Vorstellung des Fachbereichs Sport, Medien und Tourismus des Ministeriums

Anhörung des Medienzentrums

Vorstellung des Fachbereichs Kultur und Jugend des Ministeriums

Anhörung von AnikoS und AGV329 zu den Herausforderungen des nicht kommerziellen Sektors in Ostbelgien – Dokument 21 (2024-2025)

Vorstellung Referat Weiterbildungsförderung, Erwachsenenbildung und Mittelstand

Anhörung des Jugendbüros der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Offenen Jugendarbeit – Dokument 22 (2024-2025)

Anhörung des Medienrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 26 (2024-2025)

Anhörung des Leitverbands des Ostbelgischen Sports (LOS) zu seinen Aufgaben und Tätigkeiten sowie zu den bevorstehenden Herausforderungen – Dokument 30 (2024-2025)

Anhörung des Instituts für Demokratiepädagogik der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu seinen Aufgaben – Dokument 60 (2024-2025)

Anhörung des Tourismusagentur Ostbelgien zu ihren Aufgaben – Dokument 68 (2024-2025)

Anhörung des Rates für Erwachsenenbildung (RfE) zu seinen Aufgaben – Dokument 81 (2024-2025)

Vorstellung der Tourismusstrategie Ostbelgien: „Tourismus 2040“ – Dokument 47 (2024-2025) Nr. 2

Anhörung der VoG OstbelgienFestival zu ihren Tätigkeiten – Dokument 82 (2024-2025)

Vorstellung der Nationalen Anti-Doping-Organisation (NADO) Ostbelgien und ihrer Tätigkeiten – Dokument 83 (2024-2025)

Anhörung des Leitverbands des Ostbelgischen Sports (LOS) zum außerunterrichtlichen Schulsport – Dokument 84 (2024-2025)

Vorstellung der Zuschüsse im Rahmen des Sportdekrets

Anhörung des Königlichen Kulturellen Komitees der Stadt Eupen (KultKom) zu seinen Tätigkeiten – Dokument 93 (2024-2025)

Anhörung der VoG Eastbelgica – Dokument 94 (2024-2025)

Anhörung von AGV329 zu den finanziellen Unsicherheiten im sozio-kulturellen Sektor und nicht kommerziellen Sektor

Anhörung der VoG AVES Ostkantone

Anhörung der VoG Zeitkreis

Anhörung des Landfrauenverbands

Vorstellung der Kreativwirtschaft in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

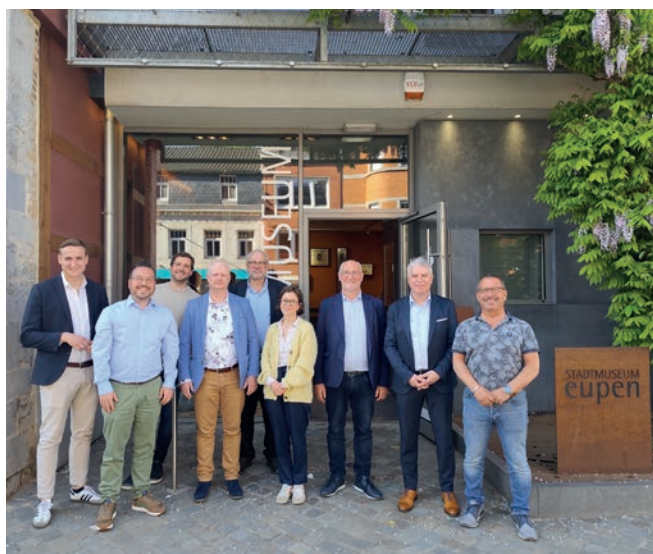
Anhörung der VoG Kulturelle Aktion und Präsenz (KAP)

Anhörung der VoG Die Lupe

BESUCHE UND BESICHTIGUNGEN

Besuch des Stadtmuseums Eupen

Besuch des Geschichtsmuseums Zwischen Venn und Schneifel St. Vith



Die Mitglieder des Ausschusses II besuchten das Eupener Stadtmuseum am 29. April 2025.

Am 3. Juni 2025 besuchte der Ausschuss II das Museum Zwischen Venn und Schneifel in Sankt Vith.

AUSSCHUSS III

Ausschuss für Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung

Mitglieder

Vorsitzende: Liesa SCHOLZEN (ProDG)

Vizevorsitzende: Kirsten NEYCKEN-BARTHOLEMY (SP)

Effektive Mitglieder
(stimmberechtigt)

Für ProDG:
Kathy ELSÉN
Ewald GANGOLF
Liesa SCHOLZEN

Für die CSP:
Marcel HENN
Steffi PAUELS

Für VIVANT:
Elena PETERS

Für die SP:
Kirsten NEYCKEN-BARTHOLEMY

Für die PFF:
Ralph SCHRÖDER

Vertreter der nicht anerkannten Fraktionen
(nicht stimmberechtigt)

Für ECOLO:
Andreas JERUSALEM

Ersatzmitglieder

Für ProDG:
Patrick LASCHET
Freddy CREMER
Elke COMOTH

Für die CSP:
Etienne SIMAR
Lukas TELLER

Für VIVANT:
ALAIN MERTES

Für die SP:
Björn KLINKENBERG

Für die PFF:
Gerhard LÖFGEN

Ersatzmitglieder

Für ECOLO:
Fabienne COLLING

Rückblick

HAUSHALT

Ab Oktober 2024 hat der Ausschuss über die zweite Haushaltsanpassung 2024 und die Festlegung des Haushalts 2025 beraten. In sechs Sitzungen wurden die wichtigsten Vorhaben und Neuerungen aus den Bereichen Pädagogik, Ausbildung, Unterrichtsorganisation, Unterrichtspersonal, Beschäftigung und Infrastruktur vorgestellt, außerdem präsentierte Kaleido Ostbelgien, die Autonome Hochschule (AHS), das Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand (IAWM), das Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft (ADG) sowie der Dienst mit getrennter Geschäftsführung Service und Logistik (zuständig für Reinigung, Unterhalt und Verpflegung insbesondere der Gemeinschaftsschulen) ihren Haushalt und ihren Tätigkeitsbericht.

Im Frühling beschäftigte sich der Ausschuss mit der ersten Anpassung des Haushalts 2025, der wiederum von den zuständigen Fachbereichen des Ministeriums vorgestellt wurde.

DEKRETE

Einige im Dezember mit dem Programmdekretvorschlag 2024 (II) und im Februar mit dem Programmdekretvorschlag 2025 verabschiedete Maßnahmen fielen in den Zuständigkeitsbereich von Ausschuss III. Im Unterrichtswesen geht es um die Abschaffung der BVA-Verträge und die Einführung eines neuen Stundenkapitalsystems für besondere Zwecke und Projekte. Außerdem wird ein Formular eingeführt, mit dem eine Verlängerung des Aufenthalts in Sprachlernklassen beantragt werden kann. Zudem wird aufgrund von Sparmaßnahmen der variable Teil der Jahresendprämie im öffent-

lichen Dienst und damit auch beim Unterrichtspersonal ausgesetzt.

Im Frühling 2025 beschäftigte sich der Ausschuss mit einem Zusammenarbeitsabkommen zur Schaffung einer elektronischen Plattform im Beschäftigungsbereich.

Schließlich hat der Ausschuss zum Ende der Sitzungsperiode den alljährlichen Dekretentwurf über Maßnahmen im Unterrichtswesen und in der Ausbildung 2025 verabschiedet. Zu den wichtigsten Neuerungen, die mit diesem Dekretentwurf eingeführt wurden, gehören die Ausweitung der Laufbahnunterbrechung auf den Dienst mit getrennter Geschäftsführung Service und Logistik, die Vereinfachung des Einschreibeverfahrens für erstankommene Schüler, die Umwandlung von ungenutztem Stellenkapital in finanzielle Mittel und die Schaffung einer Übergangsregelung in Bezug auf die Verlängerung des Lehramtsstudiums.

BÜRGERDIALOG

Der Ausschuss beschäftigte sich federführend mit den Empfehlungen der Bürgerversammlung zum Thema „Schülerkompetenzen: Wie können emotionale Fähigkeiten an ostbelgischen Schulen vermittelt werden, damit Schüler fit für die Zukunft sind?“. Dazu formulierte der Ausschuss eine erste Stellungnahme und lud den Pädagogikprofessor Clemens Hillenbrand ein, der über die Förderung sozial-emotionaler Kompetenzen im Bildungssystem und die Einbindung in die Rahmenpläne berichtete. Weitere Anhörungen sind für die nächste Sitzungsperiode geplant.

ANHÖRUNGEN, PRÄSENTATIONEN UND BESUCHE

Im Ausschuss sind daneben wie immer einige Projekte und Berichte

vorgelegt worden. So wurde der Wirtschafts- und Sozialbericht in einer gemeinsamen Sitzung mit Ausschuss I vorgestellt.

Im Oktober lud das Robert-Schuman-Institut den Ausschuss zu einem Austausch ein, bei dem das Studienangebot der Schule vorgestellt wurde, darunter auch die neue Abteilung „Prävention und Sicherheit“, die im September 2025 an den Start geht.

Nachdem der Ausschuss erstmals seit der Legislaturperiode 2009–2014 wieder die Zuständigkeit für Beschäftigung übernommen hat, wurde diesem Themenfeld besondere Aufmerksamkeit geschenkt. So wurden die Aufgaben des Arbeitsamts und die Beschäftigungspolitik zunächst allgemein vorgestellt, weitere Sitzungen wurden dem Vermittlungsdekret und den Beschäftigungsprogrammen gewidmet.

Im November stellte die Autonome Hochschule die reformierte und auf vier Jahre verlängerte Grundausbildung für Kindergärtner und Primarschullehrer vor, die im September 2025 starten wird.

Im Dezember schließlich wurde Kaleido Ostbelgien zum Bericht über die telefonbasierte Kindheit und ihre Folgen für die mentale Gesundheit angehört.

Im Januar 2025 stellte der Fachbereich Unterrichtspersonal den Personalmonitor, die Lehrerbedarfsprognose bis 2040 sowie Zahlen und Fakten zum Lehrermangel vor. An diesen Instrumenten wurde seit 2019 gearbeitet, sie sollen dabei helfen, die richtigen Stellschrauben zur Bekämpfung des Fachkräftemangels im Unterrichtswesen zu finden und entsprechend zu agieren.

Wie in jedem Jahr berichtete die Regierung im Ausschuss über die Umsetzung der Aufforderungen und Empfehlungen des Parlaments an die Regierung. In Ausschuss III ging es dabei um aktuelle Entwicklungen in Bezug auf drei Resolutionen, drei Empfehlungen der Ombudsperson und verschiedene Empfehlungen der Bürgerversammlung.

Im März wurde die neue Studienrichtung „Anwärter für Verteidigungs-, Präventions- und Sicherheitsberufe“, auf die das RSI beim Besuch im Oktober bereits hingewiesen hatte, ausführlich im Ausschuss vorgestellt.

Im April wurden erstmals die Tätigkeiten der Anlaufstelle „Wegweiser Ostbelgien“ für die Vorbeugung von gewaltsamem Radikalismus vorge-

stellt. Ihre Hauptaufgaben sind die Einzelbegleitung von Betroffenen, die Sensibilisierung und Fortbildung von Lehrern und Schülern sowie die Netzwerkarbeit.

Am 20. März nahmen Mitglieder des Ausschusses wieder am Zug der Demokratie teil. Zwei Klassen der Gemeindegrundschule Kettenis und zwei Klassen der Grundschule des Königlichen Athenäums Eupen entwickelten unter dem Motto „Ostbelgien aus Kindersicht – unsere Vorschläge für die Zukunft“ kreative Ideen für eine bessere Gesellschaft und tauschten mit den Politikern aus.

Am 3. April fand im Parlament zum zweiten Mal ein Austausch zwischen Schülerratsvertretern des César-

Franck-Athenäums Kelmis (CFA), des Robert-Schuman-Instituts Eupen (RSI), der Pater-Damian-Sekundarschule Eupen (PDS), des Königlichen Athenäums Eupen (KAE) und des Bischöflichen Instituts Büllingen (BIB) einerseits und Mitgliedern des Ausschusses III sowie dem Bildungsminister andererseits statt. Im Vorfeld des Austausches haben die Schülerratsvertreter Arbeitsunterlagen erstellt, mit denen sie ihre Fragen zu den Themen „politische Bildung“, „berufliche Orientierung“, „Sprachtests und -niveaus“, „Digitalisierung“ und „mentale Gesundheit der Schülerinnen und Schüler“ an die Politiker vorbereitet haben.



Der Ausschuss III zu Besuch im RSI am 3. Oktober 2024.



Die Teilnehmer vom Zug der Demokratie

Tätigkeiten von Ausschuss III für Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung in der Sitzungsperiode 2024-2025

HAUSHALTSDEKRETE UND FINANZEN

Dekretentwurf zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 14. Dezember 2023 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2024 – Dokument 5-2-HH2024 (2024-2025)

Dekretentwurf zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2025 – Dokument 4-HH2025 (2024-2025)

Dekretentwurf zur ersten Anpassung des Dekrets vom 12. Dezember 2024 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2025 – Dokument 5-1-HH2025 (2024-2025)

Haushaltsplan 2024/2025 und Tätigkeitsbericht 2023 von Kaleido Ostbelgien

Haushaltsplan 2024/2025 und Tätigkeitsbericht 2023 des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung Service und Logistik

Haushaltsplan 2024/2025 und Tätigkeitsbericht 2023 der Autonomen Hochschule Ostbelgien

Haushaltsplan 2024/2025 und Tätigkeitsbericht 2023 des IAWM

Haushaltsplan 2024/2025 und Tätigkeitsbericht 2023 des Arbeitsamts

WEITERE DEKRETINITIATIVEN

Programmdekretvorschlag 2024 – Dokument 29 (2024-2025)

Programmdekretvorschlag 2024 (II) – Dokument 38 (2024-2025)

Programmdekretvorschlag 2025 – Dokument 37 (2024-2025) (ursprünglicher Titel: Programmdekretvorschlag 2024 (I))

Dekretentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 31. Januar 2025 zwischen dem Föderalstaat, der Wallonischen Region, der Flämischen Region, der Region Brüssel-Hauptstadt und der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Bezug auf die Schaffung einer elektronischen Plattform im Rahmen des einheitlichen Antragsverfahrens für Aufenthalte zu Arbeitszwecken von ausländischen Arbeitnehmern, das Antragsverfahren für ausländische Arbeitnehmer und Selbstständige und im Rahmen der Koordinierung der Politik in Sachen Beschäftigung und Aufenthalt ausländischer Arbeitnehmer und Selbstständiger – Dokument 71 (2024-2025)

Dekretentwurf über Maßnahmen im Unterrichtswesen und in der Ausbildung 2025 – Dokument 78 (2024-2025)

BÜRGERDIALOG OSTBELGIEN

Empfehlungen der 6. Bürgerversammlung von November 2024 zum Thema „Schülerkompetenzen: Wie können emotionale Fähigkeiten an ostbelgischen Schulen vermittelt werden, damit Schüler fit für die Zukunft sind?“ – Dokument 33 (2024-2025)

ANHÖRUNGEN UND SONSTIGE THEMEN

Vorstellung des Wirtschafts- und Sozialberichts durch den Wirtschafts- und Sozialrat (gemeinsame Sitzung mit Ausschuss I) – Dokument 23 (2024-2025)

Vorstellung der Aufgaben des Arbeitsamts und der Beschäftigungspolitik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Vorstellung des Vermittlungsdekrets, Vorstellung der Beschäftigungsmaßnahmen – Dokument 31 (2024-2025) Nrn. 1-3

Anhörung der Autonomen Hochschule Ostbelgien zur Reform der Grund-

ausbildung für Primarschullehrer und Kindergärtner – Dokument 46 (2024-2025)

Anhörung von Kaleido Ostbelgien zum Bericht „Die telefonbasierte Kindheit und ihre Folgen für die mentale Gesundheit“ (gemeinsame Sitzung mit Ausschuss IV)

Vorstellung des Personalmonitors, der Lehrerbedarfsprognose bis 2040 sowie von Zahlen und Fakten zum Lehrermangel – Dokument 67 (2024-2025)

Bericht der Regierung an das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Umsetzung der Aufforderungen und Empfehlungen des Parlamentes an die Regierung durch begründete Anträge, durch Resolutionen sowie durch bestehende dekretale Berichterstattungsaufträge – Dokument 41 (2024-2025)

Anhörung zur neuen Studienrichtung „Anwärter für Verteidigungs-, Präventions- und Sicherheitsberufe“ am Robert-Schuman-Institut Eupen – Dokument 74 (2024-2025)

Anhörung der Anlaufstelle „Wegweiser Ostbelgien“ für die Vorbeugung von gewaltsamem Radikalismus – Dokument 79 (2024-2025)

Anhörung von Prof. Dr. Clemens Hillenbrand zur Förderung sozial-emotionaler Kompetenzen im Bildungssystem – Dokument 86 (2024-2025)

Vorstellung des Berichts der Regierung an das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Anwendung des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung im Jahr 2024 – Dokument 91 (2024-2025)

BESUCHE UND BESICHTIGUNGEN

Besuch des Robert-Schuman-Instituts Eupen

AUSSCHUSS IV

Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Familie und Wohnungswesen

Mitglieder

Vorsitzender: José GROMMES (ProDG)

Vizevorsitzende: Mechtilde NEUENS (SP)

Effektive Mitglieder (stimmberechtigt)	Ersatzmitglieder
Für ProDG: Elke COMOTH José GROMMES Patrick LASCHET	Für ProDG: Ewald GANGOLF Lisa GÖBBELS Liesa SCHOLZEN
Für die CSP: Etienne SIMAR Lukas TELLER	Für die CSP: Patricia CREUTZ-VILVOYE Steffi PAUELS
Für VIVANT: Diana STIEL	Für VIVANT: MICHAEL BALTER
Für die SP: Mechtilde NEUENS	Für die SP: Kirsten NEYCKEN-BARTHOLEMY
Für die PFF: Gerhard LÖFGEN	Für die PFF: Ralph SCHRÖDER
Vertreter der nicht anerkannten Fraktionen (nicht stimmberechtigt)	Ersatzmitglieder
Für ECOLO: Fabienne COLLING	Für ECOLO: Andreas JERUSALEM

Rückblick

HAUSHALT UND DEKRETE

Im Herbst 2024 befasste sich der Ausschuss mit den klassischen Beratungen zur Anpassung des Haushalts 2024 und Festlegung des Haushalts 2025.

Zudem beriet der Ausschuss im Herbst 2024 und zu Beginn des Jahres 2025 über die für ihn relevanten Artikel der Programmdekretvorschläge. Diese beinhalten – neben einer Reihe anderer Anpassungen – verschiedene Sparmaßnahmen in den Bereichen Pflegegeld und Familienleistung, die Abschaffung der Miet- und Umzugsbeihilfen im Rahmen des Sozialen Wohnungsbaus sowie die Einführung sogenannter Fachpflegefamilien im Bereich der Jugendhilfe.

GESCHÄFTSFÜHRUNGSVERTRÄGE

Anfang April beriet der Ausschuss über die Nachträge zu den Geschäftsführungsverträgen des Zentrums für Beratung, Opferschutz und sexuelle Gesundheit, Prisma, und des Referenzentrums für Integration und Migration „Info-Integration“, die beide um ein Jahr verlängert und mit einer entsprechenden Indexierung versehen wurden und im Falle von Info-Integration auch die Übernahme neuer Aufgaben betrafen.

BÜRGERDIALOG

Im Verlauf der Sitzungsperiode befasste sich der Ausschuss zunächst abschließend mit den Empfehlungen der fünften Bürgerversammlung zum Thema „Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in Ostbelgien“. Die Beratungen ende-

ten im Februar mit einer gemeinsamen Sitzung mit dem Bürgerrat, in deren Rahmen auch der Abschlussbericht diskutiert wurde.

Parallel widmete sich der Ausschuss ab Dezember dem Fokus 5 der Empfehlungen der Bürgerversammlung zum Thema Schülerkompetenzen, zu dem er seine Stellungnahme für den Zwischenbericht beisteuerte. In Umsetzung des Arbeitsplans zum Bürgerdialog empfing der Ausschuss am 12. März 2025 zudem den Direktor des Zentrums für Kinderbetreuung (ZKB), um mit diesem über die Empfehlungen der Bürgerversammlung auszutauschen. Im Mai hörte der Ausschuss außerdem die verschiedenen Hausaufgabenschulen der Deutschsprachigen Gemeinschaft an, um sich über ihre Arbeit und über die damit verbundenen Herausforderungen zu informieren.

RESOLUTIONSVORSCHLÄGE

Im Mai und Juni 2025 widmete der Ausschuss mehrere Sitzungen einem Resolutionsvorschlag zur Abfederung potenziell steigender Kosten für die öffentlichen Sozialhilfeeinheiten aufgrund der Reform zur Begrenzung des Arbeitslosengeldes auf zwei Jahre, der jedoch aufgrund einer Regierungsmitteilung zu demselben Thema nicht zur Abstimmung kam. Der Ausschuss beschloss dennoch die Erstellung eines Berichts über die Beratungen.

VORSTELLUNGEN ZUM KOMPETENZBEREICH DES AUSSCHUSSES

Zu Beginn der Legislaturperiode hörte der Ausschuss in einer einführernden Sitzungsreihe die leitenden Beamten der Ministeriumsbereiche an, die für die Themen Familie und Soziales, Gesundheit und Senioren, Justizhaus und Strafvollzug, die Jugendhilfe sowie die Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben verantwortlich zeichnen. Im ersten Halbjahr 2025 folgten Vorstellungen zur Sozialwirtschaft, zu den Wohnressourcen für Menschen mit Beeinträchtigung, zum Konzept der integrierten Versorgung und zum Dekret über die mentale Gesundheit.

ANHÖRUNGEN UND BERICHTE AUF BASIS VON DEKRETEN UND ZUSAMMENARBEITSABKOMMEN

Schon im September 2024 stellte die Regierung den Dreijahresbericht vom 19. März 2024 in Anwendung des Dekrets vom 11. Dezember 2017 über Integration und das Zusammenleben in Vielfalt vor, der zwar noch in der vergangenen Legislaturperiode hinterlegt, jedoch noch nicht im Ausschuss behandelt worden war.

Im Oktober hatte der Ausschuss die Federführung bei der Vorstellung

des Jahresberichts des Interföderalen Zentrums für Chancengleichheit Unia inne. Im Frühjahr 2025 war das Zentrum dann erneut im Ausschuss zu Gast, um seine Stellungnahme über die Wirksamkeit des Dekrets der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 19. März 2012 zur Bekämpfung bestimmter Formen von Diskriminierung vorzustellen.

Im Februar hörte der Ausschuss den Dienst zur Bekämpfung von Armut, prekären Lebensumständen und sozialer Ausgrenzung an, der seinen Zweijahresbericht 2022-2023 mit dem Titel „Die finanzielle Dimension der Armut“ vorstellte.

Auch die Aussprache zum Bericht der Regierung über die Umsetzung der Aufforderungen und Empfehlungen, die das Parlament im Rahmen von begründeten Anträgen, Resolutionen und dekretalen Berichterstattungsaufträgen an die Regierung gerichtet hat, fand im Februar statt.

ANDERE ANHÖRUNGEN

Anfang Dezember stellte die Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben dem Ausschuss ihr Filmprojekt für Menschen mit geistiger Beeinträchtigung „Verhalten macht Sinn“ (VEMAS) vor.

Das Konsortium der Erwachsenenbildungseinrichtungen KAP und VHS war Ende Januar 2025 zu Gast, um den Ausschussmitgliedern die inhaltliche Ausrichtung und das Sprachkursangebot des Integrationsparcours für neu nach Belgien gezogene Menschen vorzustellen.

Im Februar empfing der Ausschuss im Rahmen einer Vorstellung der Entwicklungszusammenarbeit die Vertreter mehrerer durch die Deutschsprachige Gemeinschaft ge-

förderter Entwicklungshilfeprojekte. In der letzten Sitzung vor der Sommerpause war die VoG ASL zu Gast, die die Ergebnisse ihrer jüngsten Jugendbefragung vorstellte.

BESICHTIGUNGEN UND BESUCHE

Im Verlauf der Sitzungsperiode unternahm der Ausschuss auch mehrere Visiten außer Haus. So besuchten die Ausschussmitglieder im März das Raerener Wohn- und Pflegezentrum „Marienheim“. Im April informierten sie sich im Rahmen eines Besuchs im niederländischen Heijenrath über das Konzept der „Thomashuizen“ als Wohnressourcen für Menschen mit geistiger Beeinträchtigung. Ende Juni besuchte der Ausschuss schließlich den Vorschalt- und Integrationsbetrieb „Dabei“ in St. Vith, um dessen Arbeit näher kennenzulernen.



Am 17. April 2025 besuchten die Mitglieder von Ausschuss IV das Thomashuis im niederländischen Heijenrath.

Tätigkeiten von Ausschuss IV für Gesundheit, Soziales, Familie und Wohnungswesen in der Sitzungsperiode 2024-2025

HAUSHALTSDEKRETE UND FINANZEN

Dekretentwurf zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 14. Dezember 2023 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2024 – Dokument 5-2-HH2024 (2024-2025)

Dekretentwurf zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2025 – Dokument 4-HH2025 (2024-2025)

Dekretentwurf zur ersten Anpassung des Dekrets vom 12. Dezember 2024 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des all-

gemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2025 – Dokument 5-1-HH2025 (2024-2025)

Haushaltsplan 2024/2025 und Tätigkeitsbericht 2023 der Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben

Haushaltsplan 2024/2025 und Tätigkeitsbericht 2023 der Jugendhilfe

Haushaltsplan 2024/2025 und Tätigkeitsbericht 2023 des Zentrums für Kinderbetreuung

Tätigkeitsbericht 2023 des Justizhauses

WEITERE DEKRETINITIATIVEN

Programmdekretvorschlag 2024 – Dokument 29 (2024-2025)

Programmdekretvorschlag 2024 (II) – Dokument 38 (2024-2025)

Programmdekretvorschlag 2025 – Dokument 37 (2024-2025) (ursprünglicher Titel: Programmdekretvorschlag 2024 (I))

GESCHÄFTSFÜHRUNGSVERTRÄGE

Beschlussvorschlag zur Genehmigung des dritten Nachtrags zum Geschäftsführungsvertrag zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Zentrum für Beratung, Opferschutz und sexuelle Gesundheit, Prisma (2021-2025) – Dokument 63 (2024-2025)

Beschlussvorschlag zur Genehmigung des zweiten Nachtrags zum Geschäftsführungsvertrag zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Belgischen Roten Kreuz (BRK) bezüglich des Referenzzentrums für Integration und Migration „Info-Integration“ – Dokument 64 (2024-2025)

RESOLUTIONEN

Resolutionsvorschlag an die Föderalregierung, das föderale Parlament sowie die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Abfederung potenziell steigender Kosten für die öffentlichen Sozialhilfezentren aufgrund der Reform zur

Begrenzung des Arbeitslosengeldes auf zwei Jahre – Dokument 77 (2024-2025)

BÜRGERDIALOG OSTBELGIEN

Empfehlungen der Bürgerversammlung vom 3. Juni 2023 zum Thema „Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in Ostbelgien“ – Dokument 61 (2024-2025)

Empfehlungen der 6. Bürgerversammlung von November 2024 zum Thema Schülerkompetenzen: Wie können emotionale Fähigkeiten an ostbelgischen Schulen vermittelt werden, damit Schüler fit für die Zukunft sind?“ – Dokument 33 (2024-2025)

BERICHTE

Vorstellung des Dreijahresberichts der Regierung vom 19. März 2024 in Anwendung des Dekrets vom 11. Dezember 2017 über Integration und das Zusammenleben in Vielfalt – Dokument 167 (2019-2024)

Vorstellung des Tätigkeitsberichts 2023 des Justizhauses

Vorstellung des Tätigkeitsberichts 2023 der Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben

Jahresbericht 2023 des Interföderalen Zentrums für Chancengleichheit Unia – Dokument 50 (2024-2025)

Bericht der Regierung an das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Umsetzung der Aufforderungen und Empfehlungen des Parlamentes an die Regierung durch begründete Anträge, durch Resolutionen sowie durch bestehende dekretale Berichterstattungsaufträge – Dokument 41 (2024-2025)

Zweijahresbericht 2022-2023 „Die finanzielle Dimension der Armut“ des Dienstes zur Bekämpfung von Armut, prekären Lebensumständen

und sozialer Ausgrenzung – Dokument 69 (2024-2025)

Anhörung des Interföderalen Zentrums für Chancengleichheit Unia über die Wirksamkeit des Dekrets vom 19. März 2012 zur Bekämpfung bestimmter Formen von Diskriminierung – Dokument 85 (2024-2025)

ANHÖRUNGEN UND SONSTIGE THEMEN

Vorstellung des Fachbereichs Familie und Soziales

Vorstellung des Fachbereichs Jugendhilfe

Vorstellung des Fachbereichs Justizhaus und Strafvollzug

Vorstellung des Fachbereichs Gesundheit und Senioren

Vorstellung des Fachbereichs Jugendhilfe

Vorstellung des Filmprojekts „VEMAS“ der DSL

Anhörung des Konsortiums der Erwachsenenbildungsorganisationen „Kulturelle Aktion und Präsenz“ (KAP) und der Volkshochschule (VHS) sowie von Info-Integration zum Integrationsparcours für Menschen mit Migrationshintergrund – Dokument 62 (2024-2025)

Vorstellung der Förderung der Sozialwirtschaft

Vorstellung Entwicklungszusammenarbeit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Anhörung des Zentrums für Kinderbetreuung zur Vermittlung sozio-emotionalen Lernens in den Aus- und Weiterbildungsprogrammen des Betreuungspersonals und zur Kooperation mit Sport- und Kultureinrichtungen in der außerschulischen Betreuung – Dokument 70 (2024-2025)

Vorstellung zu den Wohnressourcen für Menschen mit Beeinträchtigung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Vorstellung Konzept der integrierten Versorgung

Vorstellung Dekret über die mentale Gesundheit

Anhörung der Hausaufgabenschulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu ihrer Arbeit und ihren Herausforderungen – Dokument 90 (2024-2025)

Vorstellung der ASL-Jugendbefragung – Dokument 95 (2024-2025)

BESICHTIGUNGEN/BESUCHE

Besuch des Wohn- und Pflegezentrums „Marienheim“ in Raeren

Visite Thomashuis Heijenrath (NL)

Besuch der Vorschalt- und Integrationsmaßnahme „Dabei“ in St. Vith

AUSSCHUSS V

Ausschuss zur Kontrolle der öffentlichen Mitteilungen, der Wahlausgaben und des Deontologiekodex sowie betreffend die Erklärungspflichten in Bezug auf Mandate und Patrimonien

Mitglieder

Vorsitzende: Patricia CREUTZ-VILVOYE (CSP)

Vizevorsitzender: Freddy CREMER (ProDG)

Effektive Mitglieder (stimmberechtigt)	Ersatzmitglieder
Für ProDG: Elke COMOTH Freddy CREMER Ewald GANGOLF	Für ProDG: Kathy ELSEN Lisa GÖBBELS José GROMMES
Für die CSP: Patricia CREUTZ-VILVOYE Steffi PAUELS	Für die CSP: Marcel HENN Lukas TELLER
Für VIVANT: Michael BALTER	Für VIVANT: ALAIN MERTES
Für die SP: Kirsten NEYCKEN-BARTHOLEMY	Für die SP: Mechtilde NEUENS
Für die PFF: Evelyn JADIN	Für die PFF: Gerhard LÖFGEN
Vertreter der nicht anerkannten Fraktionen (nicht stimmberechtigt)	Ersatzmitglieder
Für ECOLO: Fabienne COLLING	Für ECOLO: Andreas JERUSALEM

Rückblick

Dieser Ausschuss – kurz „Kontrollausschuss“ genannt – ist mit der Überwachung der Einhaltung der Regeln über die Wahlausgaben für die Wahl des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Gemeinderatswahlen beauftragt; außerdem ist er seit 2025 dafür zuständig, die Einhaltung des Deontologiekodex zu überwachen.

Am 4. November 2024 bezeichnete der Kontrollausschuss Freddy Cremer zum Vizevorsitzenden (siehe Artikel 108 §2 der Geschäftsordnung des Parlaments).

TÄTIGKEITEN IM BEREICH WAHLAUSGABEN

Im Berichtszeitraum hatte der Kontrollausschuss die Ausgaben für die Wahl des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 9. Juni 2024 und den Ursprung der dazu verwendeten Geldmittel zu prüfen. Zentrale Grundlage für diese Prüfung ist der Bericht des Hauptwahlvorstands, der der Vorsitzenden des Kontrollausschusses am 10. September 2024 erstmals über die ROMEO-Anwendung übermittelt wurde. Die Stellungnahme des Rechnungshofs ist verpflichtend einzuholen, sie dient der Überprüfung der Richtigkeit

und Vollständigkeit des Berichts des Hauptwahlvorstands.

Nach Vorlage dieser Unterlagen befassten sich die Ausschussmitglieder in zwei Sitzungen (am 4. und 25. November 2024) ausführlich mit denselben sowie mit den einzelnen Erklärungen der Parteien und Kandidaten. Sie kamen zu der Schlussfolgerung, dass es keine Verstöße gegen die Gesetzgebung betreffend die Wahlausgaben gegeben hat, auch wenn die Erklärungen teilweise materielle Fehler enthielten. Diese kann man einerseits auf die komplexen gesetzlichen Vorschriften in der Materie zurückführen, andererseits konnten die meisten Fehler im Nachhinein durch Regularisierungserklärungen der betreffenden Personen bereinigt werden.

Die gesetzlichen Höchstgrenzen für die Wahlausgaben wurden sowohl von den Parteien als auch von den einzelnen Kandidaten eingehalten. Über seine Prüfung erstellte der Ausschuss einen Bericht, in dem er seine Schlussfolgerungen und auch einige kritische Anmerkungen festhielt. Diese betrafen z. B. die Möglichkeit, Wahlausgaben entweder in Papierform oder über die ROMEO-Anwendung einzureichen – was die Erstellung des Berichts des Hauptwahlvorstands erschwerte.

Der Bericht zu den Wahlausgaben wurde am 16. Januar 2025 im Belgischen Staatsblatt veröffentlicht. Im Anhang des Berichts sind auch die Gesamtwahlausgaben der politischen Parteien und der Kandidaten der Listen sowie die Wahlausgaben individuell für jeden Gewählten aufgeführt. Dieser Bericht wurde überdies im Parlamentsdokument 34 (2024-2025) Nr. 1 veröffentlicht.

TÄTIGKEITEN IM BEREICH DEONTOLOGIEKODEX

Im Zuge seiner neu zugeteilten Aufgaben erarbeitete der Kontrollausschuss, unterstützt durch die Parlamentsverwaltung, einen Dekretvorschlag, der verschiedene Bestimmungen in Bezug auf die Beauftragung des Kontrollausschusses mit der Überwachung der Einhaltung des Deontologiekodex festlegt. In diesem Zusammenhang passte er überdies seine interne Geschäftsordnung an, um den neuen Befugnissen Rechnung zu tragen.

Der vom Kontrollausschuss ausgearbeitete Dekretvorschlag, der am 3. Februar 2025 durch die Plenarversammlung verabschiedet wurde, enthält allgemeine Bestimmungen zur Arbeitsweise des Kontrollausschusses in Sachen Deontologie, die Verfahren des Kontrollausschusses zur Behandlung von Stellungnahmen, Empfehlungen, Meldungen und Beschwerden in Bezug auf Handlungen von Parlamentariern bei der Ausübung ihres Mandats sowie die Möglichkeit, Disziplinarstrafen gegen Parlamentarier zu verhängen. Er wurde veröffentlicht unter der Dokumentnummer 44 (2024-2025) Nr. 1.

Bei der Geschäftsordnung des Kontrollausschusses handelt es sich um ein ausschusspezifisches Arbeitsdokument, das nicht durch die Plenarversammlung zu verabschieden ist. In dieser Geschäftsordnung werden die rein internen Verfahrensweisen präzisiert und vertieft. Aus Transparenzgründen wurde die angepasste Geschäftsordnung veröffentlicht auf den Seiten 7 bis 18 des Parlamentsdokuments 45 (2024-2025) Nr. 2.

WEITERE AUFGABEN

Neben der Kontrolle der Wahlausgaben ist der Kontrollausschuss auch zuständig für die Kontrolle der ihm vorgelegten **öffentlichen Mitteilungen** des Parlamentspräsidenten bzw. der Parlamentspräsidentin und der Regierungsmitglieder. Durch die Begutachtung – vorab oder im Nachgang – dieser Mitteilungen soll sichergestellt werden, dass man öffentliche Gelder nicht für Kommunikationsaktivitäten verwendet, die letztlich auf die Stärkung des Images eines Ministers oder eines Parlamentspräsidenten ausgerichtet sind. Im Berichtszeitraum wurde dem Kontrollausschuss keine öffentliche Mitteilung zur Kontrolle vorgelegt.

Des Weiteren wird der Kontrollausschuss mit Streitfällen in Bezug auf **Mandats- und Vermögenserklärungen** befasst, die von Mandataren, aber auch Regierungsmitgliedern, Kabinettschefs oder hochgestellten Beamten der Deutschsprachigen Gemeinschaft gegenüber dem Rechnungshof abgegeben werden müssen. Wenn der Rechnungshof eine Person für erklärungspflichtig oder ihre Erklärungen als unvollständig oder nicht korrekt eingestuft hat, kann die betreffende Person dagegen vor dem Kontrollausschuss Einspruch erheben. Auch in dieser Angelegenheit ist der Kontrollausschuss im Berichtszeitraum nicht tätig geworden.



Plenarsitzung mit Vertretern aus Mehrheit und Opposition

N ALLEIN MACHEN NOCH KEINE GRUNDGESETZE

Arbeit im Plenum

Die gesetzgeberische Tätigkeit ist die Kernaufgabe des Parlaments, die sich im Wesentlichen in der Verabschiedung von Dekreten niederschlägt. Dekrete sind Gemeinschaftsgesetze, die ihre Wirkung auf dem Territorium der Deutschsprachigen Gemeinschaft entfalten. Das Parlament legt damit im Rahmen der Zuständigkeitsbereiche der Deutschsprachigen Gemeinschaft Regeln fest.

Der Präsident bzw. die Präsidentin verweist die Dekretentwürfe und Dekretvorschläge an den zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung und informiert die Plenarversammlung darüber.

Die Frage, an welchen Ausschuss ein Dekretentwurf bzw. ein Dekretvorschlag verwiesen werden soll, kann er bzw. sie auch der Plenarversammlung zur Beschlussfassung unterbreiten.

Auf Vorschlag des erweiterten Präsidiums oder des Präsidenten kann die Plenarversammlung ebenfalls beschließen, einen Dekretentwurf oder einen Dekretvorschlag ohne Verweisung an einen Ausschuss direkt in der Plenarversammlung zu behandeln und zu verabschieden, wenn eine Dringlichkeit vorliegt oder eine vorherige Beratung im Ausschuss aufgrund der begrenzten Tragweite des Textes nicht gerechtfertigt ist.

In der Sitzungsperiode 2024-2025 haben insgesamt 14 Plenarsitzungen stattgefunden.

(2024: 16.09., 23.09., 21.10., 09.12., 10.12., 11.12., 12.12., 23.12.)

2025: 03.02., 24.02., 24.03., 28.04., 23.06., 30.06.)



Einblick in eine Plenarsitzung

Im Plenum getroffene Entscheidungen

In der Sitzungsperiode 2024-2025 verabschiedete das Plenum insgesamt 14 Beschlüsse, 4 Regeldekrete, 5 Haushaltsdekrete, 7 Dekrete zur Zustimmung zu internationalen Abkommen und zur Billigung innerbelgischer Vereinbarungen sowie 1 Resolution und 1 Gutachten.

REGELDEKRETE – Die vom Parlament verabschiedeten Dekrete haben Gesetzgebungscharakter auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Verabschiedung	Dok.-Nr.	Titel
23.12.2024	38 (2024-2025)	Programmdekret 2024
03.02.2025	44 (2024-2025)	Dekret zur Abänderung des Dekrets vom 7. April 2003 zur Kontrolle der Wahlausgaben und des Ursprungs der Geldmittel für die Wahl des Parlaments und der Gemeinderäte sowie zur Kontrolle der Mitteilungen der öffentlichen Behörden der Deutschsprachigen Gemeinschaft
24.02.2025	37 (2024-2025)	Programmdekret 2025
30.06.2025	78 (2024-2025)	Dekret über Maßnahmen im Unterrichtswesen und in der Ausbildung 2025

HAUSHALTSDEKRETE:

Verabschiedung	Dok.-Nr.	Titel
12.12.2024	5-3-HH2023 (2024-2025)	Dekret zur dritten Anpassung des Dekrets vom 15. Dezember 2022 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2023
12.12.2024	6-HH2023 (2024-2025)	Dekret zur endgültigen Abrechnung des Rechnungsjahres der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2023
12.12.2024	5-2-HH2024 (2024-2025)	Dekret zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 14. Dezember 2023 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2024
12.12.2024	4-HH2025 (2024-2025)	Dekret zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2025
23.06.2025	5-1-HH2025 (2024-2025)	Dekret zur ersten Anpassung des Dekrets vom 12. Dezember 2024 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2025

ZUSTIMMUNGS- UND BILLIGUNGSDEKRETE:

Verabschiedung	Dok.-Nr.	Titel
24.03.2025	51 (2024-2025)	Dekret zur Zustimmung zu dem Protokoll zur Änderung des Protokolls über die Vorrechte und Immunitäten der Benelux-Organisation für geistiges Eigentum (Marken, Muster oder Modelle), geschehen zu Brüssel am 6. Dezember 2022
24.03.2025	52 (2024-2025)	Dekret zur Zustimmung zu der Vereinbarung zwischen der Nordatlantischen Vertragsorganisation und dem Königreich Belgien über die Rechtsstellung des befristeten diensttuenden Personals eines Organs der NATO mit Sitz im Hoheitsgebiet des Königreichs Belgien, geschehen zu Brüssel am 7. Februar 2022
24.03.2025	54 (2024-2025)	Dekret zur Zustimmung zum Zusatzprotokoll zwischen dem Königreich Belgien und der Europäischen Freihandelsassoziation, geschehen zu Brüssel am 24. November 2022
24.03.2025	58 (2024-2025)	Dekret zur Zustimmung zu dem Protokoll zur Änderung des am 28. Februar 1996 in Hanoi unterzeichneten Abkommens zwischen dem Königreich Belgien und der Sozialistischen Republik Vietnam zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerhinterziehung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie des Protokolls, geschehen zu Hanoi am 12. März 2012
28.04.2025	53 (2024-2025)	Dekret zur Zustimmung zu dem Übereinkommen im Rahmen des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen über die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse, geschehen zu New York am 19. Juni 2023
28.04.2025	71 (2024-2025)	Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 31. Januar 2025 zwischen dem Föderalstaat, der Wallonischen Region, der Flämischen Region, der Region Brüssel-Hauptstadt und der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Bezug auf die Schaffung einer elektronischen Plattform im Rahmen des einheitlichen Antragsverfahrens für Aufenthalte zu Arbeitszwecken von ausländischen Arbeitnehmern, das Antragsverfahren für ausländische Arbeitnehmer und Selbstständige und im Rahmen der Koordinierung der Politik in Sachen Beschäftigung und Aufenthalt ausländischer Arbeitnehmer und Selbstständiger
23.06.2025	80 (2024-2025)	Dekret zur Zustimmung zu folgenden internationalen Rechtsakten: 1. Abkommen zwischen der Regierung des Königreichs Belgien und der Regierung der Republik Moldau zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerhinterziehung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen samt Protokoll, geschehen zu Brüssel am 4. Dezember 2008; 2. Protokoll zur Änderung des am 4. Dezember 2008 in Brüssel unterzeichneten Abkommens zwischen der Regierung des Königreichs Belgien und der Regierung der Republik Moldau zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerhinterziehung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen samt Protokoll, geschehen zu Brüssel am 30. März 2017

BESCHLÜSSE ohne Gesetzescharakter. Es handelt sich dabei meist um die Bezeichnung von Mandatsträgern, um Zustimmungen zu Geschäftsführungsverträgen der Regierung mit verschiedenen Einrichtungen oder um die Organisation der internen Arbeitsweise.

Verabschiedung	Dok.-Nr.	Titel
16.09.2024	-	Beschluss zur Abänderung des Parlamentsbeschlusses vom 1. Juli 2024 zur Bezeichnung der ständigen Ausschüsse und ihrer Zuständigkeiten
23.09.2024	19 (2024-2025)	Beschluss zur Bestimmung von effektiven und stellvertretenden Mitgliedern des Sachverständigenkollegiums im Hinblick auf die Kontrolle der Wahlausgaben und des Ursprungs der Geldmittel im Rahmen der Gemeinderatswahlen vom 13. Oktober 2024
23.09.2024	20 (2024-2025)	Beschluss zur Ernennung von Mitgliedern der Beschwerdekommision zur Prüfung von Beschwerden gegen die Gültigkeit der Gemeinderatswahlen vom 13. Oktober 2024
21.10.2024	25 (2024-2025)	Beschluss zur Bezeichnung der Mitglieder des Verwaltungsrats des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft
12.12.2024	35 (2024-2025)	Beschluss zur Abänderung des Beschlusses vom 3. November 2014 zur Festlegung der Bezüge des Präsidenten, des Gemeinschaftssenators, der Mitglieder und der beratenden Mandatare des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft
12.12.2024	36 (2024-2025)	Beschluss zur Abänderung des Beschlusses vom 3. November 2014 bezüglich der finanziellen und materiellen Unterstützung der anerkannten Fraktionen, der nicht anerkannten Fraktionen sowie der Fraktionslosen

23.12.2024	42 (2024-2025)	Beschluss zur Bezeichnung der Vertreter des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft in der Ständigen Nationalen Kulturpaktkommission
03.02.2025	27 (2024-2025)	Beschluss zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Autonomen Gemeinderegion TILIA für die Trägerschaft und Verwaltung des Kulturzentrums Alter Schlachthof Eupen (2025-2029)
03.02.2025	28 (2024-2025)	Beschluss zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Autonomen Gemeinderegion „Kultur-, Konferenz- und Messezentrum St. Vith“ für die Trägerschaft und Verwaltung des Kulturzentrums Triangel (2025-2029)
24.02.2025	48 (2024-2025)	Beschluss zur Genehmigung des zweiten Nachtrags zum Geschäftsführungsvertrag zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Zentrum für Ostbelgische Geschichte (2020-2025)
24.03.2025	-	Beschluss zur Abänderung des Parlamentsbeschlusses vom 1. Juli 2024 zur Bezeichnung der ständigen Ausschüsse und ihrer Zuständigkeiten
28.04.2025	63 (2024-2025)	Beschluss zur Genehmigung des dritten Nachtrags zum Geschäftsführungsvertrag zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Zentrum für Beratung, Opferschutz und sexuelle Gesundheit, Prisma (2021-2025)
28.04.2025	64 (2024-2025)	Beschluss zur Genehmigung des zweiten Nachtrags zum Geschäftsführungsvertrag zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Belgischen Roten Kreuz (BRK) bezüglich des Referenzzentrums für Integration und Migration „Info-Integration“ (2021-2025)
30.06.2025	59 (2024-2025)	Beschluss zur Genehmigung des vierten Nachtrags zum Geschäftsführungsvertrag zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Ostbelgien (WFG) (2021-2025)

Eine RESOLUTION ist ein Aufruf an bestimmte Instanzen (Regierung, Föderalregierung, Europäische Kommission usw.) in bestimmten Bereichen, in denen das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft nicht selbst handeln kann, für die aber ein berechtigtes Interesse besteht, aktiv zu werden.

Verabschiedung	Dok.-Nr.	Titel
23.06.2025	87 (2024-2025)	Resolution an die föderale Abgeordnetenversammlung, den Senat, die Föderalregierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Bezug auf die garantierte und angemessene Vertretung der Bevölkerung des deutschen Sprachgebiets in der föderalen Abgeordnetenversammlung

GUTACHTEN gibt das Parlament zu föderalen Gesetzesinitiativen ab, die sich auf das Autonomiestatut der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder auf die Sprachengesetzgebung beziehen, die im deutschen Sprachgebiet anwendbar ist.

Verabschiedung	Dok.-Nr.	Titel
03.02.2025	40 (2024-2025)	Begründetes Gutachten zum Gesetzesvorschlag zur Abänderung des ordentlichen Gesetzes vom 6. Juli 1990 zur Regelung der Modalitäten für die Wahl des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft, um im Ausland ansässigen Belgiern das Stimmrecht für die Wahl des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu gewähren

Themendebatten

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist auch ein Meinungsforum für politische Debatten. In den Ausschüssen und in der Plenarsitzung ist es grundsätzlich und unter Voraussetzung bestimmter Bedingungen möglich, über die Dekret- und Beschlussvorlagen hinaus, weitere Angelegenheiten zu behandeln oder Themendebatten zu führen.

In der Sitzungsperiode 2024-2025 fand keine Themendebatte statt.

Petitionen

Grundsätzlich kann sich jeder Bürger, einzeln oder zu mehreren, an das Parlament wenden, um eine Bitte oder eine Beschwerde vorzubringen. Petitionen sind in schriftlicher Form einzureichen und werden an den Parlamentspräsidenten gerichtet.

In der Sitzungsperiode 2024-2025 wurde eine Petition zur Beibehaltung des Schulbonus eingereicht.

Beziehungen zur Regierung

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft besteht auch in der Legislaturperiode 2024-2029 aus vier Mitgliedern.

Der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft gehören folgende Mitglieder an:

- **Oliver Paasch**, Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden, Raumordnung und Finanzen
- **Jérôme Franssen**, Minister für Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung
- **Gregor Freches**, Minister für Kultur, Sport, Tourismus und Medien
- **Lydia Klinkenberg**, Ministerin für Familie, Soziales, Wohnen und Gesundheit

In einer parlamentarischen Demokratie spielen die Regierung (Exekutive) und das Parlament als Volksvertretung (Legislative) eine wichtige Rolle. Beide Einrichtungen erfüllen ihre Aufgaben, wobei sie keine Gegner sind, sondern Hand in Hand arbeiten.

Eine wichtige Aufgabe des Parlaments ist die Regierungskontrolle, bei der die Arbeit der Regierung kritisch hinterfragt wird. Hierzu sind verschiedene Instrumente vorgesehen, die in der Geschäftsordnung näher erläutert werden.

Die Mehrzahl der Kontrollinstrumente wird im Rahmen von öffentlichen Ausschusssitzungen angewandt. Die Behandlung zu Beginn der Plenarsitzung ist weiterhin möglich, bildet jedoch die Ausnahme.



Ministerpräsident Oliver Paasch



Minister Jérôme Franssen



Minister Gregor Freches



Ministerin Lydia Klinkenberg

MÜNDLICHE FRAGEN

Bei den mündlichen Fragen unterscheidet man zwischen den Fragen, den dringenden Fragen sowie den aktuellen Fragen in der Plenarversammlung.

Das Parlamentsmitglied stellt einem Regierungsmitglied eine mündliche Frage, um kurze Auskunft über einen präzisen Sachverhalt oder über konkrete Aspekte der Regierungspolitik zu erfragen. Die herkömmliche mündliche Frage wird in der Regel in den Regierungskontrollsitzen der Ausschüsse gestellt und muss zwei Arbeitstage vor der Sitzung hinterlegt werden.

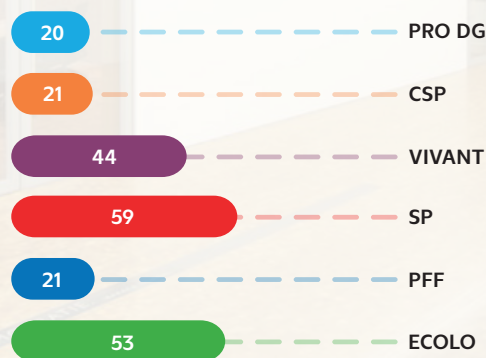
Im Vergleich zur Frist für mündliche Fragen können dringende mündliche Fragen noch am Tag der Sitzung bis 10 Uhr morgens eingereicht werden. Die Dringlichkeit muss ausreichend begründet sein. Dringende mündliche Fragen können sowohl in der Ausschusssitzung als auch in der Plenarsitzung gestellt werden.

Zudem besteht die Möglichkeit, zu Beginn der Plenarsitzung aktuelle Fragen zu stellen. Diese müssen schriftlich vor 10 Uhr am Tag der Plenarsitzung eingereicht werden. Dabei kann sich der Fragesteller darauf beschränken, das Thema der aktuellen Frage kurz zu umschreiben.

In der Sitzungsperiode 2024-2025 wurden insgesamt 218 mündliche Fragen gestellt.

Fraktion Fragesteller	befragter Minister	Anzahl	Insgesamt
PRO DG	Paasch (ProDG)	4	20
	Franssen (CSP)	7	
	Freches (PFF)	2	
	Klinkenberg (ProDG)	7	
CSP	Paasch (ProDG)	0	21
	Franssen (CSP)	6	
	Freches (PFF)	3	
	Klinkenberg (ProDG)	12	
VIVANT	Paasch (ProDG)	17	44
	Franssen (CSP)	10	
	Freches (PFF)	0	
	Klinkenberg (ProDG)	17	
SP	Paasch (ProDG)	12	59
	Franssen (CSP)	18	
	Freches (PFF)	16	
	Klinkenberg (ProDG)	13	
PFF	Paasch (ProDG)	7	21
	Franssen (CSP)	5	
	Freches (PFF)	7	
	Klinkenberg (ProDG)	2	
ECOLO	Paasch (ProDG)	17	53
	Franssen (CSP)	18	
	Freches (PFF)	2	
	Klinkenberg (ProDG)	16	
			218

AUFTEILUNG NACH FRAKTIONEN



AUFTEILUNG NACH BEFRAGTEM MINISTER



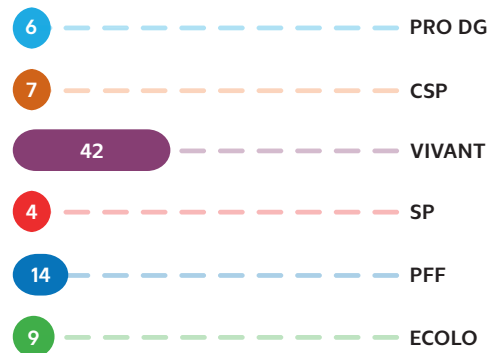
SCHRIFTLICHE FRAGEN

In schriftlichen Fragen fordert der Abgeordnete ein Regierungsmitglied auf, ausführlich Auskunft über einen präzisen Sachverhalt oder konkrete Aspekte der Regierungspolitik zu geben. Das Regierungsmitglied hat in der Regel 21 Arbeitstage Zeit, um seine Antwort ebenfalls schriftlich einzureichen.

In der Sitzungsperiode 2024-2025 wurden 82 schriftliche Fragen gestellt.

Fraktion Fragesteller	befragter Minister	Anzahl	Insgesamt
PRO DG	Paasch (ProDG)	1	6
	Franssen (CSP)	5	
	Freches (PFF)	0	
	Klinkenberg (ProDG)	0	
CSP	Paasch (ProDG)	1	7
	Franssen (CSP)	1	
	Freches (PFF)	2	
	Klinkenberg (ProDG)	3	
VIVANT	Paasch (ProDG)	12	42
	Franssen (CSP)	11	
	Freches (PFF)	1	
	Klinkenberg (ProDG)	18	
SP	Paasch (ProDG)	1	4
	Franssen (CSP)	0	
	Freches (PFF)	0	
	Klinkenberg (ProDG)	3	
PFF	Paasch (ProDG)	4	14
	Franssen (CSP)	6	
	Freches (PFF)	1	
	Klinkenberg (ProDG)	3	
ECOLO	Paasch (ProDG)	4	9
	Franssen (CSP)	5	
	Freches (PFF)	0	
	Klinkenberg (ProDG)	0	
		Total	82

AUFTEILUNG NACH FRAKTIONEN



AUFTEILUNG NACH BEFRAGTEM MINISTER



Interpellationen

Durch eine Interpellation fordert ein Abgeordneter ein Regierungsmitglied dazu auf, sich bezüglich einer politischen Handlung oder Unterlassung, eines präzisen Sachverhalts oder konkreter Aspekte der Regierungspolitik zu rechtfertigen. Das Regierungsmitglied hat mindestens fünf Arbeitstage Zeit, um seine Antwort vorzubereiten.

Interpellationen werden in der Regel im zuständigen Ausschuss eingereicht, können aber auch in der Plenarsitzung behandelt werden, wenn mindestens sieben Abgeordnete dies beantragen.

In der Sitzungsperiode 2024-2025 wurden 3 Interpellationen behandelt.

Fraktion Interpellant	Interpelliertes Regierungsmitglied	pro Fraktion
VIVANT	Klinkenberg (ProDG)	1
ProDG	Klinkenberg (ProDG)	1
SP	Klinkenberg (ProDG)	1

Begründete Anträge

Nachdem ein Regierungsmitglied eine Stellungnahme zu einer Interpellation, einer mündlichen Frage oder einer Debatte in der Plenarsitzung abgegeben hat, hat jeder Abgeordnete das Recht, darauf in Form eines begründeten Antrags zu reagieren.

Mit einem begründeten Antrag billigt oder missbilligt er die Amtsführung der Regierung oder eines ihrer Mitglieder und formuliert Empfehlungen jeglicher Art an die Adresse der Regierung.

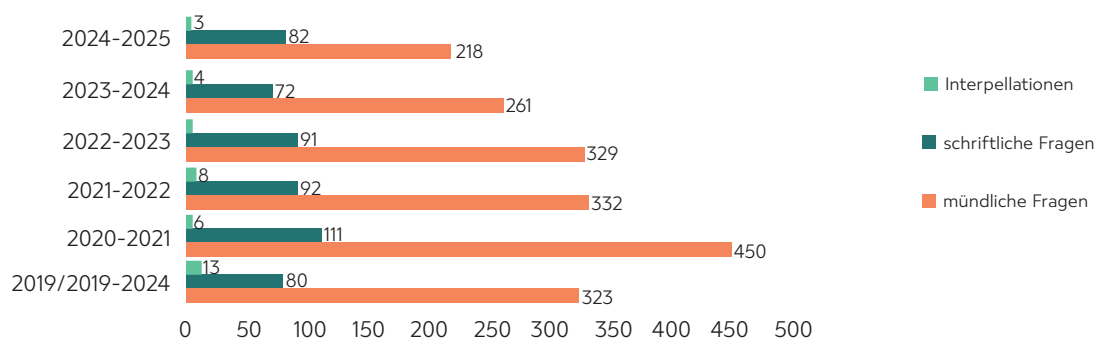
In der Sitzungsperiode 2024-2025 ist ein begründeter Antrag behandelt worden. Gegenstand dieses begründeten Antrags sind die potenziellen finanziellen Auswirkungen der Reform zur Begrenzung des Arbeitslosengeldes auf zwei Jahre auf die Deutschsprachige Gemeinschaft. Der begründete Antrag wurde in der Plenarsitzung vom 23. Juni 2025 von den Fraktionen ProDG, CSP, PFF,

ECOLO und SP hinterlegt und in der Plenarsitzung vom 30. Juni 2025 abgestimmt.

Entwicklung der Kontrollinstrumente

In den letzten Jahren hat sich die Nutzung der Kontrollinstrumente verändert. Ein Vergleich mit der vorherigen Legislaturperiode zeigt insgesamt einen Rückgang ihrer Anwendung. Auffällig ist jedoch, dass in der Sitzungsperiode 2024-2025 im Vergleich zur Sitzungsperiode 2023-2024 ein leichter Anstieg bei der Einreichung schriftlicher Fragen zu verzeichnen war.

ENTWICKLUNG DER KONTROLLINSTRUMENTE IN DER LEGISLATURPERIODE 2024-2025



Sitzungsperiode	mündliche Fragen	schriftliche Fragen	Interpellationen
2019/2019-2020	323	80	13
2020-2021	450	111	6
2021-2022	332	92	8
2022-2023	329	91	4
2023-2024	261	72	4
2024-2025	218	84	3
TOTAL	1913	530	38

Besucher, Gäste und Veranstaltungen

BESUCHERGRUPPEN

Im Verlauf der Sitzungsperiode 2024-2025 empfing das Parlament insgesamt 141 Besuchergruppen, was etwa 3.600 Einzelbesuchern entspricht.

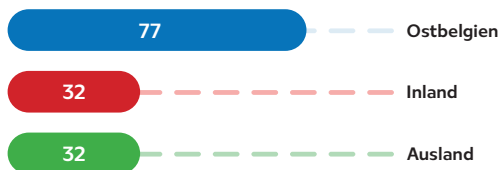
Davon stammten:

- 77 Gruppen aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
- 32 Gruppen aus der Französischen und Flämischen Gemeinschaft,
- 32 Gruppen aus dem Ausland.

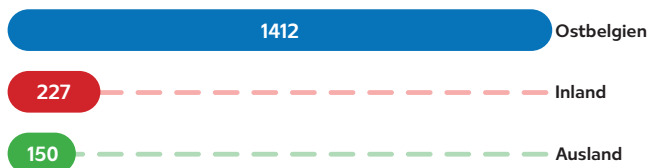
Besonders hervorzuheben ist der Besuch von insgesamt 1.860 Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden und Studenten, die an den Programmen zur politischen Bildung teilnahmen:

- 1.412 aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
- 227 aus der Französischen und Flämischen Gemeinschaft,
- 150 aus dem Ausland.

BESUCHERGRUPPEN



ANZAHL SCHÜLER



GÄSTE

Delegationen

Zu Beginn der Sitzungsperiode besuchte eine Delegation des Berliner Abgeordnetenhauses das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Im Mittelpunkt des Austauschs standen Themen wie die Digitalisierung, die Funktionsweise des Parlaments sowie Programme zur Bürgerpartizipation – darunter der Bürgerdialog und die Angebote der politischen Bildung im Parlament. Außerdem besuchte die Delegation verschiedene Einrichtungen und Betriebe in der Region.



Die Delegation besuchte das Eupener Kabelwerk

Botschafter

Die in Belgien akkreditierten Botschafter der folgenden Länder besuchten in der Sitzungsperiode 2024-2025 die Deutschsprachige Gemeinschaft und trafen u. a. Parlamentspräsidentin Patricia Creutz-Vilvoye:

- **Tamás Iván Kovács**,
Botschafter Ungarns
- **Jakub Skalník**,
Botschafter Tschechiens
- **Xavier Lapeyre de Cabane**,
Botschafter Frankreichs
- **Brechje Schwachöfer**,
Botschafterin der Niederlande



Die Delegation des Berliner Abgeordnetenhauses gemeinsam mit Vertretern des Parlaments



Der französische Botschafter Xavier Lapeyre de Cabane besuchte das Parlament am 11. Februar 2025

Sternsinger

Stellvertretend für alle Sternsingergruppen aus Ostbelgien war am Mittwoch, dem 8. Januar 2025, jeweils eine Delegation aus jeder deutschsprachigen Gemeinde zu Gast im Parlament. Die jungen Königinnen und Könige den traditionellen Segen im Plenarsaal an. Unter dem Motto „Erhebt eure Stimme! Sternsingen für Kinderrechte“ setzten sie ein starkes Zeichen für Solidarität und gesellschaftliches Engagement.



Die Sternsinger zu Besuch im Parlament

VERANSTALTUNGEN

Tag der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Am Freitag, dem 15. November 2025, wurde der Tag der Deutschsprachigen Gemeinschaft in der Hubertushalle in Lontzen feierlich begangen. Ehrengast war Lana Bachour, die im Rahmen des VEMAS-Projekts porträtiert wurde und in einem kurzen Film Einblicke in ihren Alltag gab. Ziel des Projekts „VEMAS – Verhalten Macht Sinn“ und der daraus entstandenen Filmporträts ist es, Menschen, die oftmals stigmatisiert werden, anders sehen zu lernen und mit ihren Charismen und Kompetenzen wertzuschätzen. Musikalisch umrahmt wurde der Festakt vom Königlichen St. Cäcilien Gesangverein Walhorn unter der Leitung von Marie Pack.



Ehrengast Lana Bachour zusammen mit ihrer Betreuerin und der Parlamentspräsidentin



Empfang der Alten Weiber – Karneval 2025

Ende Februar fand erneut der Empfang der Alten Weiber statt. Wie bereits im letzten Jahr haben die Feierlichkeiten im Kolpinghaus in Eupen stattgefunden. Auch in diesem Jahr waren die Jecken in Feierlaune.

Der Empfang der Alten Weiber im Kolpinghaus

Ausstellung RSI zum Thema Heimat – regionale Identität in Europa

Während circa acht Wochen war eine Ausstellung zum Thema „Heimat“ im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu sehen. Die Wanderausstellung zeigte auf neun mobilen Stellwänden, was Jugendliche aus Ostbelgien (Schülerinnen und Schüler des Robert-Schuman-Instituts Eupen), aus dem Rheinland und Südtirol unter dem Begriff „Heimat“ verstehen – von Familie, Sprache und Essen bis hin zu Traditionen, Architektur, Vereinen und beruflichen Perspektiven. Im Rahmen eines Erasmus+-Projekts fand ein Austausch der Schülerinnen und Schüler statt und die Ergebnisse dieses interkulturellen Dialogs wurden in dieser Wanderausstellung festgehalten.



Die Wanderausstellung des RSI

PREISE DES PARLAMENTS

Traditionell lobt das Parlament jährlich zwei Auszeichnungen aus. Sie werden an Mitbürger vergeben, die sich auf die eine oder andere Weise mit ihren Arbeiten in Bezug zur Deutschsprachigen Gemeinschaft hervorgetan haben.

Buchpreis des Parlaments

Wer sich im letzten Primarschuljahr, in den Abschlussklassen des Sekundarunterrichts, im Förderunterricht, bei der Gesellenprüfung oder in den Weiterbildungsklassen durch besonders gute Leistungen im Fach Deutsch auszeichnet, wird mit dem Schülerpreis des Parlaments geehrt. Der Preis ist mit einem Gutschein für Bücher in deutscher Sprache dotiert, der in ostbelgischen Buchhandlungen eingelöst werden kann. Die feierliche Übergabe findet am Ende des Schuljahres im Parlament statt.

Im Namen des Parlaments gratulierten Parlamentspräsidentin Patricia Creutz-Vilvoye, Gemeinschaftssenatorin Liesa Scholzen sowie die

Parlamentarier Patrick Laschet und Etienne Simar den 41 Laureaten und ihren Familien, die am 28. Juni 2025 zahlreich den Weg ins Parlament gefunden hatten. Die 73 Laureaten der Grundschulen hatten ihre Auszeichnungen bereits bei den traditionellen Abschlussfeiern in den Schulen erhalten.

Für heitere Stimmung sorgte der aus dem BRF bekannte Patrick Knops, der im Rahmenprogramm auf unterhaltsame Weise zeigte, welchen praktischen Einfluss die deutsche Sprache auf seinen eigenen Lebensweg hatte.

Preis des Parlaments

Am 30. März 2025 fand die feierliche Verleihung der Preise des Parlaments für das Jahr 2024 statt.

Erstmals war es einer Parlamentspräsidentin vorbehalten, die Preisträger, Laudatoren, Abgeordneten und Gäste der Veranstaltung zu diesem besonderen Anlass willkommen zu heißen. In ihrer Ansprache erinnerte sie an die Zielsetzung des Preises und die Herausforderungen für die Zukunft.

Zu Beginn der Veranstaltung warf Parlamentsarchivar Wilfried Jousten einen Blick zurück auf die 50-jährige Geschichte des Preises und wagte zugleich einen Ausblick auf die kommenden Jahre.

Ausgezeichnet wurden:

- im Bereich Wirtschaft: Herr Joseph Spoden, für sein Werk *Silvio Gesell und ... gesell dich dazu!* (Eigenverlag, 2021). Die Laudatio hielt Dr. Dirk Ehnts, Vorstandssprecher der Puffendorf-Gesellschaft für politische Ökonomie in Berlin.

- im Bereich Literatur: Herr Marcel Bauer für sein Buch *Schattenkinder – eine Kindheit im Krieg* (Rhein-Mosel-Verlag, 2020). Die Laudatio übernahm Prof. Dr. Hubert Roland von der UCLouvain.

Beide Werke befand die Jury als auszeichnungswürdig. Der Preis ist zudem mit einem Preisgeld in Höhe von je 2.000 Euro dotiert. Musikalisch untermalt wurde der Festakt durch die Interventionen von Stefan Pitz am Klavier.



Die diesjährige Buchpreisverleihung fand am 28. Juni statt.



Joseph Spoden



Marcel Bauer

Ordensverleihung

Im Anschluss an die Plenarsitzung vom 24. März 2025 fand die Verleihung der nationalen Orden für die Legislaturperiode 2019-2024 statt. Folgende (u.a. ehemalige) Abgeordnete wurden ausgezeichnet:

Patricia Creutz-Vilvoye: Offizier des Leopoldordens

Evelyn Jadin: Ritter des Leopoldordens

Robert Nelles: Ritter des Leopoldordens

Liesa Scholzen: Ritter des Leopoldordens

Charles Servaty: Kommandeur des Leopoldordens

Lydia Klinkenberg: Kommandeur des Leopoldordens



Die Ordensträger der Legislaturperiode 2019-2024

Rhetorika

Bereits seit einigen Jahren unterstützt das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Rednerwettbewerb Rhetorika als Sponsor und bietet den Teilnehmenden die Möglichkeit, ihre Generalprobe im Foyer des Parlaments abzuhalten. Das ermöglicht den jungen Rednerinnen und Rednern, sich in einer authentischen Rednersituation zu erproben. Organisiert wird Rhetorika von Ocarina Ostbelgien.

Parlamentspräsidentin Patricia Creutz-Vilvoye, Andreas Jerusalem, Fabienne Colling und Björn Klinkenberg waren beim diesjährigen Rhetorika-Finale am 15. März in der Eastbelgica Eventlocation Eupen dabei.



Die Blutspendeaktion im Business-Bereich der KAS Eupen (© BRF)

Blutspendeaktion

Im Frühjahr 2025 organisierten der BRF, die KAS Eupen und das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft bereits zum dritten Mal gemeinsam eine Blutspendeaktion, um das Rote Kreuz zu unterstützen. In diesem Jahr fand die Aktion im Business-Bereich der KAS Eupen statt. Im kommenden Jahr wird das Parlament Gastgeber der Blutspendeaktion sein, die am 23. April 2026 stattfinden wird.

Tirolerempfang 2025

Am 1. August 2025 statteten die Gäste des Eupener Tirolerfestes dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft ihren traditionellen Besuch ab. In diesem Jahr war die Region Seiser Alm in den Dolomiten (Südtirol, Italien) Partner des Eupener Tirolerfestes.

Erstmals fand der Empfang der Gäste bereits zu Beginn des Festwochenendes am Freitagabend statt, bei bester Stimmung und musikalischer Begleitung durch die Musikkapelle Völs am Schlern. Highlight war der Auftritt der Alpler Plattlergitschen, einer Schuhplattlergruppe die ausschließlich aus Frauen besteht.



Der Tirolerempfang im Parlament



Der Tirolerempfang im Parlament

POLITISCHE BILDUNG IM PARLAMENT: INTERAKTIV, NACHHALTIG UND ALTERSGERECHT

Bereits seit mehreren Jahren bietet der Besucherdienst des Parlaments ein umfangreiches Bildungsangebot an. Das zentrale Anliegen ist, politische Bildung interaktiv zu vermitteln.

Außerdem verfolgen die Programme folgende Ziele:

- Interesse an demokratischen Prozessen wecken,
- Eigeninitiative fördern,
- zukünftige Wähler sensibilisieren,
- durch Information Vorurteile abbauen,
- Raum für Meinungsbildung und Argumentation schaffen.

Die Workshops finden immer im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft statt, was es den

Teilnehmenden ermöglicht, nicht nur die Inhalte, sondern auch die Räumlichkeiten, die Funktionsweise und die Aufgaben des Parlaments kennenzulernen.

Die Module sind aufeinander aufbauend konzipiert und richten sich sowohl an Grund- als auch an Sekundarschulen. Dadurch sind auch mehrere, sich ergänzende Besuche möglich. Je nach Modulwahl variiert die Aufenthaltsdauer zwischen zwei und sieben Stunden pro Gruppe.

PROGRAMME FÜR GRUNDSCHÜLER: POLITIK SPIELERISCH ERLEBEN

Für die Unterstufe der Grundschulen wird häufig das zweistündige Modul „Im Dschungel wird gewählt“ gebucht, um die Grundlagen der Demokratie kindgerecht und ansprechend zu vermitteln.

Die Klassen der Mittel- und Oberstufe der Grundschulen entscheiden sich meist für ein halbtägiges Besuchsprogramm, das die Kombination mehrerer Module erlaubt

und es ermöglicht, intensiver auf die zu vermittelnden Inhalte einzugehen. Besonders beliebt ist die Kombination aus den folgenden Modulen: „Entdeckungsreise durch Ostbelgien“, einer inhaltsreichen und dennoch kindgerechten Vorstellung der Themen, die durch eine altersgerechte Rallye abgerundet wird, und dem Rollenspiel „Eine neue Straße für Felddorf“. Bei letzterem schlüpfen die Kinder selbst in die Rolle von Politikerinnen und Politikern. Sie erarbeiten Lösungsansätze für eine überlastete Hauptstraße, entwickeln Argumente und vertreten ihre Positionen vor der Gruppe. Die Schüler erfahren so aus erster Hand, wie politische Prozesse ablaufen und wie Kompromisse gefunden werden können – sei es durch den Bau einer Umgehungsstraße, einer Brücke oder durch andere kreative Vorschläge. Dieses Planspiel veranschaulicht konkret die Funktionsweise parlamentarischer Entscheidungsfindung und vermittelt gleichzeitig wichtige Inhalte wie die Rolle und

Aufgaben eines Parlaments, die Notwendigkeit demokratischer Strukturen und das Prinzip der Mehrheitsentscheidung.

POLITISCHE BILDUNG FÜR JUGENDLICHE DER SEKUNDARSTUFE

Auch für Schüler ab der Sekundarstufe bestehen die Parlamentsbesuche aus mehreren Modulen, die teilweise sogar als ganztägige Angebote umfassen.

Besonders häufig gebucht wird das Modul „Demokratie in der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Was geht mich das an?“, das anhand eines Animationsfilms zentrale demokratische Strukturen, Begriffe und Abläufe erklärt. Die Jugendlichen setzen sich aktiv mit Fragen auseinander wie: Was genau macht das Parlament? Welche Aufgaben hat es im Vergleich zur Regierung? Wie kann man sich als Bürgerin oder Bürger einbringen? Und welchen Wert hat es überhaupt, wählen zu gehen? Je nach Alter und Vorkenntnissen der Gruppe wird das Programm individuell vertieft und angepasst.

Ergänzt wird dieses Basismodul häufig durch „Democracy“, ein Rollenspiel, bei dem die Teilnehmenden wie echte Abgeordnete argumentieren, ihre Meinungen vertreten, auf andere Standpunkte reagieren und schließlich Entscheidungen treffen müssen – alles innerhalb eines demokratischen Rahmens, der Meinungsvielfalt fördert und fordert.

Ein weiteres oft gewähltes Modul ist die „Demokratiefabrik“, eine interaktive Ausstellung, die sich mit kontroversen und alltagsnahen Themen befasst. In kleinen Gruppen setzen sich die Jugendlichen mit provokativen Fragestellungen auseinander, diskutieren über gesellschaftliche Vorurteile und hinterfragen eingefahrene Denkmuster. Ziel ist es, nicht nur Wissen zu vermitteln, sondern das kritische Denken zu fördern, die Jugendlichen mit demokratischen Werten und unterschiedlichen Meinungen zu konfrontieren und auch eine selbstverständliche Reflexion im Alltag anzuregen.

Neben zahlreichen Schülern besuchten auch Studierende und Auszubildende das Parlament – etwa angehende Kindergärtner, Grundschullehrer oder andere pädagogische Fachkräfte. Dieser Austausch ist besonders wertvoll, da politische Bildung zunehmend in den schulischen Alltag eingebunden wird. Die angehenden Lehrkräfte erhalten so praktische Einblicke in verschiedene didaktische Formate, erleben diese selbst und lernen Angebote kennen, die sie künftig in den eigenen Unterricht integrieren können.

Darüber hinaus waren auch Einrichtungen der Erwachsenenbildung – aus dem In- und Ausland – zu Gast im Parlament, was die Vielfalt und Reichweite des Bildungsangebots zusätzlich unterstreicht.

Nicht zuletzt war der Besucherdienst auch in diesem Jahr wieder Partner verschiedener Schulen bei der Durchführung von Projektwochen. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit wurden gezielt Inhalte rund um Demokratie, Politik und gesellschaftliche Teilhabe vermittelt.

Neben den zahlreichen Gruppen, die das Parlament besuchten, wurden im Rahmen der politischen Bildung außerdem verschiedene Aktivitäten organisiert.

DIALOGKLASSEN

Bei den Dialogklassen handelt es sich um einen Schüleraustausch, der gemeinsam vom Rat der Flämischen Gemeinschaftskommission und vom Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert und durchgeführt wird.

Das jährlich stattfindende Projekt fand in diesem Schuljahr 2024-2025 im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Eupen statt: eine Schulklasse des Athenäums Karel Buls Laken und eine Schulklasse des Bischöflichen Instituts St. Vith haben sich zu einem zweitägigen Austausch getroffen.

Im kommenden Jahr finden die Dialogklassen wieder in Brüssel statt.



Die Schüler der diesjährigen Dialogklassen

ZUG DER DEMOKRATIE

„Ostbelgien aus Kindersicht: unsere Vorschläge für die Zukunft“ – dieses Thema beschäftigte etwa 80 Schüler der vierten Schuljahre der Städtischen Grundschule Kettenis und des Königlichen Athenäums Eupen im März 2025.

In einer intensiven Vorarbeit in der Schule hatten sich die Viertklässler viele Gedanken gemacht, die sie bei ihrem Besuch im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit den anwesenden Politikern besprechen wollten. Zum einen wurde festgehalten, was die Schüler selbst zum Thema tun können, und zum anderen, bei welchen Punkten die Politik gefragt ist. Die Politiker konnten bei dieser Gelegenheit die Belange der Schüler hören und darauf reagieren. Das Format in Zusammenarbeit mit dem Institut für Demokratiepädagogik wurde bereits zum vierten Mal mit viel Interesse sowohl seitens der Schüler als auch seitens der Abgeordneten aufgenommen.



Der Zug der Demokratie

UNTERSTÜTZUNG DER ARBEIT DER SCHÜLERRÄTE

Im Schuljahr 2023-2024 wurde in Zusammenarbeit mit der Fachberatung für politisch demokratische Bildung an der Autonomen Hochschule Ostbelgien und Vertretern der Sekundarschulen der Deutschsprachigen Gemeinschaft gemeinsam ein Konzept zur Unterstützung der Arbeit der Schülerräte an Sekundarschulen erarbeitet. Im Schuljahr 2024-2025 wurde dieses Konzept umgesetzt. Die Arbeitsunterlagen und Kopiervorlagen stehen den Schulen ab August 2025 zur Verfügung.

Das Konzept basiert auf vier Angeboten:

- Arbeitsunterlagen zur praktischen Umsetzung der Arbeit mit den Schülerräten
- Schulung der Middle Manager oder auch die Koordinatoren und Begleitlehrer der Schülerräte durch die Fachberatung politisch demokratische Bildung an der Autonomen Hochschule
- Begleitete Startveranstaltung und Basisaustausch der jeweiligen Schülerräte
- Austausch der Schülerratsvertreter aller Sekundarschulen der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit den für das Unterrichtswesen zuständigen Ausschussmitgliedern



Einblick in die Veranstaltungen *Wie geht denn Belgien?* Eupen



Einblick in die Veranstaltungen *Wie geht denn Belgien?* Sankt Vith

WIE GEHT DENN POLITIK?

Die Arbeitsgruppe *Wie geht denn Politik?*, bestehend aus Vertretern des Rat der deutschsprachigen Jugend (RDJ), Jugendinfo, Ocarina, dem Institut für Demokratiepädagogik (IDP), Europe Direct und dem Besucherdienst des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft, hat sich zum Ziel gesetzt, den Austausch zwischen politischen Entscheidungsträgern und Jugendlichen zu fördern und Politik verständlich zu machen.

In diesem Schuljahr stand das Thema *Wie geht denn Belgien?* im Fokus. Vertreter der verschiedenen politischen Ebenen (Gemeinde, Gemeinschaft, Region, Provinz sowie die föderale und europäische Ebene) waren am 27. März 2025 im Kolpinghaus in Eupen und am 1. April 2025 im Triangel in St. Vith zu Gast, um den insgesamt circa 250 Schülerinnen und Schülern Rede und Antwort zu stehen. Die Arbeitsgruppe *Wie geht denn Politik?* hatte zur Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler eine Broschüre zum Thema erarbeitet, in der alle Ebenen vorgestellt wurden.



Parlament international und interregional

Die Gestaltung der auswärtigen Beziehungen des Parlaments basiert auf einer am 19. November 2012 verabschiedeten Grundsatzklärung. Sie wurde vom zuständigen Ausschuss in einem Konzept zur Entwicklung der Außenbeziehungen am 2. Mai 2022 aktualisiert und konkretisiert (Parlamentsdokument 205 (2021-2022) Nr. 1).

Das Parlament misst den Außenbeziehungen eine grundlegende Bedeutung zu. Vielfältige Kontakte und Vernetzungen sollen die Position der Deutschsprachigen Gemeinschaft festigen, die Arbeit des Parlaments optimieren und neue Ideen entstehen lassen.

Die Außenbeziehungen des Parlaments lassen sich in folgende Tätigkeitsfelder aufgliedern:

1. die gesetzgeberische Tätigkeit;
2. die Subsidiaritätskontrolle;
3. die Vertretung des Parlaments in Gremien;
4. die Vernetzung des Parlaments;
5. die Begleitung der Außenbeziehungen der Regierung.

GESETZGEBERISCHE TÄTIGKEIT

Die gesetzgeberische Tätigkeit des Parlaments im Bereich der Außenbeziehungen beinhaltet die Bearbeitung und Verabschiedung von Zustimmungsdokumenten zu innerbel-

gischen und internationalen Abkommen sowie von Dekreten zur Umsetzung von EU-Recht.

Zur Sicherung der Qualität der Gesetzgebungsarbeit ist eine enge Kooperation mit der Regierung unerlässlich. Entwürfe von Zustimmungsdokumenten sollten mit dem notwendigen zeitlichen Vorlauf eingereicht werden, damit die Ausschüsse Gelegenheit haben, die betroffenen Abkommen auch inhaltlich zu besprechen – dies, insofern sie nicht aufgrund ihrer geringen inhaltlichen Bedeutung für die Deutschsprachige Gemeinschaft direkt im Plenum behandelt werden können.

Die Liste der in der Sitzungsperiode 2024-2025 verabschiedeten Zustimmung- und Billigungsdekrete ist im Kapitel „Arbeit im Plenum“ aufgeführt.

SUBSIDIARITÄTSKONTROLLE

Dem Subsidiaritätsprinzip zufolge darf die Europäische Union (EU) nur dann tätig werden, wenn die gesteckten Ziele einer Maßnahme auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene nicht ausreichend erreicht werden können und daher eine europäische Regelung wirksamer ist. Darüber hinaus dürfen die von der EU ergriffenen Maßnahmen nicht über das zur Erreichung des Ziels erforderliche Maß hinausgehen (Ver-

hältnismäßigkeitsgrundsatz). Durch die Einführung dieser beiden Prinzipien in die Europäischen Verträge soll die Ausübung der Befugnisse so bürgernah wie möglich erfolgen.

Aufgrund der Zuständigkeitsverteilung im föderalen Belgien haben die nationalen und teilstaatlichen belgischen Parlamente am 29. März 2017 eine koordinierte Vorgehensweise zur Subsidiaritätskontrolle beschlossen.⁹

In der Praxis ist das komplexe Verfahren der Subsidiaritätskontrolle allerdings nur relativ schwer umzusetzen und diese Feststellung trifft nicht nur für Belgien zu. Viele Parlamente in der Europäischen Union sind dazu übergegangen, eher im Wege des wesentlich flexibler handhabbaren politischen Dialogs zu agieren. Auch das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft kann seine Position mit Bezug zu EU-Gesetzgebungsinitiativen zu Gehör bringen, indem es Resolutionen über den Kanal des politischen Dialogs an die EU-Institutionen übermittelt oder den direkten Austausch mit der EU-Ebene beispielsweise im Rahmen von Interparlamentarischen Konferenzen sucht (siehe den Abschnitt Vernetzung des Parlaments). Zur Filterung von Informationen und zur Abstimmung von Positionen arbeitet die Parlamentsverwaltung eng mit der EU-Koordinierungsstelle des Senats, aber auch den EU-Referaten anderer teilstaatlicher Parlamente in Belgien und dem deutsch-

⁹ Zusammenarbeitsabkommen vom 29. März 2017 zwischen dem Föderalstaat, den Regionen, den Gemeinschaften, der Französischen Gemeinschaftskommission und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission über die Ausübung der Zuständigkeiten, die laut Vertrag der Europäischen Union, laut Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union und der dazugehörigen Protokolle den nationalen Parlamenten zugewiesen sind.

sprachigen Ausland sowie mit dem in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewählten Mitglied des Europäischen Parlaments zusammen.

VERTRETUNG DES PARLAMENTS IN GREMIEN

Das Parlament entsendet Abgeordnete in verschiedene Gremien auf belgischer und europäischer Ebene:

- Konferenz der belgischen Parlamentspräsidenten,
- Interparlamentarischer Klimadialog,
- Konferenz der Europäischen Regionalen Gesetzgebenden Versammlungen,
- Interregionaler Parlamentarierrat der Großregion,
- Benelux-Parlament,
- Euregio Maas-Rhein,
- Deutsch-österreichische Konferenz der Landtagspräsidenten,
- Konferenz der Parlamentspräsidenten der deutschsprachigen Länder.

Über die direkte Mandatierung hinaus gehen Abgeordnete Tätigkeiten in weiteren Gremien nach, zumeist im Auftrag der Regierung. Zurzeit sind dies:

- Ausschuss der Regionen der Europäischen Union,
- Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarats.

Über ihre Aktivitäten berichten die mandatierten Abgeordneten vor allem dem für allgemeine Politik und Zusammenarbeit zuständigen Ausschuss I des Parlaments. Auch in der wöchentlichen Publikation Aktuelles aus den Institutionen auf der Webseite des Parlaments wird stichwortartig zu den Tätigkeiten informiert.

AUF BELGISCHER EBENE

Die Konferenz der belgischen Parlamentspräsidenten

Die Konferenz der Präsidenten der parlamentarischen Versammlungen Belgiens setzt sich zusammen aus den Vorsitzenden der Abgeordnetenkammer, des Senats, des Flämischen Parlaments, des Parlaments der Französischen Gemeinschaft, des Wallonischen Parlaments, des Parlaments der Region Brüssel-Hauptstadt, des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Versammlung der Französischen Gemeinschaftskommission und der Versammlung der Flämischen Gemeinschaftskommission.

Die Konferenz trifft sich mindestens jährlich, um über Fragen der parlamentarischen Arbeit auszutauschen und gegebenenfalls eine Zusammenarbeit der parlamentarischen Gremien zu vereinbaren. Themen sind die Statute der Parlamentarier, die Arbeitsweise in den Parlamenten, die Statute des Verwaltungspersonals, die Vor- und Nachbereitung von Wahlen, die Subsidiaritätskontrolle usw.

Der Vorsitz der Konferenz wechselt jede Sitzungsperiode. In der Sitzungsperiode 2024-2025 hatte der Präsident der Abgeordnetenkammer den Vorsitz inne.

In der Sitzung der Konferenz vom 25. März 2025 berieten die Parlamentsvorsitzenden über diverse Fragen zum Statut der Abgeordneten und des parlamentarischen Personals sowie zur Arbeitsweise und Zusammenarbeit der Parlamente. Die PDG-Präsidentin brachte u. a. die Resolution der belgischen Mediatoren zur Einführung eines Rechts der Bürger auf Fehler in den Beziehungen zu den Behörden zur

Sprache. Verschiedene Arbeitsgruppen befassten sich mit Themen wie Bürgerbeteiligung, Sparmaßnahmen der Parlamente und Fraktionsfinanzierung. Auch die Pensionsregelung von Abgeordneten blieb aufgrund mehrerer dagegen eingereichter Klagen ehemaliger Parlamentarier ein aktuelles Thema.

Interparlamentarischer Klimadialog

2017 wurde der Interparlamentarische Klimadialog als Plattform für den Austausch zwischen den für Klimafragen zuständigen Parlamenten Belgiens ins Leben gerufen. Es werden hier aktuelle Informationen zur Klimapolitik der einzelnen staatlichen Ebenen Belgiens, aber auch der europäischen und internationalen Institutionen diskutiert. Dies mündete in der Vergangenheit teils in gemeinsame Erklärungen im Vorfeld der Internationalen UN-Klimakonferenzen (COP), die gleichlautend in allen beteiligten Parlamenten verabschiedet wurden und den belgischen Regierungsvertretern für die COP interparlamentarisch gemeinsam getragene Positionierungen mit auf den Weg gaben.

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft, in der Regel vertreten durch seinen Präsidenten bzw. seine Präsidentin, nimmt im Rahmen der Zuständigkeit für die Energiepolitik am Interparlamentarischen Klimadialog teil. Im Jahr 2024 führte es den Vorsitz des Dialogs und organisierte am 25. Oktober 2024 einen Meinungsaustausch zur COP 29 mit dem Leiter der Abteilung Klimawandel des FÖD Volksgesundheit, Sicherheit der Nahrungsmittelkette und Umwelt sowie der Direktorin Strategie, Analyse und Planung bei der Generaldirektion Klimapolitik der EU-Kommission. 2025 hat die Abgeordnetenkammer den Vorsitz des Interparlamentarischen Klimadialogs turnusgemäß übernommen.



Sitzung des Interparlamentarischen Klimadialogs am 25. Oktober 2024

Auf interregionaler und europäischer Ebene

Konferenz der Europäischen Regionalen Gesetzgebenden Versammlungen¹⁰



Die Konferenz der Europäischen Regionalen Gesetzgebenden Versammlungen, CALRE, vereint aktuell 53 Regionalparlamente in Europa. Teilnehmen können alle Gemeinschafts- und Regionalparlamente Belgiens, alle österreichischen und deutschen Landtage, die Parlamente der Autonomen Gemeinschaften Spaniens und Portugals, die Italienischen Regionalräte sowie das Parlament der autonomen Ålandinseln (Finnland). Sie werden durch ihre Präsidenten vertreten. Seit der Gründungserklärung von Oviedo im Jahr 1997 besteht die

Aufgabe der CALRE darin, die Verbindungen zwischen den regionalen Parlamenten mit Gesetzgebungsbefugnis zu stärken, die Werte und Prinzipien der regionalen Demokratie zu verteidigen und die Grundsätze von Demokratie und Mitbestimmung im Rahmen der Europäischen Union zu vertiefen. Das bedeutet auch, dass die CALRE gegenüber der EU als Vertreterin der spezifischen Interessen der Regionalparlamente mit Gesetzgebungsbefugnis auftritt.

Die Mitglieder der CALRE versammeln sich in der Regel einmal im Jahr im Plenum. Der Ständige Ausschuss – zusammengesetzt aus dem bzw. aktuell der CALRE-Vorsitzenden, den Vize-Vorsitzenden, den Vorsitzenden der verschiedenen Arbeitsgruppen der CALRE sowie einem Vertreter pro Mitgliedsland – erörtert Verwaltungsfragen und bereitet die Plenarversammlung vor.

Der inhaltliche Austausch, verbunden mit der Vorbereitung von Stellungnahmen, findet in verschiedenen Arbeitsgruppen statt. Sie werden je nach Aktualität und Interessen der CALRE-Mitglieder zu spezifischen Themen vom Plenum

eingesetzt. Als Beispiele seien hier die Arbeitsgruppen zur Migrationspolitik, zu Nachhaltigkeit und Wasser sowie zur Ungleichheit bei der Gesundheitsversorgung und Europäischen Gesundheitssystemen genannt.

Der Vorsitz der CALRE wird jeweils für ein Jahr von einem Präsidenten eines der Mitgliedsparlamente geführt. 2024 hatte der Präsident des Parlaments der Autonomen Region Madeira die Präsidentschaft inne, die aber aufgrund politischer Krisen auf der Insel weitgehend ruhte. Im Januar 2025 übernahm die Präsidentin des Parlaments der Kanarischen Inseln den Vorsitz. Unter ihrer Ägide fanden bereits mehrere außerordentliche Sitzungen statt, die sich vor allem mit dem kommenden Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der Europäischen Union beschäftigten. Am 2. Juli 2025 verabschiedete die Plenarversammlung hierzu eine Erklärung, die jedoch aufgrund ihres für manche Mitglieder zu detailliert erscheinenden Inhalts und vor dem Hintergrund der bevorstehenden Vorlage eines Vorschlags der EU-Kommission zum MFR nicht von allen Mitgliedern getragen wurde –

¹⁰ <https://www.calrenet.eu/>



Sitzung der CALRE am 15. Mai 2025 in Brüssel.

u. a. enthielt sich das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft der Stimme. In derselben Sitzung übernahm der Landtag Bayern den Vorsitz der Arbeitsgruppe zur Reform der CALRE. Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft, vertreten durch seine Präsidentin, wird dieser Arbeitsgruppe nun auch beitreten, mit dem Ziel, die Ausrichtung der Aktivitäten und interne Abläufe der CALRE effizienter zu gestalten.

Interregionaler Parlamentarierrat der Großregion¹¹



Der Interregionale Parlamentarierrat der Großregion, IPR, wurde am 16. Februar 1986 von den Präsidenten parlamentarischer Versammlungen in der Großregion gegründet. Ziel war und ist es, mit der institutionalisierten parlamentarischen Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Regionen die ökonomische, soziale sowie kulturelle Rolle der Große-

region und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den Zuständigkeitsbereichen der einzelnen Regionen zu fördern. Zudem begleitet der IPR die Aktivitäten des Zusammenschlusses der Regierungen der Großregion – des sogenannten Gipfels – und kann Empfehlungen sowie seit 2002 auch Interregionale Anfragen an die Exekutiven richten.

Mitglieder des IPR sind Abgeordnete der Parlamente bzw. der Räte der französischen Region Grand Est, Luxemburgs, der deutschen Bundesländer Rheinland-Pfalz und Saarland sowie der Wallonischen Region, der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens. Letztere wird derzeit im IPR von der Parlamentspräsidentin Patricia Creutz-Vilvoye und der Gemeinschaftssenatorin Liesa Scholzen vertreten. Stellvertretende Mitglieder sind die Abgeordneten Stephanie Pauels und Ewald Gangolf.

Die Mitglieder des IPR kommen in der Regel zweimal jährlich zu Plenarsitzungen zusammen, um über Themen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu beraten. Hier-

bei werden auch die Empfehlungen, die von den Fachkommissionen des IPR ausgearbeitet werden, zur Abstimmung vorgelegt. Die angenommenen Empfehlungen werden an die einzelnen Regierungen in der Großregion weitergeleitet, die zur Umsetzung bzw. zur diesbezüglichen Stellungnahme aufgefordert werden. Im Ständigen Ausschuss des IPR werden die Tagesordnungen der Plenarsitzung vorbereitet und Verwaltungsfragen erörtert. Für das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft nimmt die Parlamentspräsidentin an den Arbeiten des Ständigen Ausschusses teil.

Die Themen des IPR werden in Fachkommissionen besprochen. In einigen dieser Kommissionen ist auch das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft vertreten:

- Kommission 1: Wirtschaftliche Fragen – Patricia Creutz-Vilvoye (Stellvertreterin: Stephanie Pauels)
- Kommission 2: Soziale Fragen – Patricia Creutz-Vilvoye (Stellvertreterin: Stephanie Pauels)
- Kommission 3: Verkehr und Kommunikation
- Kommission 4: Umwelt und Landwirtschaft

¹¹ <https://cpi-ipr.eu/>



Treffen der IPR-Wirtschaftskommission am Flughafen Liège Bierset am 16. Mai 2025



Übernahme der IPR-Präsidentschaft am 29. November 2024 © Anke Kristina Schäfe

- Kommission 5: Schulwesen, Ausbildung, Forschung und Kultur – Liesa Scholzen (Stellvertreter: Ewald Gangolf)
- Kommission 6: Innere Sicherheit, Katastrophenschutz und Rettungsdienste – Liesa Scholzen (Stellvertreter: Ewald Gangolf)

Die Plenartagung am 29. November 2024 in Mainz stand vor allem im Zeichen der Bilanz der zweijährigen IPR-Präsidentschaft des Landtags Rheinland-Pfalz. Sie hatte die Erinnerungs- und Gedenkkultur über Grenzen hinweg in den Mittelpunkt ihrer Arbeiten gestellt. Ein konkretes Ergebnis ist der „Memorator“, eine digitale Netzkarte von Erinnerungsorten in der Großregion, an der auch das ostbelgische Institut für Demokratiepädagogik mitgewirkt hat.

Gleichzeitig fand die Staffelübergabe der IPR-Präsidentschaft an die belgischen Mitglieder statt. 2025 und 2026 lenken die Parlamente der Wallonie, der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft gemeinsam die Geschicke des IPR. Ihre Präsidentschaft wollen sie zum Abbau von Hemmnissen an den Grenzen der Großregion für Unternehmen und Bürger nutzen. Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft will den Fokus auf die praktischen Fragen der Menschen im grenzüberschreitenden Kontext legen – als Arbeitnehmer, Unternehmer oder Auszubildende. Hierfür ist das Parlament auch durch seine enge Vernetzung mit weiteren Akteuren und Institutionen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, wie der Benelux und der Euregio Maas-Rhein, gut aufgestellt.

Beim ersten Plenum der belgischen Präsidentschaft am 20. Juni 2025 in Namur begrüßte die Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Katarina Barley, die Mitglieder des IPR. Sie sprach sich u. a. dafür aus, dass die Kohäsionspolitik weiterhin im regionalen Rahmen verankert bleiben und der Mehrjährige Finanzrahmen

nach 2027 langfristige Planungssicherheit schaffen muss.

Die Präsidentin des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft informierte bei der Sitzung über die Initiativen des Benelux-Parlaments zur gegenseitigen Anerkennung von Diplomen. Ewald Gangolf wurde als neues Mitglied in den Medienrat der Landesmedienanstalt Saarland benannt.

Neben einem Austausch über die Arbeiten in den einzelnen Kommissionen des IPR legten diese auch Empfehlungen als Ergebnisse ihrer Beratungen vor. Folgende Empfehlungen wurden einstimmig vom Plenum am 20. Juni verabschiedet:

- Kinder- und Jugendschutz in der Großregion,
 - Die Rolle und der Schutz von städtischen und stadtnahen Grünflächen in der Großregion,
 - Perspektiven für eine gemeinsame Gedenkarbeit mit Menschen mit Migrationsgeschichte in der Großregion,
 - Perspektiven für eine europäische Öffentlichkeit: Stärkung der grenzüberschreitenden Medienpolitik.
- Vorerst keine Einigkeit konnte über den vom Parlament der Wallonie koordinierten Empfehlungsentwurf mehrerer IPR-Kommissionen zu den

Binnengrenzkontrollen erzielt werden. In ihren Statements betonten die Präsidenten der Regionalparlamente der Großregion zwar alle die Bedeutung der Freizügigkeit für die Großregion – auch und gerade vor dem Hintergrund des gerade begangenen 40-jährigen Schengen-Jubiläums. Über einzelne Positionierungen zu temporären Binnengrenzkontrollen muss sich angesichts aktueller Entwicklungen – auch in Belgien – aber noch weiter verständigt werden, um zu einer von allen IPR-Partnern getragenen Botschaft zu kommen.

BeNeLux-Parlament¹²



Das Benelux-Parlament ist neben dem Ministerrat, dem Rat der hohen Beamten, dem Generalsekretariat und dem Gerichtshof eines der fünf Gremien der Benelux-Union. Als beratendes Organ wirkt das Benelux-Parlament informierend, beratend und stimulierend auf den entscheidungsbefugten Ministerrat ein.



Die Parlamentspräsidentin bei einer BENELUX-Plenarsitzung

¹² <https://www.beneluxparl.eu/fr/>

Dazu kann es Stellungnahmen oder Empfehlungen zu folgenden Themenbereichen an die Regierungen der Mitgliedsländer richten:

- die Verwirklichung und die Arbeitsweise der Wirtschaftsunion zwischen den drei Staaten,
- die kulturelle Annäherung zwischen den drei Staaten,
- die Zusammenarbeit der drei Staaten in Bezug auf die Außenpolitik,
- die Vereinheitlichung des Rechts in den drei Staaten,
- (mit der Zustimmung der Regierungen) jede andere Frage von gemeinsamem Interesse.

Viele der Errungenschaften der Benelux-Zusammenarbeit sind auf Initiative des Benelux-Parlaments oder in Zusammenarbeit mit dem Parlament entstanden.

Das Plenum des Benelux-Parlaments tagt in der Regel einmal pro Trimester. Während ihrer zweiwöchentlichen bis monatlichen Treffen arbeiten die Ausschüsse an Themen und Fragen, die für die Mitgliedsländer von Bedeutung im Zusammenhang mit grenzüberschreitender Zusammenarbeit sind. Aufgrund der innerbelgischen Zuständigkeitsverteilung sind nicht nur die nationale Ebene, sondern auch die teilstaatlichen Parlamente im Benelux-Parlament vertreten.

Vertreterin des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist Patricia Creutz-Vilvoye. In der laufenden Mandatsperiode leitet sie die belgische Delegation im Benelux-Parlament. Zudem ist sie Berichterstatterin über die Arbeiten des Benelux-Parlaments zur gegenseitigen Anerkennung von Diplomen. In diesem Rahmen kooperieren nicht nur die Benelux-Staaten untereinander, sondern es wurden auch mit den baltischen Staaten Abkommen zur gegenseitigen Anerkennung von Hochschuldiplomen geschlossen. Weitere Abkommen mit Polen, Ös-

terreich und Irland sind in der Diskussion. In einem zweiten Schritt will das Benelux-Parlament dieses sehr technische Thema auch auf anderen Ebenen beruflicher Qualifikationen voranbringen, wie dies am Beispiel von Bi-Diplomierungen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft durch Abkommen mit den Industrie- und Handelskammern bzw. Handwerkskammern aus dem umliegenden Grenzland aktuell schon geschieht. Wichtig ist hier auch ein Engagement seitens der Regierungen. Eine entsprechende Empfehlung wurde vom Benelux-Parlament in seiner Plenartagung vom 21.-22. März 2025 einstimmig verabschiedet.

In derselben Plenartagung nahmen die Parlamentarier auch eine Empfehlung zur grenzüberschreitenden Telearbeit an und diskutierten mit Experten über die ethischen Aspekte der Künstlichen Intelligenz in unseren demokratischen Systemen.

Das Plenum vom 13.-14. Juni 2025 stand ganz im Zeichen des 40-jährigen Jubiläums des Schengener Abkommens. In den verschiedenen Beiträgen wurde einerseits die Bedeutung dieses Abkommens für die Freizügigkeit in Europa, andererseits seine Bedrohung durch aktuelle Entwicklungen bei den Binnengrenzkontrollen unterstrichen. In diesem Zusammenhang sah man den Benelux-Vertrag zur polizeilichen Zusammenarbeit als ein wichtiges Instrument zur Stärkung und Konkretisierung des Schengener Abkommens.

Euregio Maas-Rhein¹³



Die Euregio Maas-Rhein, EMR, wurde im Jahr 1976 als Arbeitsgemeinschaft

gegründet und ist einer der ältesten grenzüberschreitenden Kooperationsverbände. Im Jahr 1991 erhielt die Arbeitsgemeinschaft die Rechtsform einer Stichting nach niederländischem Recht. Seit dem 4. April 2019 ist die EMR ein EVTZ (Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit). Dank dieser europäischen Gesellschaftsform fußt die grenzüberschreitende Organisation der Arbeit auf einem gesicherten rechtlichen Fundament.

Hauptaufgabe der EMR ist die Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Hürden abbauen, innovative Lösungen entwickeln, Vernetzen und Vermitteln stehen im Zentrum ihrer Aktivitäten, verbunden mit dem Einsatz für die Interessen der Bürger, Unternehmen, Organisationen, Kommunen und Städte im Grenzgebiet. Die EMR unterstützt zudem die Zielgruppen dabei, selbst grenzüberschreitende Aktivitäten zu entwickeln bzw. zu verbessern. Beratungsangebote u. a. in den Grenzinfopunkten Aachen-Eurode und Maastricht, die Förderung von Hochschul- und Schulkooperationen sowie von grenzüberschreitenden kulturellen Initiativen und bürgernahen Projekten (Small Project Fund) sind konkrete Beispiele. Das INTERREG-Programm der EU ist hierbei ein zentrales Finanzierungsinstrument. Im Strategiepapier EMR 2030 sind die Ambitionen der EMR für ihre einzelnen Tätigkeitsbereiche niedergelegt. Zudem setzt sich die EMR ein für die Ansiedlung des Einstein-Teleskops im Grenzgebiet, einem EU-Vorhaben von enormer wissenschaftlicher und ökonomischer Tragweite. Die EMR trägt so dazu bei, den Wohlstand und das Wohlergehen sowie das wechselseitige Verständnis der Menschen im Grenzgebiet unter Berücksichtigung kultureller Unterschiede zu fördern.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist seit 1992 Partnerregion der EMR

¹³ <https://euregio-mr.info/>

und beherbergt den Sitz des EVTZ mit dem EMR-Verwaltungsbüro in Eupen. Weitere Partner bzw. Mitglieder im EVTZ sind die belgischen Provinzen Lüttich und Limburg, die niederländische Provinz Limburg sowie der Region Aachen Zweckverband. Die Versammlung des EVTZ ist das Entscheidungsgremium der EMR. Sie beschließt über das Budget und den Arbeitsplan der EMR. Der Vorstand des EVTZ setzt sich aus Vertretern der Regierungen bzw. Exekutiven der Mitgliedsregionen zusammen. Er folgt dem Tagesgeschäft der EMR und ist das exekutive Gremium. Der Vorsitz der Versammlung und des Vorstands wechselt alle drei Jahre. Von 2022-2025 ist Emile Roemer, Kommissar des Königs in der niederländischen Provinz Limburg, Vorsitzender der EMR.

Das Parlament entsendet vier der sieben stimmberechtigten Mitglieder der Deutschsprachigen Gemeinschaft in die Versammlung des EVTZ. Für die Legislatur 2024-2029 wurden hierfür Ewald Gangolf, Stephanie Pauels, Liesa Scholzen und Diana Stiel benannt. Weitere stimmberechtigte Mitglieder sind die Vertreter der Deutschsprachigen Gemeinschaft im EVTZ-Vorstand (derzeit Oliver Paasch und Jérôme Franssen) sowie ein Vertreter der lokalen Behörden (Mario Pitz, Bürgermeister der Gemeinde Raeren). Außerdem entsendet die Deutschsprachige Gemeinschaft zwei beratende Mitglieder aus den Reihen des Wirtschafts- und Sozialrats (WSR) in die Versammlung des EVTZ.

Beschlüsse der EVTZ-Versammlung im Berichtszeitraum betrafen u. a. den Auftrag für das weitere Lobbying des Einstein-Teleskops für die Region, die Fortführung von Projekten der EMR – beispielsweise des Dreiländerparks oder dem Koordinierungszentrum für euregionale Bildung sowie die Beteiligung der EMR an verschiedenen Projekten –

beispielsweise dem Projekt Transit, das sich mit Crossborder Governance im Bereich des Personennahverkehrs (ÖPNV) beschäftigt. Die Versammlung genehmigte ebenfalls den Haushalt sowie den Arbeitsplan 2025 des EVTZ EMR.

Die Euregio Maas-Rhein ist – ebenso wie die Deutschsprachige Gemeinschaft – Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG), der einzigen europaweiten Organisation, die Grenzregionen repräsentiert, vernetzt und berät sowie verschiedene Projekte durchführt, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu verbessern und Best Practices auszutauschen. Nachdem das Parlament rund ein Jahrzehnt lang den Vertreter der Deutschsprachigen Gemeinschaft in der AGEG stellte, ist dies seit der AGEG-Plenarversammlung vom 24. Oktober 2024 Ministerpräsident Oliver Paasch.

Europäischer Ausschuss der Regionen (AdR)¹⁴



Europäischer Ausschuss der Regionen

Der Ausschuss der Regionen, AdR, ist ein seit 1994 bestehendes, beratendes EU-Organ mit Sitz in Brüssel, das die Interessen der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften vertritt. Er setzt sich aus gewählten regionalen und kommunalen Vertretern aller EU-Mitgliedstaaten zusammen, d. h. aus Regierungsmitgliedern oder Abgeordneten aus den Regionen, Bürgermeistern oder Mitgliedern von Gemeinderäten.

Der AdR tritt bis zu sechs Mal jährlich in Brüssel zu Plenarsitzungen zusammen, um Stellungnahmen zu EU-Gesetzesvorschlägen abzugeben, die Rechtsvorschriften für Bereiche

formulieren, die regionale oder kommunale Interessen berühren. Dies gilt etwa für die EU-Politikbereiche Gesundheit, Bildung, Beschäftigung, Sozialpolitik, wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt, Verkehr, Energie und Klimawandel. Zudem kann der AdR auf eigene Initiative erarbeitete Stellungnahmen zu selbst gewählten Themen beschließen.

Die sachpolitische Arbeit des AdR findet in sechs Fachkommissionen statt, die insbesondere die Stellungnahmen des AdR vorbereiten, die auf den Plenarsitzungen verabschiedet werden:

- CIVEX (Unionsbürgerschaft, Regieren, institutionelle Fragen und Außenbeziehungen),
- COTER (Kohäsionspolitik und EU-Haushalt),
- ECON (Wirtschaftspolitik),
- ENVE (Umwelt, Klimawandel und Energie),
- NAT (Natürliche Ressourcen),
- SEDEC (Sozialpolitik, Bildung, Beschäftigung, Forschung und Kultur).

Neben Plenar- und Ausschusssitzungen organisiert der AdR zahlreiche Veranstaltungen, um das Netzwerk der regionalen und lokalen Akteure zu stärken. Als Prioritäten für die Legislaturperiode 2025-2030 fordert der AdR mehr Zusammenhalt, Widerstandsfähigkeit und Bürgernähe – für eine gerechtere, reaktionsfähigere und auf die Menschen ausgerichtete Europäische Union.

Auch die Deutschsprachige Gemeinschaft ist mit einem Mitglied in der zwölfköpfigen belgischen Delegation – hinzu kommen zwölf Stellvertreter (ohne Beteiligung der Deutschsprachigen Gemeinschaft) – im AdR vertreten. Seit dem 5. November 2024 nimmt Liesa Scholzen dieses Mandat im Auftrag der Regierung wahr. Sie ist derzeit auch Stellvertreterin des wallonischen

¹⁴ <https://cor.europa.eu/de>

Parlamentspräsidenten im Präsidium des AdR und Mitglied in der COTER- sowie der SEDEC-Kommission. Als Ort der Interessenvertretung sowie für den Aufbau und die Pflege von Kontakten zu anderen Regionen und den EU-Institutionen ist die Vertretung im AdR ein wichtiger Baustein in der Vernetzung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und ihres Parlaments. Informationen zu europäischen Initiativen werden zudem ins Parlament getragen, z. B. zu Entwicklungen in der auch für unsere Region wichtigen Kohäsionspolitik.

Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates¹⁵



Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas, KGRE, ist eine institutionalisierte Vertretung der über 130.000 regionalen und lokalen Gebietskörperschaften der Mitgliedstaaten des Europarats mit Sitz in Straßburg. Er setzt sich aus gewählten Vertretern der Regionen, Städte und Gemeinden zusammen.

Als beratendes Gremium gewährleistet der KGRE die aktive Mitarbeit der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften an der Arbeit des Europarats. Er berät das Ministerkomitee und die Parlamentarische Versammlung des Europarats in allen Fragen der Regional- und Gemeindepolitik. Zu seinen Aufgaben gehören:

- die Schaffung bzw. Entfaltung effizienter kommunaler und regionaler Regierungsstrukturen in allen Europaratsstaaten und insbesondere in den neuen Demokratien; wesentliche Grundlage dafür ist die vom Europarat geschaffene Europäische

Charta für Kommunale Selbstverwaltung;

- die Beobachtung und Weiterentwicklung der Kommunal- und Regionaldemokratie in den Mitgliedstaaten;
- die Einführung von Maßnahmen zur Förderung einer effektiven Beteiligung der Bevölkerung an der Kommunal- und Regionaldemokratie;
- die Förderung der regionalen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit;
- die Wahlbeobachtung bei Kommunal- und Regionalwahlen.

Der KGRE besteht aus der Kammer der Gemeinden und der Kammer der Regionen. Die zweimal jährlich stattfindende Plenarversammlung setzt sich aus allen Delegierten zusammen und ist das beschlussfassende (Haupt-)Organ. Die sachpolitische Arbeit erfolgt in drei Fachausschüssen: dem Monitoring-Ausschuss, der die Einhaltung der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung seitens der Mitgliedstaaten überwacht und zudem die Wahlbeobachtungsmissionen in den Mitgliedstaaten des Europarats durchführt, dem Ausschuss für Governance, zivilgesellschaftliches Engagement und Umwelt und dem Ausschuss für soziale Integration und Menschenwürde.

Die Mandatsperioden des KGRE laufen jeweils über vier Jahre. Die aktuelle Mandatsperiode endet im März 2026.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist seit dem Ausscheiden von Karl-Heinz Lambertz wiederum im Auftrag der Regierung durch die Gemeinschaftssenatorin Liesa Scholzen im KGRE vertreten. Sie ist eines von vier Mitgliedern – hinzu kommen sechs Stellvertreter (ohne Beteiligung der Deutschsprachigen Gemeinschaft) – in der belgischen Delegation im KGRE bzw. eines von

zwei Mitgliedern in der Kammer der Regionen.

Themen des Kongresses im Berichtszeitraum waren u. a. der Ukraine-Krieg, die Verhaftung des Istanbul-Bürgermeisters sowie weitere beunruhigende Entwicklungen auf lokalen und regionalen Ebenen in den Mitgliedstaaten des Europarats bzw. die Stärkung des dortigen zivilgesellschaftlichen demokratischen Engagements.

Deutsch-österreichische Konferenz der Landtagspräsidenten

Seit Juni 2017 nimmt der Präsident bzw. aktuell die Präsidentin des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft an der „Konferenz der Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente und des Südtiroler Landtags unter Beteiligung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ teil. Die Beobachterfunktion bietet die Gelegenheit, mit den Amtskollegen über parlamentarische Themen zu diskutieren, über Best-Practice-Beispiele auszutauschen und gemeinsame Standpunkte zu wichtigen gesellschaftlichen Themen zu verabschieden.

Am 19. und 20. Januar 2025 trat die Konferenz unter dem Vorsitz der Präsidentinnen des Salzburger und des Baden-Württembergischen Landtags zu ihrer alljährlichen Europa-Konferenz in Brüssel zusammen. Vorrangiges Ziel der Europakonferenz ist es, die Rolle der (beteiligten) Regionalparlamente mit Gesetzgebungskompetenz in der Europäischen Union zu stärken. In dieser Hinsicht hat auch die diesjährige Konferenz eine Erklärung verabschiedet, die auf eine Stärkung der Regionalparlamente mit Gesetzgebungsbefugnis in der Europäischen Union abzielt. Zentrale Forderungen sind die Beachtung von Subsidiarität, aktive Partizipationsmöglichkeiten am eu-

¹⁵<https://www.coe.int/en/web/portal> und <https://www.rgre.de/interessenvertretung/kongress>

ropäischen Gesetzgebungsprozess sowie eine enge Zusammenarbeit in der Mehrebenendemokratie – denn die Regionalparlamente leisten einen wichtigen Beitrag für eine stabile, demokratische und wertebasierte Europäische Union.

Diese Erklärung wurde bei der Konferenz vom 26. und 27. Mai 2025 in Salzburg vor dem Hintergrund der Diskussion zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU nach 2027 durch eine Erklärung zur „Subsidiarität und Kohäsion – Zusammenhalt beginnt in den Regionen“ mit Fokus auf die Ausrichtung der künftigen Kohäsionspolitik ergänzt. Die Präsidenten sprachen sich dabei insbesondere für einen dezentralen Ansatz bei der Verwaltung der Kohäsions- und Strukturfördermittel aus. An dieser Konferenz nahm der Greffier des Parlaments in Vertretung der verhinderten Parlamentspräsidentin teil.

Inhaltlich werden die Konferenzen von den Landtagsdirektoren und verschiedenen Arbeitsgruppen vorbereitet, an deren Aktivitäten auch das Parlament punktuell teilnimmt. In der Sitzungsperiode 2024-2025 ging es dabei um die Vernetzung der Parlamentsverwaltungen, insbeson-

dere in Bezug auf die parlamentarische Betreuung der Europapolitik, sowie den Erfahrungsaustausch im Umgang mit Künstlicher Intelligenz.

Konferenz der Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten der deutschsprachigen Länder

Informelle Treffen der Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten der deutschsprachigen Länder finden seit 2016 einmal jährlich reihum in einem der Partnerländer statt, um sich über Entwicklungen und Herausforderungen des Parlamentarismus auszutauschen. Gemäß einer innerbelgischen Absprache vertritt der Präsident bzw. aktuell die Präsidentin des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft dabei Belgien. Weitere Beteiligte sind die Vorsitzenden der nationalen parlamentarischen Versammlungen aus Deutschland, Liechtenstein, Luxemburg, Österreich und der Schweiz.

Die Konferenz 2025 fand am 17. und 18. Juli auf Einladung der Präsidentin des Schweizer Nationalrats, Maja Riniker, in Aarau/Kanton Aargau statt. Neben dem Austausch über die politische Aktualität in den Partnerlän-

dern und über die jüngsten internationalen Entwicklungen und deren Einfluss auf die Arbeit der Parlamente war das zentrale Thema „Demokratie im Wandel: Die Parlamente zwischen Regierung und Bürgerbeteiligung“. Ein Besuch des Zentrums für Demokratie in Aarau bot in dieser Hinsicht die Möglichkeit, eingehend über die Herausforderungen auszutauschen, mit denen die Parlamente angesichts des gesellschaftlichen und technologischen Wandels konfrontiert sind. Themen wie Legitimität, Effizienz und Repräsentativität der Parlamente wurden mit den Experten des Zentrums erörtert. Dabei kamen auch neue Bürgerbeteiligungsformate wie das inzwischen auch international recht gut bekannte „Ostbelgienmodell“ zur Sprache.

VERNETZUNG DES PARLAMENTS

Der Aufbau von Netzwerken und die Schaffung von Kooperationsmöglichkeiten sowie Synergien sind für die Deutschsprachige Gemeinschaft und ihr Parlament – vor dem Hintergrund der Kleinheit, föderaler Entwicklungen und des Statuts als Minderheit – von großer Bedeutung.

Das Parlament pflegt durch die Teilnahme an institutionalisierten Strukturen (siehe Vertretung in Gremien) und durch direkte Kontakte gute Beziehungen zu anderen Parlamenten und Institutionen, die für die Expertise der Abgeordneten oder der Parlamentsverwaltung von Mehrwert sind. Diese Beziehungen gilt es aufzubauen, zu pflegen und auszubauen. Der Blick ist dabei auf die Partner in Belgien, auf die direkten Nachbarn jenseits der Grenzen und darüber hinaus auf andere Regionen in Europa mit ähnlichen Herausforderungen gerichtet.



v.l.n.r.: Claude Wiseler (Luxemburger Abgeordnetenversammlung), Franziska Hoop (Liechtensteiner Landtag), Maja Riniker (Schweizer Nationalrat), Julia Klöckner (Deutscher Bundestag), Patricia Creutz-Vilvoys und Walter Rosenkranz (Österreichischer Nationalrat) ©Parlamentsdienste-Pascal Mora

Persönliche Kontakte und ein aktiver Meinungs austausch jenseits der eigenen regionalen Grenzen optimieren die interne Entscheidungsfindung, stärken die Außen darstellung und die Position des Parlaments sowie der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowohl innerbelgisch als auch über die Landesgrenzen hinaus.

Auf belgischer Ebene

Neben zahlreichen informellen Kontakten seitens der Abgeordneten und der Verwaltung des Parlaments besteht eine besondere Form des Austauschs in Form von gemeinsamen Sitzungen der parlamentarischen Ausschüsse für Zusammenarbeit.

Gemeinsame Sitzungen mit den Ausschüssen für Zusammenarbeit

Im Rahmen der Abkommen für Zusammenarbeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit den anderen belgischen Teilstaaten, gegebenenfalls auch anlassbezogen, finden gemeinsamen Sitzungen des für Zusammenarbeit zuständigen Ausschusses I mit den Ausschüssen für Zusammenarbeit anderer belgischer teilstaatlicher Parlamente statt. Nach den Wahlen im Juni 2024 gab es noch keine Gelegenheit für eine solche gemeinsame Sitzung.

Gemeinsame Sitzungen werden auch in der aktuellen Legislaturperiode angestrebt. Der Ausschuss I und seine Vorsitzende, die Parlamentspräsidentin, stehen hierzu in Kontakt mit den anderen teilstaatlichen Parlamenten Belgiens.

AUF INTERREGIONALER UND EUROPÄISCHER EBENE

Interparlamentarische Treffen auf EU-Ebene

Das Europäische Parlament lädt die nationalen Parlamente der Mitglied-

staaten regelmäßig zu Information und Austausch ein. Aufgrund der Zuständigkeitsverteilung im föderalen Belgien können hier auch Vertreter der teilstaatlichen Parlamente teilnehmen. Koordiniert wird dies durch den Senat.

Auch das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft entsendet bei relevanten Themen Abgeordnete zu diesen Treffen. So nahm die Parlamentspräsidentin am 17. und 18. Februar 2025 an einem vom Europäischen Parlament und von der polnischen EU-Ratspräsidentschaft ausgerichteten Austausch mit Mario Draghi zu seinem Bericht zur Zukunft der Wettbewerbsfähigkeit der EU teil bzw. führte die belgische Delegation bei diesem Treffen an. Die Parlamentspräsidentin ergriff die Gelegenheit, um für eine stärkere Einbindung der Regionen bei der Entwicklung einer gemeinsamen Strategie für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit, Bildung und Qualifizierung zu werben. Darüber hinaus wies sie darauf hin, dass gerade grenznahe Regionen Expertise aus der Praxis einbringen könnten, wenn es um den Abbau von Hemmnissen und die Harmonisierung zwischen Mitgliedstaaten geht.

Gemeinschaftssenatorin Liesa Scholzen und die stellvertretende Vorsitzende des für Soziales zuständigen Ausschusses IV, Mechtilde Neuens, nahmen am 9. April 2025 an einer interparlamentarischen Ausschusssitzung zum Thema „Bezahlbarer Wohnraum“ im Europäischen Parlament teil. Die Veranstaltung bot eine Plattform für den Austausch von Ideen und Erfahrungen zwischen den Parlamentariern und Experten aus allen Mitgliedsländern der Europäischen Union. Dabei wurden sowohl erfolgreiche Projekte als auch bestehende Herausforderungen diskutiert, um gemeinsam Lösungen zu entwickeln, die den Zugang zu bezahlbarem Wohnraum in Europa verbessern können. Mit Hinweis auf den

sozialen Wohnungsbau und die diesbezüglichen Bemühungen in Ostbelgien brachte die Gemeinschaftssenatorin ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass die Europäische Union lokale und regionale Gebietskörperschaften bei der Umsetzung solcher Bemühungen unterstützt, da es bedeutende regionale Unterschiede im jeweiligen Bedarf vor Ort gibt.

Besuch einer Delegation des Berliner Abgeordnetenhauses

Wie bereits erwähnt, empfing das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine Delegation des Berliner Abgeordnetenhauses unter Leitung seiner Präsidentin Cornelia Seibeld vom 16. bis zum 18. September 2024.

Die Abgeordneten aus der deutschen Bundeshauptstadt interessierten sich in erster Linie für den Anfang 2019 ins Leben gerufenen Bürgerdialog der Deutschsprachigen Gemeinschaft und für die bisherigen Erfahrungen, die die Parlamentsmitglieder und die Bürger im Laufe der inzwischen sechs Bürgerversammlungen gesammelt haben. Einen weiteren Schwerpunkt des Besuchs bildete die Integration von Einwanderern im Unterrichtswesen. Zur Veranschaulichung der in der Deutschsprachigen Gemeinschaft dazu entwickelten Vorgehensweise besuchte die Delegation das Robert-Schuman-Institut in Eupen, wo es zu einem regen Austausch mit den für die Integration von erstankommenen Schülern verantwortlichen Pädagogen und immigrierten Schülern kam. Zum Abschluss des Besuchs richtete die Präsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses einige Grußworte an die Plenarversammlung des Parlaments.

Begleitung der Außenbeziehungen der Regierung

Die Zusammenarbeit des Parlaments und der Regierung im Bereich

Außenbeziehungen legt den Fokus auf gegenseitige Information und mögliche Synergien. Der Austausch ist ausgerichtet auf die thematische und institutionelle Einbindung des Parlaments in die auswärtigen Kontakte und Vertretungen der Regierung. Gemäß der am 19. November 2012 verabschiedeten Grundsatzklärung zur Gestaltung der auswärtigen Beziehungen des Parlaments sowie dem Konzept zur Entwicklung der Außenbeziehungen informiert die Regierung das Parlament über anstehende Kooperationsabsichten und berichtet nach Abschluss eines Abkommens über dessen Inhalt. Auch das Parlament informiert unter

denselben Prämissen die Regierung über seine auswärtigen Kontakte. Ergänzend übermittelt die Regierung dem Parlament die Tagesordnungen und Beschlussfassungen des föderalen Konzertierungsausschusses.

Darüber hinaus arbeiten die für Außenbeziehungen zuständigen Bereiche der Parlaments- und Regierungsverwaltung zusammen. Dies gilt insbesondere für die Vertretungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Brüssel und Berlin, aber auch für den für Regionalentwicklung zuständigen Fachbereich des Ministeriums oder die für Außenbe-

ziehungen zuständigen Mitarbeiter in den Kabinetten, insbesondere im Kabinett des Ministerpräsidenten.



Liesa Scholzen und Mechtilde Neuens bei der interparlamentarischen Ausschusssitzung im EU-Parlament in Brüssel



Die Europäische Parlamentarische Woche in Brüssel, Copyright European Union 2025



Die Delegation des Berliner Abgeordnetenhauses besuchte das Robert-Schumann-Institut in Eupen.

Permanenter Bürgerdialog

Nachdem das Parlament im Februar 2019 das Dekret zur Einführung eines permanenten Bürgerdialogs in der Deutschsprachigen Gemeinschaft verabschiedet hatte, war die Institutionalisierung von permanenter Bürgerbeteiligung in Ostbelgien in die Wege geleitet worden. Somit konnte die Einrichtung der beiden Gremien des Bürgerdialogs beginnen: die punktuellen Bürgerversammlungen, die Handlungsempfehlungen zu einem bestimmten Diskussionsthema an die Politik ausarbeiten, und der ständige Bürgerrat, der eben diese Bürgerempfehlungen nachverfolgt, d. h. bei der Politik nachfragt, inwieweit diese Empfehlung bereits umgesetzt wurden.

Der erste Bürgerrat war im September 2019 eingesetzt worden und konnte somit die erste Bürgerversammlung zum Thema „Pflege geht uns alle an! Wie können die Pflegebedingungen für Personal und Betroffene verbessert werden?“ in den Monaten März 2020 bis September 2020 organisieren. Seitdem sind bereits mehrere Bürgerversammlungen organisiert worden und haben bereits mehrere Mitgliederwechsel im Bürgerrat stattgefunden.

Es folgt eine Beschreibung der Ereignisse in der letzten Sitzungsperiode – in Bezug auf die Bürgerversammlungen 3 „Bezahlbares Wohnen“, 4 „Digitalisierung“, 5 „Integration von Zuwanderern“, 6 „Schülerkompetenzen“ sowie in Bezug auf die Arbeit des Bürgerrats. Berichte zu allen Sitzungen von Bürgerrat und Bürgerversammlung findet man auf der Internetseite www.buergerdialog.be. Alle bisherigen Bürgerversammlungen wurden auch von Mitarbeitern der UCL Leuven ausgewertet. Dazu

haben entsprechende Mitarbeiter als stille Beobachter an den Sitzungen teilgenommen und Fragebögen von den teilnehmenden Bürgern ausfüllen lassen. Entsprechende Auswertungsberichte wurden dem Parlament und dem Bürgerrat gestellt. Ab der 7. Bürgerversammlung wurde ein wissenschaftlicher Beirat zum Bürgerdialog eingesetzt. Weitere Informationen dazu weiter unten.

Die dritte Bürgerversammlung zum Thema „Bezahlbares Wohnen“

Obwohl diese Bürgerversammlung mit der Abschlusssitzung vom 9. Oktober 2023 abgeschlossen war, stellte der 6. Bürgerrat noch einmal Nachfragen zur Umsetzung der Empfehlungen, indem er zu Beginn der neuen Legislaturperiode eine entsprechende Stellungnahme bei der nun zuständigen Ministerin L. Klinkenberg einholte.

Die vierte Bürgerversammlung zum Thema „Digitale Fähigkeiten“

Obwohl diese Bürgerversammlung mit der Abschlusssitzung vom 12. März 2024 abgeschlossen war, stellte der 6. Bürgerrat noch einmal Nachfragen zur Umsetzung der Empfehlungen, indem er zu Beginn der neuen Legislaturperiode eine entsprechende Stellungnahme bei dem nun zuständigen Ministerpräsidenten O. Paasch einholte.

Die fünfte Bürgerversammlung zum Thema „Integration von Zuwanderern“

Kurz nach Beginn der neuen Legislaturperiode nahm der zuständige 6. Bürgerrat seine Arbeit zur Nachverfolgung der Umsetzung der Empfehlungen wieder auf. In diesem Rahmen organisierte er am 16. Oktober 2024 ein zweites infor-



Einblick in die Abschlusssitzung vom 12. Februar 2025



Die Mitglieder der 6. Bürgerversammlung

melles Zwischengespräch mit dem zuständigen Ausschussvorsitzenden J. Grommes und der nun zuständigen Ministerin L. Klinkenberg.

Zusätzlich holte der Bürgerrat im November 2024 eine Stellungnahme zum Stand der Umsetzung der entsprechenden Empfehlungen bei der zuständigen Ministerin ein.

Nicht zuletzt wurden Vertreter des Bürgerrats im Januar 2025 in Ausschuss IV eingeladen, um einer Anhörung von Trägern des „Integrationsparcours“ beizuwohnen und somit Einblicke in die Ausschussarbeit zu erhalten.

Am 12. Februar 2025 fand dann die Abschlussitzung zum Thema „Integration von Zuwanderern“ statt. Ergebnis ist der Abschlussbericht, das **Parlamentsdokument 61 (2024-2025) Nr. 1**. Damit ist die Bürgerversammlung abgeschlossen.

Darüber hinaus lud der Ausschuss IV Vertreter des Bürgerrats im Mai 2025 zu einer Anhörung der verschiedenen Träger von „Hausaufgabenschulen“ ein.

Die sechste Bürgerversammlung zum Thema „Schülerkompetenzen“

Die Bürgerversammlung zum The-

ma „Schülerkompetenzen: Wie können emotionale Fähigkeiten an ostbelgischen Schulen vermittelt werden, damit Schüler fit für die Zukunft sind?“ nahm ihre Arbeit im September 2024 auf. Über sechs ganztägige Arbeitstreffen arbeiteten die Mitglieder ihre Handlungsempfehlungen zu diesem Thema an die Politik aus und überreichten diese feierlich am 14. November 2024.

Die erste öffentliche Ausschusssitzung zur inhaltlichen Vorstellung der Empfehlungen fand am 5. Dezember 2024 statt. Die Bürgerempfehlungen sind nachzulesen im **Parlamentsdokument 33 (2024-2025) Nr. 1**.

Im Januar 2025 folgte die zweite öffentliche Ausschusssitzung, in der der zuständige Ausschuss eine erste Stellungnahme zur Umsetzbarkeit der Empfehlungen veröffentlichte und mit den Bürgern diskutierte. Stellungnahme und Diskussion sind nachzulesen im **Parlamentsdokument 33 (2024-2025) Nr. 2**.

Mit dieser Sitzung startete das sogenannte „Umsetzungsjahr“ und der zuständige 7. Bürgerrat begann mit seiner Arbeit zur Nachverfolgung der Umsetzung der Empfehlungen. In diesem Rahmen holte der Bürgerrat im Juni 2025 eine Stellungnahme



Bürgerdialog
in Ostbelgien

zum Stand der Umsetzung der Empfehlungen beim nun zuständigen Minister J. Franssen ein.

Zudem lud der Ausschuss III am 22. März 2025 Vertreter des Bürgerrats zu einer Anhörung von Prof. Dr. Hiltenbrand zum Thema „Förderung sozial-emotionaler Kompetenzen im Bildungssystem“ ein.

Im Frühjahr 2026 wird voraussichtlich die Abschlussitzung stattfinden – eine dritte öffentliche Ausschusssitzung, die dazu dient, dass Politiker und Bürger gemeinsam Rückblick halten und den Stand der Umsetzung der Empfehlungen auswerten.

Der ständige Bürgerrat

Der Bürgerrat ist im Gegensatz zu den Bürgerversammlungen das permanente Gremium des Bürgerdialogs. Die Mitglieder versammeln sich etwa einmal im Monat und treffen organisatorische Entscheidungen. So legen sie beispielsweise das Diskussionsthema einer jeden Bürgerversammlung fest. Aber auch die Nachverfolgung der Umsetzung durch die Politik liegt in ihrer Verantwortung.

Der Bürgerrat setzt sich aus 24 Bürgern zusammen, die vorher bereits an einer Bürgerversammlung teilgenommen haben und somit schon wissen, wie der Bürgerdialog abläuft. Nach Abschluss einer Bürgerversammlung wird ein Drittel der Mitglieder ausgetauscht. Ehemalige Mitglieder der abgeschlossenen Bürgerversammlungen rücken dann in den Bürgerrat nach.

Der inzwischen sechste Bürgerrat bereitete die 6. Bürgerversammlung zum Thema „Schülerkompetenzen“ vor. Diese nahm, wie weiter oben beschrieben, ihre Arbeit im September 2024 auf.

Des Weiteren verfolgte der sechste Bürgerrat, wie bereits weiter oben beschrieben, die **Umsetzung der**



Überreichung der Empfehlungen der 6. Bürgerversammlung

Empfehlungen der fünften Bürgerversammlung („Integration von Zuwanderern“) und der sechsten Bürgerversammlung („Schülerkompetenzen“), stellte aber auch gezielte Nachfragen zu den beiden abgeschlossenen Bürgerversammlungen zu den Themen „Bezahlbares Wohnen“ und „Digitale Fähigkeiten“.

Im Januar 2025 fand ein weiterer Mitgliederwechsel im Bürgerrat statt und der somit siebte Bürgerrat nahm seine Arbeit auf. Da das Vorgängermandat gerade einen Aufruf zur Einreichung von Themenvorschlägen für die nächste Bürgerversammlung gestartet hatte, zeichnete der nun siebte Bürgerrat für die **Themenauswahl** für die 7. Bürgerversammlung verantwortlich.



Die 6. Bürgerversammlung tauscht sich mit den Mitgliedern von Ausschuss III aus.

Er wählte schlussendlich das Thema „Soziale Teilhabe von Senioren“ für die 7. Bürgerversammlung, die voraussichtlich im Herbst 2025 ihre Arbeit aufnehmen wird, aus.

Zudem startete der Bürgerrat das **Losverfahren** für die Ermittlung der Teilnehmer an der siebten Bürgerversammlung und übernahm deren Organisation. Dazu gehörte u. a. die **Zusammenstellung einer Liste an-zuhörender Experten**.

Der 7. Bürgerrat betreute auch die Einsetzung des **wissenschaftlichen Beirats** zum Bürgerdialog bezüglich der entsprechenden Auswertung (Weitere Informationen zum Beirat: siehe weiter unten).

Im Frühjahr 2026 wird voraussichtlich der nächste Mitgliederwechsel im Bürgerrat stattfinden und der somit achte Bürgerrat eingesetzt.

Einsetzung eines wissenschaftlichen Beirats zum Bürgerdialog

Seit seiner Einführung wird der permanente Bürgerdialog von Wissenschaftlern kontinuierlich begleitet und untersucht. Die Wissenschaftler haben zu jeder bislang durchge-

fürten Bürgerversammlung einen Auswertungsbericht erstellt. Dieser basiert sowohl auf ihren Beobachtungen als auch auf den Rückmeldungen der Teilnehmenden, die mittels Fragebögen erhoben wurden.

Die Ergebnisse dieser wissenschaftlichen Untersuchungen haben zur Formulierung von Verbesserungsvorschlägen geführt, von denen einige unmittelbar umgesetzt wurden oder in die 2024ww erfolgte Dekretänderung eingeflossen sind.

Für die Weiterentwicklung des Bürgerdialogs ist eine weitere wissenschaftliche Erforschung des Modells wichtig. Diese soll auch weiterhin auf einem klar definierten Auftrag und einem strukturierten Auswertungskonzept der wissenschaftlichen Ergebnisse basieren.

Seit Anfang 2025 wird die wissenschaftliche Untersuchung wissenschaftlich begleitet. Diese Aufgabe übernimmt der wissenschaftliche Beirat des Bürgerdialogs, der sich zusammensetzt aus Experten für partizipative Demokratie und Bürgerbeteiligung sowohl von Universitäten als auch von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Stiftungen, den

mit der Untersuchung beauftragten Wissenschaftlern von der Universität Leuven, der ständigen Sekretärin des Bürgerdialogs und Mitarbeitern der Parlamentsverwaltung.

Der wissenschaftliche Beirat erstellt das Konzept der wissenschaftlichen Untersuchung und begleitet diese. Zudem soll er die Ergebnisse der Untersuchung analysieren und Empfehlungen zur Weiterentwicklung des permanenten Bürgerdialogs aussprechen.



Die Mitglieder des 7. Bürgerrats

ANLAGE I – REGIERUNGSKONTROLLE

Abkürzungen:

BIF Bulletin Interpellationen und Fragen

AF Aktuelle Frage

DF Dringende Frage

MÜNDLICHE FRAGEN 2024-2025

Nr.	Datum	Fragesteller	Fraktion	Gegenstand der Frage	Befragter Minister	Gremium	BIF
23	07.10.2024	F. Colling	Ecolo	Messung der CO2-Zwischenziele im Rahmen des integrierten Energie- und Klimaplan	O. Paasch	AI	2
24	07.10.2024	F. Colling	Ecolo	Nutzung der im Rahmen des integrierten Energie- und Klimaplan zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel	O. Paasch	AI	2
25	07.10.2024	E. Jadin	PFF	Regionalförderung durch die Wirtschaftsförderungsgesellschaft	O. Paasch	AI	2
26	07.10.2024	E. Jadin	PFF	Einführung des Bezahlsystems WERO in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	AI	2
27	07.10.2024	F. Cremer	ProDG	Einführung von Binnengrenzkontrollen an allen deutschen Landesgrenzen	O. Paasch	AI	2
28	07.10.2024	M. Balter	Vivant	Projekt „Worriken 4.0“	O. Paasch	AI	2
29	07.10.2024	K. Neycken-Bartholemy	SP	Mögliche Interessenkonflikte im Zusammenhang mit dem Ausgang der Kommunalwahlen	O. Paasch	AI	2
30	07.10.2024	K. Neycken-Bartholemy	SP	Zusammensetzung der Ministerkabinette und Bezahlung der Kabinettschefs	O. Paasch	AI	2
31	08.10.2024	G. Löfgen	PFF	Auswirkungen des Sport- und Freizeitangebots auf den ostbelgischen Tourismus	G. Freches	All	2
32	08.10.2024	K. Elsen	ProDG	Förderung von Jugendprojekten	G. Freches	All	2
33	08.10.2024	B. Klinkenberg	SP	Projekt „Sport auf Rezept“	G. Freches	All	2
34	09.10.2024	F. Colling	Ecolo	Auswirkung der Begrenzung des Arbeitslosengelds auf zwei Jahre auf die ÖSHZ und auf die Gemeindefinanzen	L. Klinkenberg	AIV	2
35	09.10.2024	M. Neuens	SP	Akute Kurzaufenthalte in den Wohn- und Pflegezentren für Senioren	L. Klinkenberg	AIV	2
36	09.10.2024	M. Neuens	SP	Wohnangebot für Menschen mit Beeinträchtigung	L. Klinkenberg	AIV	2
37	10.10.2024	K. Elsen	ProDG	TEC-Schülerbeförderung	J. Franssen	AllII	2
38	10.10.2024	S. Pauels	CSP	Empfehlung von Kaleido Ostbelgien bezüglich handyfreier Schulen	J. Franssen	AllII	2
39	10.10.2024	R. Schröder	PFF	Schaffung einer Abteilung „Prävention und Sicherheit“ am Robert-Schuman-Institut	J. Franssen	AllII	2
40	10.10.2024	F. Colling	Ecolo	Auswirkung der Begrenzung des Arbeitslosengelds auf zwei Jahre auf die Begleitung der Arbeitslosen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	J. Franssen	AllII	2
41	10.10.2024	K. Neycken-Bartholemy	SP	Aufnahmeverfahren an der Autonomen Hochschule	J. Franssen	AllII	2
42	10.10.2024	K. Neycken-Bartholemy	SP	Gleichstellung des Meisterbriefs mit einem Bachelordiplom	J. Franssen	AllII	2
43	10.10.2024	K. Neycken-Bartholemy	SP	Gleichstellung von Diplomen	J. Franssen	AllII	2
44	10.10.2024	K. Neycken-Bartholemy	SP	Infrastrukturprojekte	J. Franssen	AllII	2
45	10.10.2024	A. Jerusalem	Ecolo	Anpassung der Besoldungstabellen des Unterrichtswesens	J. Franssen	AllII	2

46	10.10.2024	A. Jerusalem	Ecolo	Reform des Studiengangs „Lehramt Grundschule“	J. Franssen	AIII	2
47	04.11.2024	M. Balter	Vivant	Stand der Arbeiten beim Glasfasernetz- bau und diesbezügliche Abstimmung mit der Wallonischen Region und den neun deutsch- sprachigen Gemeinden	O. Paasch	AI	3
48	04.11.2024	F. Colling	Ecolo	Einfluss der Kreditwürdigkeit Belgiens auf die Deutschsprachige Gemeinschaft	O. Paasch	AI	3
49	04.11.2024	M. Balter	Vivant	Herabstufung der Kreditwürdigkeit der Regio- nen und Gemeinschaften durch die Rating- agentur Moody's und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Deutschsprachige Gemeinschaft	O. Paasch	AI	3
50	04.11.2024	K. Neycken- Bartholemy	SP	Hilfen der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Geflüchtete aus der Ukraine	O. Paasch	AI	3
51	04.11.2024	F. Colling	Ecolo	Stand der Dinge in Bezug auf die Eyneburg in Hergenrath	O. Paasch	AI	3
52	05.11.2024	B. Klinken- berg	SP	Projekt „Game-Changer“	G. Freches	All	3
53	05.11.2024	G. Löfgen	PFF	Fortschritt und Ergebnisse der dritten Phase der Ausgrabungen an der Burg St. Vith	G. Freches	All	3
54	05.11.2024	G. Löfgen	PFF	Stärkung der Dorfentwicklung durch das Pro- jekt „Dörfer gemeinsam stärken“	G. Freches	All	3
55	05.11.2024	B. Klinken- berg	SP	Tourismuspotenzial in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und Reglementierung der tou- ristischen Unterkünfte	G. Freches	All	3
56	06.11.2024	E. Comoth	ProDG	Sprachkurse für ukrainische Flüchtlinge	L. Klinkenberg	AIV	3
57	06.11.2024	D. Stiel	Vivant	Virtueller Bus im Seniorenheim in Weismes	L. Klinkenberg	AIV	3
58	06.11.2024	D. Stiel	Vivant	Preiserhöhung beim WPZS-Träger Vivias	L. Klinkenberg	AIV	3
59	06.11.2024	E. Simar	CSP	„Healthcare-Week“ in Luxemburg	L. Klinkenberg	AIV	3
60	06.11.2024	D. Stiel	Vivant	Entwicklung des Krankenstands in der Alten- pflege	L. Klinkenberg	AIV	3
61	06.11.2024	M. Neuens	SP	Langzeitkranke	L. Klinkenberg	AIV	3
62	06.11.2024	M. Neuens	SP	Alltagsbegleiter	L. Klinkenberg	AIV	3
63	06.11.2024	J. Grommes	ProDG	Unterstützung nationaler Maßnahmen gegen den Nikotinkonsum durch die Deutschsprachi- ge Gemeinschaft	L. Klinkenberg	AIV	3
64	06.11.2024	F. Colling	Ecolo	Evaluierung der Pflegegeldreform und Nach- besserung der Bestimmungen	L. Klinkenberg	AIV	3
65	06.11.2024	F. Colling	Ecolo	Stärkung der ÖSHZ	L. Klinkenberg	AIV	3
66	07.11.2024	E. Peters	Vivant	Abwerbung von Fachkräften	J. Franssen	AIII	3
67	07.11.2024	M. Henn	CSP	Beschäftigung von Personen mit Unterstüt- zungsbedarf	J. Franssen	AIII	3
68	07.11.2024	S. Pauels	CSP	Evaluation des neu geschaffenen deutsch- sprachigen Fachschulangebots der Klasse G in deutscher Sprache	J. Franssen	AIII	3
69	07.11.2024	M. Henn	CSP	Arbeitsmarktentwicklung in Ostbelgien	J. Franssen	AIII	3
70	07.11.2024	E. Peters	Vivant	„Work and Travel“	J. Franssen	AIII	3
71	07.11.2024	A. Mertes	Vivant	Verpflichtende Erste-Hilfe-Kurse an den Schu- len in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	J. Franssen	AIII	3
72	07.11.2024	A. Mertes	Vivant	Erwerb der Lehrbefähigung CAP/CAP+ an der Autonomen Hochschule	J. Franssen	AIII	3
73	07.11.2024	K. Neycken- Bartholemy	SP	Schülerlaptops in den Sekundarschulen	J. Franssen	AIII	3

74	07.11.2024	K. Elsen	ProDG	Laptops für Lehrer und Schüler	J. Franssen	AIII	3
75	07.11.2024	K. Neycken-Bartholemy	SP	Hohe Arbeitsmarkthürden für Migranten in Ostbelgien	J. Franssen	AIII	3
76	07.11.2024	A. Jerusalem	Ecolo	Einsparungen im Unterrichtswesen	J. Franssen	AIII	3
77	07.11.2024	K. Neycken-Bartholemy	SP	Mangel an Fahrlehrern	J. Franssen	AIII	3
78	25.11.2024	R. Schröder	PFF	Einheitliche Regelung zur Dach- und Fassadenbegrünung für die Infrastrukturprojekte in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	AI	4
79	25.11.2024	E. Jadin	PFF	Nachhaltiges Bauen	O. Paasch	AI	4
80	25.11.2024	E. Jadin	PFF	Betriebsübernahmen	O. Paasch	AI	4
81	25.11.2024	F. Colling	Ecolo	Position der Deutschsprachigen Gemeinschaft zum Mercosur-Abkommen	O. Paasch	AI	4
82	25.11.2024	F. Colling	Ecolo	Zeitplan für die Umsetzung der von der Regierung angekündigten Sparmaßnahmen	O. Paasch	AI	4
83	25.11.2024	M. Balter	Vivant	Aktuelle Situation bezüglich der Batopin-Geldautomaten	O. Paasch	AI	4
84	25.11.2024	K. Neycken-Bartholemy	SP	Arbeit der Verwaltung im Bereich der Raumordnung	O. Paasch	AI	4
85	25.11.2024	M. Balter	Vivant	Feierlichkeiten zum Tag der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	AI	4
86	26.11.2024	B. Klinkenberg	SP	Fairplay im Sport	G. Freches	AII	4
87	26.11.2024	G. Löfgen	PFF	Geplante Taskforce für die Bewerbung um den Standort des Einstein-Teleskops	G. Freches	AII	4
88	27.11.2024	E. Simar	CSP	Herausforderungen in der Krankenhauspolitik	L. Klinkenberg	AIV	4
89	27.11.2024	D. Stiel	Vivant	Autismus in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	L. Klinkenberg	AIV	4
90	27.11.2024	D. Stiel	Vivant	Krankenstand in der Kinderbetreuung	L. Klinkenberg	AIV	4
91	27.11.2024	G. Löfgen	PFF	Seniorenpflegegeld	L. Klinkenberg	AIV	4
92	27.11.2024	L. Teller	CSP	Altersarmut	L. Klinkenberg	AIV	4
93	27.11.2024	M. Neuens	SP	Altersarmut in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	L. Klinkenberg	AIV	4
94	27.11.2024	M. Neuens	SP	Effizienz des Krankenhausnetzwerks MOVE	L. Klinkenberg	AIV	4
95	27.11.2024	F. Colling	Ecolo	Kampf gegen Wohnungsnot in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	L. Klinkenberg	AIV	4
96	28.11.2024	R. Schröder	PFF	Entwicklung der Französischkenntnisse der ostbelgischen Schüler	J. Franssen	AIII	4
97	28.11.2024	K. Neycken-Bartholemy	SP	Mangel an dualen Ausbildungsberufen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	J. Franssen	AIII	4
98	28.11.2024	K. Neycken-Bartholemy	SP	Ausbildung zum Kindergartenassistenten	J. Franssen	AIII	4
99	28.11.2024	K. Neycken-Bartholemy	SP	Erwachsene im Regelunterricht	J. Franssen	AIII	4
100	28.11.2024	A. Mertes	Vivant	Handyverbot an den Schulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	J. Franssen	AIII	4
101	28.11.2024	A. Jerusalem	Ecolo	Anerkennung von praktischer Berufserfahrung als Anreiz für ausländische Lehrkräfte	J. Franssen	AIII	4
102	13.01.2025	F. Colling	Ecolo	Berechnungsgrundlage der Entwicklungsrate	O. Paasch	AI	5
103	13.01.2025	F. Colling	Ecolo	Integration des Hochwasserschutzes in die neue Raumordnungsgesetzgebung der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	AI	5

104	13.01.2025	K. Neycken-Bartholemy	SP	Anwendung der Schengen-Regeln	O. Paasch	AI	5
105	14.01.2025	G. Löfgen	PFF	Rolle und Weiterentwicklung der Königlichen Denkmal- und Landschaftsschutzkommission in der aktuellen Legislaturperiode	G. Freches	All	5
106	14.01.2025	B. Klinkenberg	SP	Königliche Denkmal- und Landschaftsschutzkommission	G. Freches	All	5
107	14.01.2025	B. Klinkenberg	SP	Förderung des Tourismus in Ostbelgien	G. Freches	All	5
108	15.01.2025	E. Simar	CSP	Maßnahmen in Bezug auf die angekündigte Grippewelle	L. Klinkenberg	AIV	5
109	15.01.2025	D. Stiel	Vivant	Missachtung der selbstständigen Co-Initiativen in der Kleinkindbetreuung	L. Klinkenberg	AIV	5
110	15.01.2025	D. Stiel	Vivant	Entwicklungszusammenarbeit und Unterstützung von Initiativen in der Dritten Welt	L. Klinkenberg	AIV	5
111	15.01.2025	F. Colling	Ecolo	Auswirkung des Vermittlungsdekrets auf die Arbeit der ÖSHZ	L. Klinkenberg	AIV	5
112	15.01.2025	F. Colling	Ecolo	Strategie für Opfer von häuslicher und sexueller Gewalt in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	L. Klinkenberg	AIV	5
113	16.01.2025	E. Peters	Vivant	Lehrerstreiks	J. Franssen	Alll	5
114	16.01.2025	A. Jerusalem	Ecolo	Bestimmungen und Einschränkungen im Zusammenhang mit Streiks	J. Franssen	Alll	5
115	16.01.2025	A. Mertes	Vivant	Drogenkontrollen an den hiesigen Sekundarschulen	J. Franssen	Alll	5
116	16.01.2025	M. Henn	CSP	Überarbeitung der Rahmenpläne	J. Franssen	Alll	5
117	16.01.2025	R. Schröder	PFF	Harmonisierung der Schulferienkalender	J. Franssen	Alll	5
118	16.01.2025	K. Neycken-Bartholemy	SP	Sparmaßnahmen im Unterrichtswesen	J. Franssen	Alll	5
119	16.01.2025	K. Neycken-Bartholemy	SP	Stellenausschreibung im Rahmen eines pädagogischen Sonderauftrags im Fachbereich Pädagogik	J. Franssen	Alll	5
120	10.02.2025	F. Colling	Ecolo	Nutzung der Windkraftpotenziale in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	AI	6
121	10.02.2025	F. Colling	Ecolo	Koordination zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Wallonischen Region in Bezug auf den Hochwasserschutz	O. Paasch	AI	6
122	10.02.2025	E. Jadin	PFF	Energieversorgung der Zukunft	O. Paasch	AI	6
123	10.02.2025	K. Neycken-Bartholemy	SP	Nutzung der digitalen Identifikations-App itsme im öffentlichen Dienst der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	AI	6
124	10.02.2025	M. Balter	Vivant	Klare Trennung der Aufgaben von politischen Funktionen	O. Paasch	AI	6
125	10.02.2025	M. Balter	Vivant	Kosten im Zusammenhang mit der vorzeitigen Auszahlung der Gemeindedotationen	O. Paasch	AI	6
126	11.02.2025	M. Henn	CSP	Eyneburg	G. Freches	All	6
127	11.02.2025	G. Löfgen	PFF	Förderung der politischen Bildung und Auftrag des Instituts für Demokratiepädagogik	G. Freches	All	6
128	11.02.2025	B. Klinkenberg	SP	Unterstützung und Sicherstellung der Jugendarbeit in Ostbelgien	G. Freches	All	6
129	11.02.2025	B. Klinkenberg	SP	Zusammenarbeit mit den anderen Gemeinschaften und Regionen Belgiens	G. Freches	All	6
130	11.02.2025	K. Elsen	ProDG	Jugendpolitik	G. Freches	All	6
131	12.02.2025	E. Simar	CSP	Palliativpflege	L. Klinkenberg	AIV	6

132	12.02.2025	L. Teller	CSP	Frühdemenz	L. Klinkenberg	AIV	6
133	12.02.2025	L. Teller	CSP	Schlechte Bewertung des belgischen Gesundheitssystems	L. Klinkenberg	AIV	6
134	12.02.2025	D. Stiel	Vivant	Änderung der Statuten des Eupener Krankenhauses	L. Klinkenberg	AIV	6
135	12.02.2025	J. Grommes	ProDG	Umstrukturierung des Verwaltungsrates des St.-Nikolaus-Hospitals in Eupen	L. Klinkenberg	AIV	6
136	12.02.2025	D. Stiel	Vivant	Hepatitis-Impfung als Vorbedingung für ein Praktikum im schulischen Kontext	L. Klinkenberg	AIV	6
137	12.02.2025	E. Comoth	ProDG	Unterstützung von Seniorendorfhäusern in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	L. Klinkenberg	AIV	6
138	12.02.2025	J. Grommes	ProDG	Zukunft der Kleinkindbetreuung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	L. Klinkenberg	AIV	6
139	12.02.2025	F. Colling	Ecolo	Mietbeihilfen auf dem privaten Wohnungsmarkt	L. Klinkenberg	AIV	6
140	12.02.2025	F. Colling	Ecolo	Zuständigkeiten der arbeitsmarktnahen Einrichtungen im Sozialbereich	L. Klinkenberg	AIV	6
141	12.02.2025	M. Neuens	SP	Therapiemöglichkeiten für Krebskranke	L. Klinkenberg	AIV	6
142	12.02.2025	M. Neuens	SP	Unterstützung der Lebensmittelbank des Roten Kreuzes	L. Klinkenberg	AIV	6
143	13.02.2025	K. Neycken-Bartholemy	SP	Fachkräfteklausur	J. Franssen	AIII	6
144	13.02.2025	R. Schröder	PFF	Vandalismus an Schulen	J. Franssen	AIII	6
145	13.02.2025	K. Elsen	ProDG	Berufliche Orientierung	J. Franssen	AIII	6
146	10.03.2025	E. Comoth	ProDG	Weitere Vorgehensweise bei der Ausarbeitung einer Raumordnungsgesetzgebung	O. Paasch	AI	7
147	10.03.2025	M. Balter	Vivant	Stand der Dinge in Bezug auf die Einführung einer Regionalwährung	O. Paasch	AI	7
148	10.03.2025	F. Colling	Ecolo	Einkommensverluste für die Deutschsprachige Gemeinschaft und ihre Gemeinden	O. Paasch	AI	7
149	10.03.2025	F. Colling	Ecolo	Energieprämien in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	AI	7
150	10.03.2025	M. Balter	Vivant	Infrastrukturplan	O. Paasch	AI	7
151	10.03.2025	F. Cremer	ProDG	Übertragung weiterer Regionalzuständigkeiten und der Provinzzuständigkeiten an die Deutschsprachige Gemeinschaft	O. Paasch	AI	7
152	10.03.2025	K. Neycken-Bartholemy	SP	Theoretische Führerscheinprüfung	O. Paasch	AI	7
153	10.03.2025	K. Neycken-Bartholemy	SP	Zuständigkeit für das Fachkräftebündnis	O. Paasch	AI	7
154	11.03.2025	B. Klinkenberg	SP	Touristische Vernetzung Ostbelgiens	G. Freches	AII	7
155	11.03.2025	A. Jerusalem	Ecolo	Ferienunterkünfte in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	G. Freches	AII	7
156	12.03.2025	D. Stiel	Vivant	Partydroge Ketamin	L. Klinkenberg	AIV	7
157	12.03.2025	E. Comoth	ProDG	Neuregelung der Nutzung der Räumlichkeiten in der Villa Peters durch das ZKB und künftige Betreuungssituation	L. Klinkenberg	AIV	7
158	12.03.2025	F. Colling	Ecolo	Zukunft des Zentrums Unia in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	L. Klinkenberg	AIV	7
159	12.03.2025	F. Colling	Ecolo	Mentale Gesundheit im Bereich des Jugendschutzes und der Jugendhilfe	L. Klinkenberg	AIV	7
160	12.03.2025	M. Neuens	SP	Frauenspezifische Gesundheitsprävention	L. Klinkenberg	AIV	7
161	13.03.2025	K. Neycken-Bartholemy	SP	Schulverwaltungssystem Skolengo	J. Franssen	AIII	7
162	13.03.2025	A. Jerusalem	Ecolo	Schulabbruch und mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen	J. Franssen	AIII	7

163	13.03.2025	K. Neycken-Bartholemy	SP	Schaffung einer Fördersekundarschule im Süden der Deutschsprachigen Gemeinschaft	J. Franssen	AIII	7
164	07.04.2025	F. Colling	Ecolo	Zukunft der Waldflächen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	AI	8
165	07.04.2025	F. Colling	Ecolo	Zweitwohnsitze in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	AI	8
166	07.04.2025	K. Neycken-Bartholemy	SP	Sachstand in Bezug auf die Haushaltseinnahmen 2025	O. Paasch	AI	8
167	07.04.2025	M. Balter	Vivant	Haushaltsdefizit	O. Paasch	AI	8
168	07.04.2025	M. Balter	Vivant	Demografische Entwicklung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und ihre Auswirkungen	O. Paasch	AI	8
169	08.04.2025	G. Löfgen	PFF	Diesjährige Auflage der Informationsveranstaltung „Fit fürs Lager“	G. Freches	All	8
170	08.04.2025	B. Klinkenberg	SP	Künstlerstatut	G. Freches	All	8
171	08.04.2025	B. Klinkenberg	SP	Einsparungen während der Karnevalszeit	G. Freches	All	8
172	09.04.2025	E. Simar	CSP	Anerkennung von Alkoholismus- und Suchtexperten	L. Klinkenberg	AIV	8
173	09.04.2025	D. Stiel	Vivant	Unfreiwillige Teilzeitarbeit im Bereich der Pflege	L. Klinkenberg	AIV	8
174	09.04.2025	D. Stiel	Vivant	Niedrige Betreuungstarife der konventionierten Tagesmütter	L. Klinkenberg	AIV	8
175	09.04.2025	M. Neuens	SP	Studentische Hilfskräfte in den WPZS	L. Klinkenberg	AIV	8
176	09.04.2025	F. Colling	Ecolo	Vorbeugung von Langzeiterkrankungen am Arbeitsplatz	L. Klinkenberg	AIV	8
177	10.04.2025	A. Jerusalem	Ecolo	Zentrum für inklusive Pädagogik als Wegbereiter eines inklusiveren Bildungswesens	J. Franssen	AIII	8
178	10.04.2025	A. Jerusalem	Ecolo	Berufliche Eingliederung von Langzeitkranken	J. Franssen	AIII	8
179	10.04.2025	K. Elsen	ProDG	Schulsport	J. Franssen	AIII	8
180	10.04.2025	K. Elsen	ProDG	Flexiblere Gestaltung von Unterrichtseinheiten in der Sekundarschule	J. Franssen	AIII	8
181	10.04.2025	K. Neycken-Bartholemy	SP	Politische Bildung als Unterrichtsfach	J. Franssen	AIII	8
182	10.04.2025	A. Jerusalem	Ecolo	Jüngste Umorganisation der Beförderung der Förderschüler	J. Franssen	AIII	8
183	12.05.2025	L. Scholzen	ProDG	Ausarbeitung des belgischen Klima- und Sozialplans	O. Paasch	AI	9
184	12.05.2025	F. Colling	Ecolo	Schutz landwirtschaftlicher Flächen in der Raumordnung	O. Paasch	AI	9
185	12.05.2025	F. Colling	Ecolo	Verschärfung der Auflagen für Windkraftanlagen durch das Verteidigungsministerium	O. Paasch	AI	9
186	12.05.2025	K. Neycken-Bartholemy	SP	Mögliche Auswirkungen der von der Wallonischen Region geplanten Fusion der ÖSHZ mit den Gemeinden auf die neun deutschsprachigen Gemeinden und ihre ÖSHZ	O. Paasch	AI	9
187	12.05.2025	M. Balter	Vivant	Kloster Heidberg	O. Paasch	AI	9
188	12.05.2025	M. Balter	Vivant	Gemeinschaftszentrum ViDo in Burg-Reuland	O. Paasch	AI	9
189	12.05.2025	M. Balter	Vivant	Eyneburg	O. Paasch	AI	9
190	13.05.2025	B. Klinkenberg	SP	Arbeit des Medienzentrums	G. Freches	All	9
191	13.05.2025	B. Klinkenberg	SP	RAVeL-Strecken in Ostbelgien	G. Freches	All	9
192	13.05.2025	B. Klinkenberg	SP	Reaktivierung der Bahnverbindung Stolberg – Eupen	G. Freches	All	9

193	14.05.2025	G. Löfgen	PFF	Umsetzung des nationalen Alzheimer-Plans in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	L. Klinkenberg	AIV	9
194	14.05.2025	D. Stiel	Vivant	Bereitschaftsdienste von Fachärzten als moralische Verpflichtung	L. Klinkenberg	AIV	9
195	14.05.2025	D. Stiel	Vivant	Abschaffung der Medikamenten-Beipackzettel	L. Klinkenberg	AIV	9
196	14.05.2025	K. Elsen	ProDG	Führerschein für Menschen mit Beeinträchtigung	L. Klinkenberg	AIV	9
197	14.05.2025	F. Colling	Ecolo	Anwendung der Sozialcharta in den Zuständigkeitsbereichen der Deutschsprachigen Gemeinschaft	L. Klinkenberg	AIV	9
198	14.05.2025	F. Colling	Ecolo	Umfrage Be.well.pro und ihre Erkenntnisse für Ostbelgien	L. Klinkenberg	AIV	9
199	14.05.2025	D. Stiel	Vivant	Einstufung des Pflegebedarfs anhand eines BelRAI-Screenings als Vorbedingung für die Aufnahme in einem WPZS	L. Klinkenberg	AIV	9
200	14.05.2025	M. Neuens	SP	Projekt „Verhalten macht Sinn“ (VEMAS)	L. Klinkenberg	AIV	9
201	15.05.2025	E. Gangolf	ProDG	Geplantes Talentcenter in St. Vith (VOM FRAGESTELLER ZURÜCKGEZOGEN)	J. Franssen	AIII	9
202	15.05.2025	R. Schröder	PFF	Vermittlung von Langzeitarbeitslosen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	J. Franssen	AIII	9
203	15.05.2025	A. Jerusalem	Ecolo	Kostenneutralität der Arbeitsmarktreform	J. Franssen	AIII	9
204	15.05.2025	K. Elsen	ProDG	Schnupperwochen	J. Franssen	AIII	9
205	15.05.2025	A. Jerusalem	Ecolo	Stand der Planungen im Hinblick auf die Schaffung einer Fördersekundarschule in der Eifel	J. Franssen	AIII	9
206	15.05.2025	A. Jerusalem	Ecolo	Praktikumsstellen für Studierende der Autonomen Hochschule	J. Franssen	AIII	9
207	15.05.2025	A. Jerusalem	Ecolo	Mögliche Einflussnahme der US-Regierung auf die AHS	J. Franssen	AIII	9
208	10.06.2025	B. Klinkenberg	SP	Glücksspielwerbung in der Online-Ausgabe des GrenzEcho	G. Freches	AII	10
209	11.06.2025	D. Stiel	Vivant	Geplante Reform des Pflegegelds	L. Klinkenberg	AIV	10
210	11.06.2025	F. Colling	Ecolo	Zugang von Alleinerziehenden zur Steuerermäßigung im Rahmen der wallonischen Reform der Kfz-Zulassungssteuer	L. Klinkenberg	AIV	10
211	11.06.2025	F. Colling	Ecolo	Maßnahmen zur Vorbereitung auf Hitzewellen in Ostbelgien	L. Klinkenberg	AIV	10
212	11.06.2025	M. Neuens	SP	Unterbringung von Senioren aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Seniorenheimen in der Französischen Gemeinschaft	L. Klinkenberg	AIV	10
213	12.06.2025	A. Jerusalem	Ecolo	Finanzielle Auswirkungen der steigenden Zahl der Master-Diplomierten unter dem Unterrichtspersonal	J. Franssen	AIII	10
214	12.06.2025	E. Peters	Vivant	Grundkompetenzen der Schüler	J. Franssen	AIII	10
215	12.06.2025	K. Elsen	ProDG	Ersatz der Schüler- und Lehrerlaptops	J. Franssen	AIII	10
216	12.06.2025	B. Klinkenberg	SP	Unbesetzte Ausbildungsplätze	J. Franssen	AIII	10
217	16.06.2025	M. Neuens	SP	Perspektiven der Ostbelgieninvest	O. Paasch	AI	10
218	16.06.2025	E. Jadin	PFF	Umsetzung des Glasfasernetzausbaus durch GoFiber	O. Paasch	AI	10
219	16.06.2025	M. Balter	Vivant	Langfristig drohende Verschlechterung der Haushaltslage Belgiens	O. Paasch	AI	10
220	30.06.2025	A. Jerusalem	Ecolo	AF: Unmut der Schulbus-Begleiterinnen der DGSL	J. Franssen	Plenum	10
221	08.09.2025	F. Colling	Ecolo	Reform des Energieprämiensystems der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	AI	11

*die mündliche Frage 218 wurde zurückgezogen

222	08.09.2025	M. Balter	Vivant	Batopin	O. Paasch	AI	11
223	08.09.2025	M. Balter	Vivant	Provinzfreiheit der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	AI	11
224	08.09.2025	M. Neuens	SP	Vorbereitung der neuen Raumordnungsgesetzgebung	O. Paasch	AI	11
225	09.09.2025	M. Henn	CSP	Schließung des Parkhotels in Kelmis	G. Freches	AII	11
226	09.09.2025	L. Teller	CSP	Situation des Airbnb-Angebots in Ostbelgien	G. Freches	AII	11
227	09.09.2025	B. Klinkenberg	SP	Mögliche Wiederaufnahme des Bergbaus in Kelmis	G. Freches	AII	11
228	09.09.2025	A. Jerusalem	Ecolo	Zukunft der Tourismusagentur Ostbelgien (TAO)	G. Freches	AII	11
229	10.09.2025	E. Simar	CSP	Zukunft der Intensivstationen in den ostbelgischen Krankenhäusern	L. Klinkenberg	AIV	11
230	10.09.2025	L. Teller	CSP	Entwicklung der Zahl von Diagnosen im Bereich von Autismus-Spektrum-Störungen	L. Klinkenberg	AIV	11
231	10.09.2025	L. Teller	CSP	Lungenkrebsrisiko von Frauen	L. Klinkenberg	AIV	11
232	10.09.2025	E. Simar	CSP	App gegen Ärztemangel	L. Klinkenberg	AIV	11
233	10.09.2025	D. Stiel	Vivant	STEC-Bakterien in mehreren Wohn- und Pflegeheimen im Landesinnern	L. Klinkenberg	AIV	11
234	10.09.2025	F. Colling	Ecolo	Einschreibungen im Zentrum für Kinderbetreuung	L. Klinkenberg	AIV	11
235	10.09.2025	M. Neuens	SP	Seniorenordf Häuser in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	L. Klinkenberg	AIV	11
236	11.09.2025	M. Henn	CSP	Arbeitssuche für über 50-Jährige	J. Franssen	AIII	11
237	11.09.2025	K. Neycken-Bartholemy	SP	Sitzenbleiben	J. Franssen	AIII	11
238	11.09.2025	A. Jerusalem	Ecolo	Ziele des DELF-Tests in den Primarschulen der Deutschsprachigen Gemeinschaft	J. Franssen	AIII	11
239	11.09.2025	A. Jerusalem	Ecolo	Kontrolle der Schulbesuchskosten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	J. Franssen	AIII	11
240	11.09.2025	E. Peters	Vivant	Schülerbeförderung	J. Franssen	AIII	11
241	11.09.2025	E. Peters	Vivant	Trägergebundener Vertretungspool	J. Franssen	AIII	11

SCHRIFTLICHE FRAGEN 2024-2025

Frage Nr.	Datum	Fragesteller	Fraktion	Thema	Befragter Minister	Antwort	BIF
3	17.09.2024	E. Jadin	PFF	Einführung des Bachelorstudiums in Sozialer Arbeit an der AHS	J. Franssen	15.10.2024	2
4	23.09.2024	D. Stiel	Vivant	Droge Fentanyl	L. Klinkenberg	24.10.2024	2
5	30.09.2024	D. Stiel	Vivant	Versorgung mit Mobilitätshilfen	L. Klinkenberg	04.11.2024	3
6	08.10.2024	A. Jerusalem	Ecolo	Verteilung der Gehaltskosten auf die Personalmitglieder des Unterrichtswesens	J. Franssen	31.10.2024	2
7	11.10.2024	A. Mertes	Vivant	Kosten der unterschiedlichen Betreuungsformen in der Kleinkinderbetreuung	L. Klinkenberg	18.11.2024	3
8	11.10.2024	D. Stiel	Vivant	Suizidgefahr	L. Klinkenberg	18.11.2024	3
9	11.10.2024	M. Balter	Vivant	Grundstücksankauf durch die Regierung im Rahmen von „Worriken 4.0“	O. Paasch	18.11.2024	3
10	17.10.2024	M. Neuens	SP	Steigender Konsum von Antidepressiva	L. Klinkenberg	25.11.2024	4
11	18.10.2024	D. Stiel	Vivant	Indexierung des Pflegegelds	L. Klinkenberg	25.11.2024	4
12	25.10.2024	D. Stiel	Vivant	Einhaltung der Sprachgesetzgebung in Bezug auf bpost und die neue App	O. Paasch	02.12.2024	4
13	25.10.2024	D. Stiel	Vivant	Entwicklung der Geburtenrate in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	L. Klinkenberg	02.12.2024	4
14	28.10.2024	A. Mertes	Vivant	Anerkennung von Masterdiplomen, fachfremden Abschlüssen und Weiterbildungen im Schulwesen	J. Franssen	02.12.2024	4
15	31.10.2024	K. Elsen	ProDG	Hausunterricht in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	J. Franssen	06.12.2024	4
16	04.11.2024	A. Mertes	Vivant	Doppelte Feiertage im öffentlichen Dienst	O. Paasch	06.12.2024	4
17	04.11.2024	A. Mertes	Vivant	Kosten der Veranstaltung zur Ankündigung der Sparmaßnahmen bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst	O. Paasch	06.12.2024	4
18	04.11.2024	E. Jadin	PFF	Teilnahme ostbelgischer Unternehmen an der „Nacht der Unternehmen“	O. Paasch	06.12.2024	4
19	13.11.2024	M. Neuens	SP	Akute Kurzaufenthalte in den WPZS	L. Klinkenberg	18.12.2024	4
20	14.11.2024	D. Stiel	Vivant	Projekt EUVABECO	L. Klinkenberg	17.12.2024	4
21	19.11.2024	E. Jadin	PFF	„Mit Büchern groß werden - fit in der Medienwelt“	G. Freches	19.12.2024	4
22	19.11.2024	E. Comoth	ProDG	Anpassungen der Katastergrenzen durch das Katasteramt des Föderalen Finanzministeriums	O. Paasch	20.12.2024	4
23	20.11.2024	D. Stiel	Vivant	RSV-Immunisierung	L. Klinkenberg	20.12.2024	4
24	20.11.2024	E. Peters	Vivant	Berufsbildungszentrum Baufach in Sankt Vith	J. Franssen	20.12.2024	4
25	21.11.2024	M. Balter	Vivant	Zusammensetzung der Kabinette, als weiterführende Nachfrage zur mündlichen Frage Nr. 30 vom 7. Oktober 2024	O. Paasch	31.12.2024	4
26	25.11.2024	D. Stiel	Vivant	Reform in der Kinderbetreuung	L. Klinkenberg	27.12.2024	4
27	25.11.2024	E. Jadin	PFF	Angebot von Kinderbetreuungsplätzen in den Schulferien	L. Klinkenberg	27.12.2024	4
28	08.01.2025	D. Stiel	Vivant	Kostenentwicklung der Diensthandy's und digitalen Endgeräte für Mitarbeiter in Ministerium und Kabinetten	O. Paasch	07.02.2025	6
29	08.01.2025	F. Colling	Ecolo	Informationen zu den Haushaltsfonds und dem EMTN-Programm der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	07.02.2025	6
30	09.01.2025	A. Mertes	Vivant	Auftrag der Regierung zur Übersetzung des Handbuchs zur Straßenverkehrsordnung zur Erlangung des theoretischen Führerscheins B, A, AM und G	J. Franssen	07.02.2025	6

31	09.01.2025	E. Jadin	PFF	Förderung nachhaltiger Mobilität und gemeindeübergreifender Verkehrssicherheit	O. Paasch	10.02.2025	6
32	10.01.2025	E. Simar	CSP	Mentale Gesundheit – Anstieg der Verschreibung von Antidepressiva	L. Klinkenberg	13.02.2025	6
33	10.01.2025	E. Simar	CSP	Aufklärung im Bereich der Mukoviszidose	L. Klinkenberg	13.02.2025	6
34	16.01.2025	M. Neuens	SP	Mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen	L. Klinkenberg	19.02.2025	6
35	20.01.2025	D. Stiel	Vivant	Steigender Konsum von Antidepressiva	L. Klinkenberg	19.02.2025	6
36	24.01.2025	M. Henn	CSP	Berechnung der Gemeinde-, Sozialhilfe-, Wege- und Unterhaltsdotations an die Gemeinde Kelmis	O. Paasch	26.02.2025	6
37	27.01.2025	D. Stiel	Vivant	WIFO – Entwicklung von „Wissenschaft für Ostbelgien“	J. Franssen	26.02.2025	6
38	27.01.2025	E. Peters	Vivant	Nachfrage zum Thema Lehrerstreiks und Betreuung	J. Franssen	26.02.2025	6
39	27.01.2025	E. Peters	Vivant	Feedbacksystem der Primar- und Sekundarschulen	J. Franssen	26.02.2025	6
40	29.01.2025	A. Jerusalem	Ecolo	Logik und Grundsätze der Gehaltstabellen des Unterrichtswesens in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	J. Franssen	28.02.2025	6
41	29.01.2025	A. Jerusalem	Ecolo	Gehalt im Unterrichtswesen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und im angrenzenden In- und Ausland	J. Franssen	28.02.2025	6
42	06.02.2025	F. Colling	Ecolo	Verteilung der Gelder im Energie- und Klimaplan der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	14.03.2025	7
43	06.02.2025	F. Colling	Ecolo	Hochwasserschutz in der zukünftigen Raumordnungsgesetzgebung	O. Paasch	14.03.2025	7
44	07.02.2025	D. Stiel	Vivant	Kosten der Hygieneprodukte	J. Franssen	17.03.2025	7
45	18.02.2025	E. Jadin	PFF	Menschenrechtslage im Iran	O. Paasch	25.03.2025	7
46	19.02.2025	D. Stiel	Vivant	Nachfrage zur mündlichen Frage Nr. 136 zur Hepatitis B Impfung im Rahmen des Schulpraktikums	L. Klinkenberg	25.03.2025	7
47	19.02.2025	D. Stiel	Vivant	Entwicklung der Kosten in der Kinderbetreuung	L. Klinkenberg	25.03.2025	7
48	25.02.2025	A. Jerusalem	Ecolo	Anerkennung von Masterdiplomen im Unterrichtswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft	J. Franssen	26.03.2025	7
49	26.02.2025	K. Neycken-Bartholemy	SP	Inhaltliche Vorbereitung und Ausrichtung der Raumordnungsreform	O. Paasch	01.04.2025	8
50	28.02.2025	S. Pauels	CSP	Digital Services Act und dessen Umsetzung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	G. Freches	04.04.2025	8
51	07.03.2025	D. Stiel	Vivant	Nachfrage zur schriftlichen Frage Nr. 28 zur Kostenentwicklung von Diensthandys und digitalen Endgeräten	O. Paasch	11.04.2025	8
52	24.03.2025	D. Stiel	Vivant	Schließung des Standorts Kleinkindbetreuung – Co-Initiative Manderfeld	L. Klinkenberg	05.05.2025	9
53	24.03.2025	A. Mertes	Vivant	Strukturen der einzelnen Organisationen und Dienste des Aufgabenbereichs von Minister Freches	G. Freches	02.05.2025	9
54	24.03.2025	M. Balter	Vivant	Strukturen der einzelnen Organisationen und Dienste des Aufgabenbereichs von Ministerpräsident Paasch	O. Paasch	02.05.2025	9
55	24.03.2025	E. Peters	Vivant	Strukturen der einzelnen Organisationen und Dienste des Aufgabenbereichs von Minister Franssen	J. Franssen	02.05.2025	9
56	24.03.2025	D. Stiel	Vivant	Strukturen der einzelnen Organisationen und Dienste des Aufgabenbereichs von Ministerin Klinkenberg	L. Klinkenberg	02.05.2025	9
57	03.04.2025	E. Peters	Vivant	Schuluntersuchungen durch Kaleido Ostbelgien	J. Franssen	06.05.2025	9
58	14.04.2025	E. Jadin	PFF	Zukunft der Grundschullehrerausbildung an der Autonomen Hochschule Ostbelgien (AHS) im Hinblick auf das neue Studienangebot der RWTH Aachen	J. Franssen	22.05.2025	9
59	14.04.2025	E. Jadin	PFF	Stärkung der Forschung an der Autonomen Hochschule Ostbelgien (AHS)	J. Franssen	22.05.2025	9

60	15.04.2025	D. Stiel	Vivant	Konkrete Aufgaben eines Alltagsbegleiters	L. Klinkenberg	22.05.2025	9
61	22.04.2025	K. Elsen	ProDG	Sport im Unterricht	J. Franssen	27.05.2025	9
62	25.04.2025	F. Colling	Ecolo	Verzögerungen in den Auszahlungen	O. Paasch	03.06.2025	10
63	29.04.2025	E. Jadin	PFF	Beteiligung der Schulämter an der Dienstrechtsreform	J. Franssen	unbeantwortete Frage	10
64	05.05.2025	E. Jadin	PFF	Mitwirkung Ostbelgiens an der Überarbeitung des BelRAI-Screeners	L. Klinkenberg	10.06.2025	10
65	05.05.2025	E. Jadin	PFF	Aufwertung des Krankenpflegestudiums an der Autonomen Hochschule Ostbelgiens (AHS)	J. Franssen	10.06.2025	10
66	08.05.2025	E. Jadin	PFF	Gleichstellung von Frauen in Führungspositionen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	13.06.2025	10
67	08.05.2025	E. Jadin	PFF	„Dream Gap“ – Überwindung von Geschlechterstereotypen in Bildungs- und Berufsentscheidungen	J. Franssen	13.06.2025	10
68	08.05.2025	M. Henn	CSP	Umstrukturierung bei der Tourismusagentur Ostbelgien	G. Freches	13.06.2025	10
69	12.05.2025	K. Elsen	ProDG	Herabsenkung des Kindergarteneintrittsalters auf 2,5 Jahre und Einsatz der Kindergartenassistenten	J. Franssen	17.06.2025	10
70	12.05.2025	K. Elsen	ProDG	Unterrichtspflicht in Belgien	J. Franssen	17.06.2025	10
71	13.05.2025	M. Henn	CSP	Erste Erfahrungswerte des Kindergarteneinstiegs der Zweieinhalbjährigen	J. Franssen	17.06.2025	10
72	14.05.2025	D. Stiel	Vivant	Aufgabe der Pflegehelfer+	L. Klinkenberg	18.06.2025	10
73	15.05.2025	D. Stiel	Vivant	Verantwortung bei der Verabreichung von COVID-19-Impfstoffen	L. Klinkenberg	20.06.2025	10
74	24.05.2025	L. Scholzen	ProDG	Politische Bildung	J. Franssen	30.06.2025	10
75	02.06.2025	D. Stiel	Vivant	Nachfrage zur Kostenentwicklung der Diensthandys	O. Paasch	07.07.2025	10
76	03.06.2025	D. Stiel	Vivant	Ukrainische Flüchtlinge – Worriken – Arbeitsmarkt – Wohnungsmarkt	J. Franssen	10.07.2025	10
77	09.07.2025	A. Jerusalem	Ecolo	Abschneiden bei DELF-Testungen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	J. Franssen	18.07.2025	10
78	11.07.2025	M. Balter	Vivant	Externe Studien- und Beratungskosten	O. Paasch	29.08.2025	10
79	15.07.2025	E. Jadin	PFF	Stärkung der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum	L. Klinkenberg	18.08.2025	10
80	04.08.2025	E. Simar	CSP	Konsum von Antidepressiva in Altenheimen	L. Klinkenberg	04.09.2025	11
81	11.08.2025	D. Stiel	Vivant	Anstieg von Autismus-Spektrum-Störungen	L. Klinkenberg	11.09.2025	11
82	04.09.2025	M. Balter	Vivant	Fahrradunterstand am Kloster Heideberg	O. Paasch		11
83	08.09.2025	D. Stiel	Vivant	Arbeitsmarktreform	J. Franssen		11
84	09.09.2025	M. Balter	Vivant	Neugestaltung Ausschank und Küche des Besucherzentrums Wesertalsperre	O. Paasch		11

INTERPELLATIONEN 2024-2025

	Datum	Interpellant	Fraktion	Thema	Minister	Gremium	BIF
1	12.03.2025	D. Stiel	Vivant	Aussagen von Ministerin Klinkenberg zur COVID-Impfung während der Coronakrise	L. Klinkenberg	AIV	7
2	11.06.2025	J. Grommes	ProDG	Gesundheitsversorgung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	L. Klinkenberg	AIV	10
3	10.09.2025	M. Neuens	SP	Wohnungswesen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	L. Klinkenberg	AIV	11



PARLAMENT

der Deutschsprachigen
Gemeinschaft Belgiens

Platz des Parlaments 1
B-4700 EUPEN
T +32 (0)87/31 84 00

info@pdg.be
www.pdg.be